



LAND  
BRANDENBURG

# Haushaltsplan 2015/2016

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und  
Landesplanung



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist - FP 2007 bis 2013	9
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist - FP 2014 bis 2020	10
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2015	12
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2016	14
Kapitel 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	16
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	35
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	52
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	73
Kapitel 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg	82
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr	95
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	112
Kapitel 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -	131
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	141
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2015	156
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2016	158
Zusammenfassung der Stellenübersicht	161
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2015	162
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2016	165
Dienstwohnungen des Einzelplanes	168
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	169

## VORWORT

### VERZEICHNIS

der Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg:

#### **A Behörden**

Landesoberbehörden  
Landesamt für Bauen und Verkehr - Kapitel 11 400

#### **B Landesbetriebe**

Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik, Energieeffizienz und Baukultur
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnraumförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Landesplanung, Raumordnung und -beobachtung, Regionalplanung, Braunkohleplanung und -sanierung
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit ,
- gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung, die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Für den weiteren Aufbau der Verkehrsinfrastruktur und der integrierten Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen werden dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das Ministerium für Wirtschaft und Energie weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung  
Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens  
Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg  
Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr  
Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau  
Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger und Verkehrssicherheit  
Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

### **Kapitel 11 010 - Ministerium**

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

### **Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen**

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- Zuschüsse an die Regionalen Planungsgemeinschaften

### **Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Das Kapitel enthält insbesondere die Ausgaben für die Städtebauförderung auf der Grundlage der jährlich mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen nach Art 104b GG. Die Bundesfinanzhilfen sind durch das Land in gleicher Höhe zu komplementieren. Eine darüber hinausgehende landesseitige Förderung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt eine Förderung über folgende Programme

- denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen
- die Soziale Stadt
- städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Stadtumbau-Ost mit den Teil-Programmen Aufwertung und Rückbau
- Aktive Stadtzentren
- Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit

Der Masterplan Stadtumbau definiert als Grundlage der künftigen integrierten Förderpolitik im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik im Sinne des Grundsatzes „Stärken stärken“ die fachlichen und räumlichen Schwerpunkte der Förderung. Er enthält auch Aussagen zur Fördersystematik und zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK).

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Kommunen für Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt. Im Rahmen der Stadterneuerung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Aktive Stadtzentren“ werden für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen eingesetzt, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Im Programm „Die Soziale Stadt“ wird sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die der nachhaltigen sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile dienen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ werden zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in kleinen Städten und Gemeinden in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt. Hierdurch sollen kleine Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge und in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden. Förderfähig sind überörtlich zusammenarbeitende oder ein Netzwerk bildende Städte oder Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten bzw. kleinere Städte in Abstimmung mit ihrem Umland.

## **Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens**

In diesem Kapitel sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Wohnraumförderung (WRF) und das Wohngeld veranschlagt.

Nach Artikel 143c GG erhalten die Länder vom Bund ab 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2019 u. a. als Ausgleich für die Abschaffung der Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung jährlich Beträge aus dem Haushalt des Bundes (§ 1 Entflechtungsgesetz – EntflechtG).

Das Land Brandenburg hat mit dem Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz (GWHBFöG) festgelegt, dass die Finanzmittel aus dem Entflechtungsgesetz des Bundes zweckgebunden einzusetzen sind. Die Zuteilung auf die einzelnen Politikfelder erfolgt nach § 2 GWHBFöG prozentual. Danach steht für die Wohnraumförderung derzeit jährlich ein Betrag von ca. 30 Mio. EUR aus dem Haushalt des Bundes zur Verfügung.

Mit der Öffnung des Landwohnungsbauvermögens (LWV) als Finanzierungsinstrument wurden Flexibilität und Handlungsspielräume für die WRF erhöht. Für die Jahre 2015 und 2016 sollen für die WRF jährlich ca. 40 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Damit wird das Land seiner Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag des Bundes gerecht, neben den finanziellen Beiträgen des Bundes auch eigene Anstrengungen für die WRF zu unternehmen.

Die WRF wird vordringlich für die energetische und generationsgerechte Sanierung von innerstädtischen Mietwohnungsbeständen und die Herstellung des barrierefreien Zugangs zu Wohnungen sowie für innerstädtischen Mietwohnungsneubau im Kontext einer Quartiersentwicklung zugunsten einkommensschwacher Haushalte eingesetzt. Darüber hinaus wird die Förderung zur Bildung von Wohneigentum in innerstädtischen Lagen und die behindertengerechte Anpassung unterstützt.

Gefördert wird gemäß den Vorgaben des Masterplans Stadtumbau konzentriert in den innerstädtischen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie den Vorranggebieten Wohnen und den Konsolidierungsgebieten. Im Zuge einer integrierten Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik kommt der Kombination von Wohnraum- und Städtebauförderung besondere Bedeutung zu.

Die Ausgaben für das Wohngeld werden dem Land aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) zur Hälfte vom Bund erstattet.

## **Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg**

Die Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg regelt der Landesplanungsvertrag. Der GL obliegt die Erarbeitung und Fortschreibung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms und der gemeinsamen Landesentwicklungspläne sowie von gemeinsamen Struktur- und Entwicklungskonzepten. Gemäß Landesplanungsvertrag werden die Ausgaben (außer bei Fachpersonal) zu gleichen Teilen durch die Länder getragen.

Die GL prüft und genehmigt die von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg aufgestellten Regionalpläne und nimmt die Aufgaben der Braunkohlen- und Sanierungsplanung sowie der Finanzierung der Braunkohlesanierung wahr.

## **Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)**

Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Hoppegarten mit Außenstellen in Cottbus, Frankfurt, Potsdam, Schönefeld und Berlin. Sie ist Obere Verkehrsbehörde, Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Infrastrukturförderungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Bautechnisches Prüfamt des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Straßenverkehrsrecht, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr, in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung, in bautechnischen Angelegenheiten und nimmt die Aufgaben der Raumbewertung und der Marktüberwachung wahr.

Es ermittelt wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Grundlagen und leitet die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse für das Land ab.

Das Landesamt ist Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Brandenburgischen Straßengesetz.

Zudem ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg eine Abteilung des Landesamtes, die für den Vollzug der den Ländern im Rahmen der Bundeauftragsverwaltung übertragenen Aufgaben in den Bereichen Luftverkehr und Luftsicherheit, mit Ausnahme der Verantwortung für den Verkehrsflughafen Berlin-Tegel, zuständig ist. Damit nimmt sie insbesondere die Funktion der Planfeststellungs- und Genehmigungsbehörde für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld, später Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg, und die Landeplätze in beiden Ländern wahr. Weitere Aufgaben bestehen u. a. in der Erteilung und Verwaltung von Privatpilotenlizenzen, der Genehmigung und Beaufsichtigung von Ausbildungsorganisationen und Luftfahrtunternehmen sowie der Bearbeitung von Luftfahrthindernisangelegenheiten und Anträgen auf besondere Nutzung des Luftraumes sowie der Genehmigung von Luftfahrtveranstaltungen. Außerdem gehört die Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Flugbetriebes und der der Allgemeinheit durch den Flugbetrieb drohenden Gefahren gem. § 29 Abs. 1 LuftVG zu den Kernaufgaben.

Für die rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung der Aufgaben muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

### **Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau**

Im Land Brandenburg nimmt der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) mit Sitz in Hoppegarten die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr. Der Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet ca. 9.400 km Landes- und Bundesfernstraßen, davon ca. 3.600 Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Autobahnen); außerdem über 1.800 Brücken, davon rd. 1.200 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes sowie 700 km Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen und 1.600 km Ortsdurchfahrten an Landesstraßen.

Wesentliche Aufgaben des Landesbetriebes sind

- Unterhaltung, Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Planung, Neubau, Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich Nebenanlagen
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen
- Verwaltung der Landes- und Bundesfernstraßen und Nebenanlagen
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems
- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben und für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheit sowie Bewilligungsstelle für durch die EU geförderte Landesstraßen
- Ausbildungsbetrieb für den Beruf der Straßenwärterin/des Straßenwärters

In diesem Kapitel werden die Zuweisungen an den Landesbetrieb für Personal, Sach- und investive Ausgaben sowie die Zuweisungen für die Abwicklung des kommunalen Förderprogramms eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgaben sowie die Mittel für die Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

### **Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger – ohne öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

Das Kapitel enthält Ausgabemittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Veranschlagt sind Mittel für grundsätzliche Untersuchungen zu strategischen Fragen des Verkehrs, zu prognostischen Einschätzungen der Verkehrsentwicklung und sich daraus ergebenden Fragen der Gestaltung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landeseisenbahnaufsicht gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) sind weitere Ausgabemittel im Kapitel veranschlagt.

Weiterhin sind Mittel für die Genehmigung der Entgeltordnung des Flughafens, die Aufsicht zu Bodenabfertigungsdiensten sowie die Durchführung von Verfahren zur Auswahl von Bodenabfertigungsdiensten vorgesehen.

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffverkehrs gemäß Brandenburgischem Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.03.2012 sowie der daraus resultierenden Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für Schifffahrtszeichen und Betonung veranschlagt.

### **Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)**

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und aus Kompensationsleistungen des Bundes auf Grundlage des Entflechtungsgesetzes i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen.

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im SPNV schließt das Land als Aufgabenträger entsprechende Leistungsverträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Hierfür sind die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen. Diese enthalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß Investitionsrichtlinie (Rili ÖPNV-Invest) durch das Landesamt für Bauen und Verkehr bewilligt werden.

In Umsetzung der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung wurde die Zuständigkeit für die Land- und Forstwirtschaft vom bisherigen Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zum neuen Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft verlagert. Die bisherigen Kapitel  
 11 025 - Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2007 bis 2013),  
 11 026 - Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume (FP 2014 bis 2020),  
 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft  
 11 080 - Forstwirtschaft einschließlich Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg und  
 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung sowie  
 die Einnahmen und Ausgaben der EU-Zahlstelle bisher bei Kapitel 11 010 Titelgruppen 61 und 62 sind ab dem Haushaltsjahr 2015 vom Einzelplan 11 in den Einzelplan 10 umgesetzt.

**Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2013 und der Haushaltsansätze 2014 – 2018**

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vorjahr gesamt	61	84	115	149	177	205
Zugänge						
- Ruhestand	22	31	34	28	28	29
- Hinterbliebene	1	0	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>84</b>	<b>115</b>	<b>149</b>	<b>177</b>	<b>205</b>	<b>234</b>

**IST-/Sollausgaben in EUR**                    **2.478.536**    **5.326.600**    **6.917.500**    **8.299.700**    **9.590.800**    **10.928.000**

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 11 020 bei Titel 432 10 veranschlagt.

**Übersicht über die Zahl der Beamtinnen und Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ geleistet werden**

Anzahl			Zuschlagssatz in v. H. *	2015		2016	
bis 2014	2015 (kumulativ, einschl. bis 2014)	2016 (kumulativ, einschl. bis 2015)		Zuschlag in EUR	durchschnittl. Zuschlags- betrag in EUR	Zuschlag in EUR	durchschnittl. Zuschlags- betrag in EUR
0	0	0	33				
14	18	19	35	326.043	18.113	344.453	18.129
0	0	0	38				
0	0	0	43				
<b>14</b>	<b>18</b>	<b>19</b>		<b>326.043</b>		<b>344.453</b>	

\* Anpassung der Zuschlagssätze ab dem Haushalt 2015/2016 auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens vom 2. Mai 2013

Die Aufwendungen sind im Kapitel 11 020 bei Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die bis 2013 eingestellten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten der Jahre bis 2013. Für die in den Jahren 2014 bis 2016 (geplant) gleiche Personengruppe erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat.

Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

- \* Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:  
 33 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung  
 35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung  
 38 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug  
 43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

**Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes**

**Förderperiode 2007 bis 2013**

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus den Operationellen Programmen für Brandenburg 2007 -2013 in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TGr 94, und die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TGr. 74 und 76, veranschlagt. Bei den Fonds erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE- und ESF-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2015	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 94)

Nachhaltige Stadtentwicklung\*

17.900                      17.900                      0                      0

Verkehr

3.172,4                      2.459                      0                      713,4

davon  
Straßenbau

Zuschuss an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau      11 460/891 12                      2.853,4                      2.140                      0                      713,4

davon  
SPNV

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen SPNV, einschließlich Zugangsstellen\*                      0                      0                      0                      0

GVZ und kombinierter Verkehr\*                      319                      319                      0                      0

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung\*      11 040/547 10                      0                      0                      0                      0

\* Kofinanzierung erfolgt durch die Antragsteller. Beim ESF werden Mittel der Technischen Hilfe für Durchführungsaufgaben aus Landesmitteln des MIL kofinanziert.

**Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg einschließlich des EPLR für Zwecke des Einzelplanes**

**Förderperiode 2014 - 2020**

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem Operationellen Programm Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Brandenburg 2014 - 2020 in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Für den **Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW)** stehen **indikativ insgesamt 213 Mio EUR** aus den drei Fonds **EFRE (148,0 Mio EUR)**, Europäischer Sozialfonds (**ESF, 5,0 Mio EUR**) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (**ELER, 60 Mio EUR**) zur Verfügung. Dieses Budget wird in Abhängigkeit vom inhaltlichen Ergebnis der Wettbewerbsverfahren in Jahrestanchen auf die Förderschwerpunkte in den Operationellen Programmen EFRE und ESF sowie im EPLR aufgeteilt und gemäß der jeweiligen fondsspezifischen Regularien umgesetzt.

Die Zuweisungen aus dem EFRE sind bei Kapitel 08 050, TGr. 74, die aus dem ESF bei Kapitel 07 030, TGr. 74 und 76 und die Mittel des ELER bei Kapitel 10 026, TGr. 80, veranschlagt.

Beim EFRE erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EU-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2015	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung/SUW*	5.000	5.000	0	0
Mobilität*	2.000	2.000	0	0

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2016	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung/SUW*		7.000	7.000	0	0
Mobilität*		5.667	5.000	0	667

\*

Kofinanzierung erfolgt teilweise durch die Antragsteller, im Programm Mobilität teilweise auch aus Kapitel 11 460 Titel 891 12 sowie Kapitel 11 500 Titel 883 20 und 892 10.

**Haushaltsübersicht 2015**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
<b>11010</b>		22.100			22.100	18.081.600
<b>11020</b>		203.000		445.000	648.000	6.966.700
<b>11040</b>		20.000		37.397.000	37.417.000	
<b>11060</b>		3.503.500	15.000.000	30.277.000	48.780.500	
<b>11200</b>		4.920.000	1.307.000		6.227.000	
<b>11400</b>		1.519.200	99.300	105.700	1.724.200	12.461.800
<b>11460</b>				27.108.000	27.108.000	
<b>11470</b>		277.600			277.600	
<b>11500</b>		14.900.000	417.700.000	32.408.000	465.008.000	
<b>Summe 2015</b>		<b>25.365.400</b>	<b>434.106.300</b>	<b>127.740.700</b>	<b>587.212.400</b>	<b>37.510.100</b>
<b>Summe 2014</b>		<b>7.646.300</b>	<b>441.246.300</b>	<b>121.723.300</b>	<b>570.615.900</b>	<b>40.568.200</b>
Vgl. zu 2014		+17.719.100	-7.140.000	+6.017.400	+16.596.500	-3.058.100

**Haushaltsübersicht 2015**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
4.011.300			36.100		22.129.000	-22.106.900
660.600	3.428.200		30.000	-974.000	10.111.500	-9.463.500
194.400	33.500		74.994.000		75.221.900	-37.804.900
131.800	30.000.000		30.277.000		60.408.800	-11.628.300
1.876.200	4.239.800		40.543.200		46.659.200	-40.432.200
2.774.400	60.000		217.500	105.700	15.619.400	-13.895.200
259.500	119.877.500		83.341.500		203.478.500	-176.370.500
988.500	618.000		740.000		2.346.500	-2.068.900
200.000	420.800.000		32.408.000		453.408.000	+11.600.000
<b>11.096.700</b>	<b>579.057.000</b>		<b>262.587.300</b>	<b>-868.300</b>	<b>889.382.800</b>	<b>-302.170.400</b>
<b>12.591.200</b>	<b>587.642.800</b>		<b>247.093.300</b>	<b>-15.564.800</b>	<b>872.330.700</b>	<b>-301.714.800</b>
-1.494.500	-8.585.800		+15.494.000	+14.696.500	+17.052.100	-455.600

**Haushaltsübersicht 2016**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
<b>11010</b>		22.100			22.100	17.898.200
<b>11020</b>		223.000		1.516.200	1.739.200	8.348.900
<b>11040</b>		20.000		40.172.000	40.192.000	
<b>11060</b>		3.503.500	18.000.000	30.277.000	51.780.500	
<b>11200</b>		520.000	1.327.000		1.847.000	
<b>11400</b>		1.494.200	99.300	105.700	1.699.200	12.211.100
<b>11460</b>				27.108.000	27.108.000	
<b>11470</b>		302.600			302.600	
<b>11500</b>		15.000.000	422.650.000	33.758.000	471.408.000	
<b>Summe 2016</b>		<b>21.085.400</b>	<b>442.076.300</b>	<b>132.936.900</b>	<b>596.098.600</b>	<b>38.458.200</b>
<b>Summe 2015</b>		<b>25.365.400</b>	<b>434.106.300</b>	<b>127.740.700</b>	<b>587.212.400</b>	<b>37.510.100</b>
Vgl. zu 2015		-4.280.000	+7.970.000	+5.196.200	+8.886.200	+948.100

**Haushaltsübersicht 2016**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
4.017.400			36.100		21.951.700	-21.929.600
510.600	3.438.200		30.000	-2.855.500	9.472.200	-7.733.000
194.400	33.500		80.544.000		80.771.900	-40.579.900
131.900	36.000.000		30.277.000		66.408.900	-14.628.400
1.982.100	4.125.800		41.203.200		47.311.100	-45.464.100
2.787.200	60.000		179.000	105.700	15.343.000	-13.643.800
282.500	118.324.500		95.275.000		213.882.000	-186.774.000
1.064.500	618.000		740.000		2.422.500	-2.119.900
200.000	425.850.000		33.758.000		459.808.000	+11.600.000
<b>11.170.600</b>	<b>588.450.000</b>		<b>282.042.300</b>	<b>-2.749.800</b>	<b>917.371.300</b>	<b>-321.272.700</b>
<b>11.096.700</b>	<b>579.057.000</b>		<b>262.587.300</b>	<b>-868.300</b>	<b>889.382.800</b>	<b>-302.170.400</b>
+73.900	+9.393.000		+19.455.000	-1.881.500	+27.988.500	-19.102.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	012	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>13.000</b>	<b>20.300</b>	<b>20.300</b>
			20.290		

**Erläuterungen:**

Gebühren nach Straßenverkehrs- und Straßenverkehrszulassungsordnung.  
 Mehr wegen Anpassung an die Ist-Einnahmen.

112 10	011	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

119 10	011	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			3.649		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Verfahrenskosten.

119 20	011	<b>Einnahmen aus Veröffentlichungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

124 10	011	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---------------------------	----------	----------	----------

132 10	011	<b>Veräußerung von beweglichen Sachen</b>	<b>500</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>
			1.821		

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.800	1.800
	<b>Summe</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>

Mehr wegen Anpassung an die Ist-Einnahmen.

Summe HGr. 1:	<b>13.500</b>	<b>22.100</b>	<b>22.100</b>
---------------	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(271 61) 011 Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/271 61 (Ist 2013: 186.572 Euro, Ansatz 2014: 50.000 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei TG 72.*

**Erläuterungen:**

Diese Einnahmen sind die jeweiligen Landesanteile (Kofinanzierung von EU-Mitteln gem. VO (EG) 797/2004) der beteiligten Bundesländer, die das Land Brandenburg zweckgebunden für die Finanzierung konkret vereinbarter Projekte erhält.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(119 72) 523 Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/119 72 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(232 72) 523 Beteiligung anderer Bundesländer an gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/232 72 (Ist 2013: 307.800 Euro, Ansatz 2014: 300.000 Euro).

**(272 72) 523 Zuschüsse der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/272 72 (Ist 2013: 318.635 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 72

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

<b>421 10</b>	011	<b>Bezüge der Ministerin/des Ministers</b>	<b>141.700</b>	<b>150.300</b>	<b>150.300</b>
			146.614		

**Erläuterungen:**

Amtsbezüge der Ministerin/des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 8 Abs. 3 des BbgMinG. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Vorschriften gewährt.

Mehr auf Grund des Gesetzes zur Neuregelung des brandenburgischen Besoldungsrechts vom 20. November 2013.

<b>422 10</b>	011	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>9.478.500</b>	<b>6.537.000</b>	<b>6.645.700</b>
			7.936.241		

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.537.000	6.645.700
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>		<b>6.537.000</b>	<b>6.645.700</b>

Weniger nach Umsetzungen gem. § 50 LHO in den Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 422 10 (2.614.600 €).

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B6	hD	2,00	0,00	0,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B5	hD	4,00	5,00	5,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	23,00	21,00	21,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	24,00	19,00	19,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	40,00	33,00	33,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	2) A14	hD	33,00	24,00	24,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	2,00	0,00	0,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	40,00	37,00	37,00
Amtsrätin, Amtsrat	A12	gD	31,00	21,00	21,00
Regierungsamtsfrau, Regierungsamtmann	A11	gD	5,00	1,00	1,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	3,00	2,00	2,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	8,00	6,00	6,00
<b>Zusammen:</b>			<b>216,00</b>	<b>170,00</b>	<b>170,00</b>

**Leerstellen:**

Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	2,00	0,00	0,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**sonstige Stellenplanvermerke:**

- 1) davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.
- 2) Im Rahmen des Neuzuschnitts der Ressorts sind 18 Stellen für die Z-Quote vom MIL zum MLUL zu übertragen. 4 Planstellen und 8 Stellen sind bereits aus dem Stellenplan MIL umgesetzt. Die noch fehlenden 6 Planstellen/Stellen sind mit Personalbudget im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2015 vom Einzelplan 11 in den Einzelplan 10 umzusetzen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

	2015	2016				
<b>Umwandlung / Umsetzung</b>						
<b>Zugänge:</b>						
Umwandlungen und Umsetzungen						
	1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 400 nach Kapitel 11 010
	1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 400 nach Kapitel 11 010
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
	<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			
<b>Abgänge:</b>						
Umwandlungen und Umsetzungen						
	1,00	0,00	B5 hD	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	2,00	0,00	B2 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	5,00	0,00	A16 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	7,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirek- tor	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungs- rat	Umsetzung nach 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
	8,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungs- rat	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	2,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung nach 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
	4,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
	8,00	0,00	A12 gD	Amtsärztin, Amtsarzt	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
	2,00	0,00	A12 gD	Amtsärztin, Amtsarzt	Umsetzung nach 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
	5,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
	1,00	0,00	A10 gD	Regierungsüberinspektorin, Regie- rungsüberinspektor	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
	2,00	0,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regie- rungsamtsinspektor	Umsetzung nach 10 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
	<u>48,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
	<b>48,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
	<b>-46,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			
<b>Stellensenkung:</b>						
Senkungen infolge ku-Vermerk						
	2,00	0,00	von B6 hD	Ministerialdirigentin, Ministeri- aldirigent	nach B5 hD	Ministerialdirigentin, Ministeri- aldirigent mit Ausscheiden des jeweili- gen Stelleninh. gem. Konsolidie- rungsbeschl. zum HH 2004
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Senkungen infolge ku-Vermerk insgesamt			
	<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellensenkungen insgesamt</b>			
<b>Leerstellen:</b>						
<b>Abgänge:</b>						
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)						
	1,00	0,00	A16 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Stelleninhaber/in auf reguläre Planstelle im Kapitel 10 080 (WP LFB) um- gesetzt	
	<u>1,00</u>	<u>0,00</u>	Sonstige Abgänge			
	1,00	0,00	A16 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Stelleninhaber/in auf reguläre Planstelle umgesetzt	
	1,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirek- tor	Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haus- haltsjahres			
	<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
	<b>-3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

422 20	011	<b>Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)</b>	<b>97.200</b> 63.400	<b>105.700</b>	<b>105.700</b>
--------	-----	--	-------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	105.700	105.700
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>		<b>105.700</b>	<b>105.700</b>

Mehr wegen der Besoldungserhöhungen gemäß Brandenburgischem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 (BbgBVAnpG 2013/2014) vom 15.10.2013.

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

BesGr./	Amtsbezeichnung	2014	2015	2016
LfbGr				
A 13	Regierungsbaureferendar	3	3	3
hD				
<b>Summe</b>		<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

Die Ausbildung dauert rund zwei Jahre und wird mit Bestehen der Zweiten Großen Staatsprüfung abgeschlossen. Neue Ausbildungen sind immer erst nach Abschluss des vorherigen Ausbildungsjahrgangs beabsichtigt.

**Stellenübersicht:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Referendarin, Referendar	1) A13	hD	6,00	6,00	6,00
<b>Zusammen:</b>			<b>6,00</b>	<b>6,00</b>	<b>6,00</b>

**sonstige Stellenplanvermerke:**

- 1) Die Beamtin/der Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter/in) erhalten Anwärterbezüge, deren Grundbetrag sich nach Anlage VIII Bundesbesoldungsgesetz bemisst.

427 10	011	<b>Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

427 20	011	<b>Entgelte für Aushilfen</b>	<b>160.000</b> 56.350	<b>160.000</b>	<b>160.000</b>
--------	-----	-------------------------------	--------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Es sind Mittel für jährlich 2-3 Aushilfen für diverse kurzfristige Projekte in verschiedenen Abteilungen geplant. Die Entgeltgruppen richten sich nach den noch festzulegenden Aufgaben. Die einzelne Vertragsdauer wird bis zu einem Jahr betragen.

428 10	011	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>14.744.700</b> 13.148.979	<b>11.118.000</b>	<b>10.825.900</b>
--------	-----	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

**Erläuterungen:**

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikantinnen/Praktikanten geleistet werden. Weniger nach Umsetzungen gem. § 50 LHO in den Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 428 10 (3.811.700 €).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 10

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2014	2015	2016
AT I	7,00	3,00	3,00
E 15	15,00	12,00	12,00
E 14 1)	13,00	0,00	0,00
E 12	32,00	16,00	16,00
E 11	25,00	18,00	18,00
E 10	1,00	0,00	0,00
E 9	24,00	12,00	12,00
E 8	15,00	7,00	7,00
E 6	7,00	0,00	0,00
E 4	2,00	2,00	2,00
<b>Zusammen:</b>	<b>141,00</b>	<b>70,00</b>	<b>70,00</b>

**Leerstellen:**

AT I	1,00	1,00	1,00
E 15	2,00	1,00	1,00
E 12	3,00	0,00	0,00
E 11	3,00	0,00	0,00
E 10	1,00	0,00	0,00
E 8	2,00	0,00	0,00
E 7	2,00	0,00	0,00
E 6	21,00	0,00	0,00
E 5	19,00	0,00	0,00
E 4	1,00	0,00	0,00
E 2	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>	<b>56,00</b>	<b>2,00</b>	<b>2,00</b>

**sonstige Stellenplanvermerke:**

1) Siehe auch sonstiger Vermerk 2) bei Titel 422 10.

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2015	2016	
<b>Zugänge:</b>			
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	1,00	0,00	E 11
	1,00	0,00	Zugänge Haushaltsvollzug
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>
<b>Umwandlung / Umsetzung</b>			
<b>Zugänge:</b>			
Umwandlungen und Umsetzungen	1,00	0,00	E 15
	1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>

Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 460 WP nach Kapitel 11 010

Umsetzung von 02 010 / 428 10

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 428 10

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

4,00	0,00	AT I	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
4,00	0,00	E 15	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
8,00	0,00	E 14	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
4,00	0,00	E 14	Umwandlung nach E 14	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
1,00	0,00	E 14	Umsetzung nach 11 400 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
15,00	0,00	E 12	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 12	Umsetzung nach 11 400 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
4,00	0,00	E 11	Umwandlung nach E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
1,00	0,00	E 11	Umsetzung nach 11 400 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
3,00	0,00	E 11	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 10	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
4,00	0,00	E 9	Umwandlung nach E 9	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
6,00	0,00	E 9	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
2,00	0,00	E 9	Umsetzung nach 11 400 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
7,00	0,00	E 8	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 8	Umwandlung nach E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
5,00	0,00	E 6	Umwandlung nach E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
2,00	0,00	E 6	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs

73,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
<b>73,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>
<b>-72,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>

**Leerstellen:**

**Zugänge:**

Neue Stellen

1,00	0,00	E 15	Beschäftigter im Sonderurlaub, gem. § 14 Abs. 1 HG 2013/2014
1,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

**Umwandlung / Umsetzung**

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	0,00	E 15	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
3,00	0,00	E 12	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
3,00	0,00	E 11	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 10	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
2,00	0,00	E 8	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
2,00	0,00	E 7	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
21,00	0,00	E 6	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
19,00	0,00	E 5	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 4	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
1,00	0,00	E 2	Umsetzung nach 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
<b>55,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Umwandlungen / Umsetzungen</b>		
<b>55,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
<b>-55,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		

<b>453 10</b>	<b>011</b>	<b>Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen</b>	<b>15.000</b> 27.207	<b>10.600</b>	<b>10.600</b>
---------------	------------	---	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

		<b>2015</b> <b>EUR</b>	<b>2016</b> <b>EUR</b>
1.	Trennungsgeld oder -entschädigung	10.600	10.600
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
	<b>Summe</b>	<b>10.600</b>	<b>10.600</b>

Weniger nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 453 10 (4.400 €).

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(428 20) 011 Personalausgaben für Technische Hilfen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/428 20 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>Summe HGr. 4:</b>	<b>24.637.100</b>	<b>18.081.600</b>	<b>17.898.200</b>
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

**HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst**

<b>511 10</b>	<b>011</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>160.200</b> 129.781	<b>143.400</b>	<b>143.400</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

		<b>2015</b> <b>EUR</b>	<b>2016</b> <b>EUR</b>
1.	Geschäftsbedarf	46.000	46.000
2.	Bücher, Zeitschriften	74.600	74.600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.800	22.800
4.	Sonstiges	0	0
	<b>Summe</b>	<b>143.400</b>	<b>143.400</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 511 10 (58.600 €).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	69.300 57.724	49.200	49.200
--------	-----	--	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Postgebühren	14.900	14.900
2. Mobilfunkanschlüsse	18.500	18.500
3. Fernmeldegebühren	14.100	14.100
4. Sonstiges	1.700	1.700
<b>Summe</b>	<b>49.200</b>	<b>49.200</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 511 20 (20.100 €).

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0 1.249	0	0
--------	-----	---	------------	---	---

514 25	719	Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	210.000 130.831	106.500	106.500
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für:

	2015 EUR	2016 EUR
1. personengebundenen Fahrdienst	35.000	35.000
2. allgemeinen Fahrdienst	71.500	71.500
<b>Summe</b>	<b>106.500</b>	<b>106.500</b>

Weniger wegen der geringeren Inanspruchnahme der BLB-Fahrdienstleistungen und nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 514 25 (43.500 €).

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10.800 9.299	7.700	7.700
--------	-----	--	-----------------	-------	-------

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Heizung		
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf		
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung		
4. Grundbesitzabgaben		
5. Bewachungskosten		
6. Sonstiges	7.700	7.700
<b>Summe</b>	<b>7.700</b>	<b>7.700</b>

Veranschlagung der Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der ortsveränderlichen Elektrogeräte.  
 Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 517 10 (3.100 €).

517 25 neu	011	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells		548.000	548.000
---------------	-----	--	--	---------	---------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2015 EUR	2016 EUR
1. 14467 Potsdam, H. von Tresckow-Str. 2 - 8 ( MIL)	548.000	548.000
<b>Summe</b>	<b>548.000</b>	<b>548.000</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 517 25

Mehr wegen der im AR 2015/2016 gem. Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten aus Titel 518 25 und nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010, Titel 517 25 (229.800 €).

<b>518 10</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>2.100</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>
			1.189		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	2 Einzelobjekte	1.500	1.500
<b>Summe</b>		<b>1.500</b>	<b>1.500</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 518 10 (600 €).

<b>518 20</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b>	<b>7.000</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>
			3.339		

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Sanitärbehälter	4.500	4.500
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Faxgeräte	500	500
<b>Summe</b>		<b>5.000</b>	<b>5.000</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 518 20 (2.000 €).

<b>518 25</b>	<b>719</b>	<b>Mietzahlungen an den BLB</b>	<b>2.130.900</b>	<b>828.900</b>	<b>828.900</b>
			2.133.395		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	14467 Potsdam, H.-von-Tresckow-Str. 2-8 ( MIL )	828.900	828.900
<b>Summe</b>		<b>828.900</b>	<b>828.900</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 518 25 (570.000 €) und wegen der im AR 2015/2016 unter Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Veranschlagung der Betriebs- und Nebenkosten im Titel 517 25.

<b>518 30</b>	<b>011</b>	<b>Leasing von Dienstkraftfahrzeugen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

<b>519 10</b>	<b>011</b>	<b>Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b>	<b>2.100</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>
			3.653		

**Erläuterungen:**

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 519 10 (600 €).

<b>525 10</b>	<b>011</b>	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	<b>146.200</b>	<b>103.800</b>	<b>103.800</b>
			101.964		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 525 10

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten	101.800	101.800
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugschei- nes	2.000	2.000
<b>Summe</b>		<b>103.800</b>	<b>103.800</b>

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 525 10 (42.400 €).

526 10 011 Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben 121.200 121.200 121.200  
130.454

527 10 011 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 105.300 224.600 224.600  
145.088

**Erläuterungen:**

Mehr wegen steigendem Bedarf an Reisekostenvergütungen, da im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung und -umsetzung die Dienstgeschäfte außerhalb der Dienststätte zunehmen und nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 527 10 (7.300 €).

529 10 011 Verfügungsmittel 5.400 5.100 5.100  
1.116

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Ministerin/Minister	3.100	3.100
2.	Staatssekretärin/Staatssekretär	900	900
3.	Dienststellenleiterin/Dienststellenleiter	1.100	1.100
<b>Summe</b>		<b>5.100</b>	<b>5.100</b>

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion des Teilnehmerkreises erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Weniger wegen Umsetzung von 300 € zum Epl. 10.

541 10 011 Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschrei-  
bungen, Veranstaltungen 70.000 50.000 50.000  
34.800

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligungen an Fachmessen, Durchführung von Konferenzen, Gesprächsreihen und Workshops, für zentrale Veranstaltungen der Landesregierung und für die Gestaltung von Ausstellungen und Präsentationen sowie für die Auslobung von Wettbewerben.

Weniger wegen einer organisationsbedingten Reduzierung der Veranstaltungstätigkeit.

546 15 014 Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB 1.966.100 1.589.100 1.595.200  
1.774.231

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 546 15

**Erläuterungen:**

Entgelt an den Dienstleister (ZIT-BB)

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	77.420	76.144
2.	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	28.360	28.360
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	113.359	113.700
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Fachverfahren	1.190.505	1.197.540
4.2	LVN	40.500	40.500
4.3	TK-Verbund	74.288	74.288
4.4	Kommunikation	44.668	44.668
4.5	IT-Weiterbildung	20.000	20.000
<b>Summe</b>		<b>1.589.100</b>	<b>1.595.200</b>

Kapitel 11 010	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client		
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	
1	2	3	4	5					
1.	APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	15,60	15,60	25,60	25,60	16,80	16,80
2.	Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	232	228			18	18	3	3
3.	Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	53	53			20	20	14	14

Weniger in Anpassung an die Änderung der Kalkulation der Verrechnungssätze zur Inanspruchnahme der Leistungen des ZIT. Diese decken nur noch die sog. Front-End-Kosten ab. Die Differenz zur bisherigen Vollkostenkalkulation wird durch einen zentralen Betriebskostenzuschuss im Einzelplan 03 gedeckt.

Weniger auch nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 546 15 (77.800 €).

546 20	011	<b>Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte</b>	<b>900</b>	<b>600</b>	<b>600</b>
			1.012		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die den Vorsitz ausübende Person der Einigungsstelle des MIL.

Nach dem PersVG besteht der entsprechende Rechtsanspruch.

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 546 20 (300 €).

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(526 20) 011 Aufwandsentschädigung für Beiratstätigkeit**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/526 20 (Ist 2013: 621 Euro, Ansatz 2014: 1.400 Euro).

**(546 10) 011 Sonstiges**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/546 10 (Ist 2013: 97. Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>aus Titelgruppen:</b>		<b>324.000</b>	<b>225.200</b>	<b>225.200</b>
--------------------------	--	----------------	----------------	----------------

<b>Summe HGr. 5:</b>		<b>5.331.500</b>	<b>4.011.300</b>	<b>4.017.400</b>
----------------------	--	------------------	------------------	------------------

**HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

812 10	011	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland</b>	<b>36.900</b>	<b>36.100</b>	<b>36.100</b>
			49.210		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	0
2	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Ausstattung von Büroräumen	36.100	36.100
<b>Summe</b>		<b>36.100</b>	<b>36.100</b>

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(811 10) 011 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/811 10 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Summe HGr. 8:	36.900	36.100	36.100
---------------	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 271 61 geleistet werden.  
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(428 61) 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/428 61 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(547 61) 011 Vermischte Verwaltungsausgaben**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/547 61 (Ist 2013: 191.442 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(812 61) 011 Erwerb von Geräten und Ausstattungen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/812 61 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61

TGr. 62 Kosten für die EU-Zahlstelle im MIL

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Landesmittel für die Zahlstelle (EGFL, ELER, EMFF) u.a. für Ausgaben der IT-Programmsysteme der Zahlstellen, für übergreifende Entwicklungen und IT-Sicherheit von Fachverfahren und für das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(538 62) 011 Ausgaben für Datenverarbeitung**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/538 62 (Ist 2013: 2.459.876 Euro, Ansatz 2014: 2.800.500 Euro).

**(546 62) 011 Ausgaben für GIS-InVeKoS**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/546 62 (Ist 2013: 142.082 Euro, Ansatz 2014: 320.100 Euro).

**(633 62) 011 Sonstige Zuweisungen an die Kreise**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/633 62 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(671 62) 011 Erstattung von Ausgaben für die Führung von Datenbanken**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/671 62 (Ist 2013: 76.533 Euro, Ansatz 2014: 113.000 Euro).

**(812 62) 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/812 62 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 62

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei TG 72 geleistet werden.  
Die Ausgaben der TG sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Die EU beteiligt sich an den Ausgaben gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugnisse- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzüchterzeugnisse". Außerdem beteiligen sich andere Bundesländer an den Maßnahmen dieser Verordnung.

Mehr wegen vollständiger Veranschlagung der Einnahmen aus Drittmitteln und der korrespondierenden Ausgaben.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(671 72) 523 Erstattungen der EU an andere Bundesländer für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/671 72 (Ist 2013: 122.500 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(676 72) 523 Erstattung von Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/676 72 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(686 72) 523 Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 010/686 72 (Ist 2013: 637.270 Euro, Ansatz 2014: 300.000 Euro).

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 72

**TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk**

**Erläuterungen:**

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die auf Grund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

**422 79 011 Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte) 0 0 0**

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00	0,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 30.06.2015; BER)					
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	1,00	1,00	0,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)					
Regierungsamtfrau, Regierungsamt-mann	A11	gD	1,00	0,00	0,00
Regierungsoberinspektorin, Regie-rungsoberinspektor	A10	gD	1,00	1,00	0,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 (bis 30.06.2015; BER)					
<b>Zusammen:</b>			<b>4,00</b>	<b>3,00</b>	<b>0,00</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 79

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

	2015	2016			
<b>Abgänge:</b>					
Abgänge infolge Einsparung					
0,00	1,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
0,00	1,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
0,00	1,00	A10 gD	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
<hr/>					
0,00	3,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung			
<hr/>					
<b>0,00</b>	<b>3,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<hr/>					
<b>0,00</b>	<b>-3,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			
<b>Umwandlung / Umsetzung</b>					
<b>Abgänge:</b>					
Umwandlungen und Umsetzungen					
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Umsetzung nach 10 010 / 422 79	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
<hr/>					
1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
<hr/>					
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<hr/>					
<b>-1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			

**428 79 011 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer) 0 0 0**

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.		2014	2015	2016
E 14		1,00	2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 13		4,00	1,00	0,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
E 11		6,00	3,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
	1,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
	1,00 im Jahr 2017 (bis 31.12.2017)			
E 10		1,00	1,00	0,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
E 9		2,00	5,00	3,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
	2,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
	1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 8		2,00	0,00	0,00
E 6		6,00	7,00	5,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
	2,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
	2,00 im Jahr 2017 (bis 31.12.2017)			
	1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 5		5,00	2,00	0,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
<b>Zusammen:</b>		<b>27,00</b>	<b>21,00</b>	<b>12,00</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 79

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2015	2016			
<b>Abgänge:</b>					
Abgänge infolge Einsparung					
	1,00	0,00	E 14	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	1,00	1,00	E 13	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	5,00	1,00	E 11	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	0,00	1,00	E 10	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	0,00	2,00	E 9	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	2,00	0,00	E 8	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	3,00	2,00	E 6	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	3,00	2,00	E 5	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	<u>15,00</u>	<u>9,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
	<b>15,00</b>	<b>9,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
	<b>-15,00</b>	<b>-9,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		
<b>Umwandlung / Umsetzung</b>					
<b>Zugänge:</b>					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	4,00	0,00	E 14	Umwandlung von E 14	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
	4,00	0,00	E 11	Umwandlung von E 11	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
	4,00	0,00	E 9	Umwandlung von E 9	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
	1,00	0,00	E 8	Umwandlung von E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
	5,00	0,00	E 6	Umwandlung von E 6	Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBPl. 2018
	<u>18,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
	<b>18,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>		
<b>Abgänge:</b>					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	2,00	0,00	E 14	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	2,00	0,00	E 13	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	2,00	0,00	E 11	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	1,00	0,00	E 9	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	1,00	0,00	E 8	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	1,00	0,00	E 6	Umsetzung nach 10 010 / 428 79	Umsetzung im Rahmen des Aufgabenübergangs
	<u>9,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
	<b>9,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
	<b>9,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 0 0 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	011	<b>Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation</b>	<b>95.900</b> 82.693	<b>91.800</b>	<b>91.800</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Hardware (Pflege, Wartung Hardware APC)	2.250	2.250
2.	Pflege, Wartung Software	17.550	17.550
3.	Unterhaltung (Druckkosten)	70.000	70.000
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	2.000	2.000
	<b>Summe</b>	<b>91.800</b>	<b>91.800</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Weniger nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 511 99 (400 €) und in Anpassung an den Bedarf.

518 99	011	Mieten	0	0	0
525 99	011	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	15.000 9.099	15.000	15.000

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Aus- und Fortbildung	15.000	15.000
2. Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>	<b>15.000</b>	<b>15.000</b>

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	213.100 83.614	118.400	118.400
--------	-----	--	-------------------	---------	---------

**Erläuterungen:**

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

	2015 EUR	2016 EUR
IQ E-Mail Archivsystem	4.600	4.600
Fachverfahren WI online ILB Lizenzen/Entwicklung	8.400	8.400
DPA Selektionsgebühren	6.000	6.000
Rechtsdatenbank Juris	5.100	5.100
Erstattung Landesrechtsdatenbank	12.000	12.000
EL-DOK und VISkompakt	40.000	40.000
IT-Sicherheitskonzepte	15.000	15.000
Zeiterfassung Zeus Wartungsvertrag Software	7.300	7.300
Personalinformationssystem	10.000	10.000
Sonstige Fachanwendungen	10.000	10.000
<b>Summe</b>	<b>118.400</b>	<b>118.400</b>

Weniger nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 010 Titel 538 99 (91.900 €).

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0 206	0	0
--------	-----	--	----------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **324.000** **225.200** **225.200**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **324.000** **225.200** **225.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

Einnahmen
-----------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.500	22.100	22.100
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>13.500</b>	<b>22.100</b>	<b>22.100</b>

Ausgaben
----------

HGr. 4	Personalausgaben	24.637.100	18.081.600	17.898.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	5.331.500	4.011.300	4.017.400
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	36.900	36.100	36.100
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>30.005.500</b>	<b>22.129.000</b>	<b>21.951.700</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-29.992.000</b>	<b>-22.106.900</b>	<b>-21.929.600</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	019	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>10.000</b>	<b>198.000</b>	<b>198.000</b>
			198.362		

**Erläuterungen:**

Mehr in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

119 25	011	<b>Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			387		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 25 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 30	011	<b>Einnahmen aus Nebentätigkeiten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			229		

119 40	043	<b>Gebühreneinnahmen der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Prüferinnen und Prüfer für Standsicherheit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			35.815		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 40. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 546 40 herangezogen werden.*

119 50	011	<b>Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).

132 10	011	<b>Veräußerung von beweglichen Sachen</b>	<b>25.000</b>	<b>5.000</b>	<b>25.000</b>
			16.339		

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Einnahmen aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	5.000	25.000
	<b>Summe</b>	<b>5.000</b>	<b>25.000</b>

Auf der Grundlage der Aussonderungsrichtlinie werden bewegliche Sachen überwiegend an die VEBEG veräußert. Daraus resultieren entsprechende Erstattungen, die in den einzelnen Jahren zu unterschiedlichen Einnahmenvolumina führen.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(119 32) 521 Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen der EU Ziel-1-Gebiet Förderperiode 1994-1999**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/119 32 (Ist 2013: 35.099 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(119 43) 521 Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen des Bundes aus GAK, Förderperiode 1994-1999**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/119 43 (Ist 2013: 10.498 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

(119 53) 521 **Rückzahlungen von Zuschüssen der GAK, Förderperiode 1994-1999**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/119 53 (Ist 2013: 71.010 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

(162 10) 511 **Zinsen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/162 10 (Ist 2013: 698.397 Euro, Ansatz 2014: 800.000 Euro).

(182 10) 511 **Tilgungen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/182 10 (Ist 2013: 3.622.967 Euro, Ansatz 2014: 3.400.000 Euro).

---

Summe HGr. 1:	<b>35.000</b>	<b>203.000</b>	<b>223.000</b>
---------------	---------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>281 10</b>	<b>719</b>	<b>Anteile der Länder zur Finanzierung der Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	---	----------	----------	----------

*Ist-Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 537 20 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Die Ländereinnahmen dienen der Finanzierung der Kommission.  
 Den Länderanteilen liegt der Königsteiner Schlüssel zugrunde.

---

Summe HGr. 2:	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	----------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

<b>359 10</b>	<b>851</b>	<b>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget</b>	<b>0</b>	<b>445.000</b>	<b>1.516.200</b>
			940.418		

<b>359 11</b>	<b>851</b>	<b>Entnahme aus der Rücklage Personalbudget</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.430.069		

---

Summe HGr. 3:	<b>0</b>	<b>445.000</b>	<b>1.516.200</b>
---------------	----------	----------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(287 62)</b>	423	<b>Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN</b>	<b>0</b>		
-----------------	-----	---	----------	--	--

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0            0            0

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

<b>235 64</b>	851	<b>Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit</b>	<b>0</b>		
---------------	-----	--	----------	--	--

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei TG 64 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der frei werdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0            0            0

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(119 68)</b>	521	<b>Zinsen aus Rückzahlungen der EU Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 1994-1999</b>			
-----------------	-----	---	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/119 68 (Ist 2013: 1 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>(271 68)</b>	521	<b>Erstattungen der EU aus Vorjahren</b>			
-----------------	-----	--	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/271 68 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 68

---

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 0            0            0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie deren Hinterbliebene	5.326.600 2.478.536	6.917.500	8.299.700
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

**Erläuterungen:**

Die Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans.

Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB).

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	26.500 16.044	39.200	39.200
--------	-----	--	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan (ohne Landesbetrieb Straßenwesen) veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen worden.

Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter und sonstige Amtsträgerinnen und Amtsträger nach dem LBG)	39.200	39.200
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0	0
3.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>39.200</b>	<b>39.200</b>

Mehr aufgrund eines Vertragsabschlusses zur externen Mitarbeiterberatung im Rahmen der Gesundheitsförderung und nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 020 Titel 443 10 (11.300 €).

443 30	841	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	60.200 40.112	10.000	10.000
--------	-----	--	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

Die Ausgaben sind hier für den Bedarf im Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) veranschlagt.

Weniger nach Umsetzung zum Epl. 10, Kapitel 10 020 Titel 443 10 (23.000 €) und Umsetzung zum Epl. 07 (48.800 €).

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(462 10)	881	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0		
----------	-----	--	---	--	--

Summe HGr. 4:		5.413.300	6.966.700	8.348.900
---------------	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	10.600 5.093	7.100	7.100
--------	-----	--	-----------------	-------	-------

**Erläuterungen:**

Weniger nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 020 Titel 527 20 (2.900 €).

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	145.000 142.225	274.000	124.000
--------	-----	-----------------------	--------------------	---------	---------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 531 20

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für:

1. Laufende Veröffentlichungen des Ministeriums (z.B. MIL aktuell), Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Dokumentationen und Informationen über Pressemedien (z.B. Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen) zu fachpolitischen Einzelthemen, Kosten für Besucherbetreuung und Bürgerinformation.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung, z.B. zur Modernisierungs-, Instandsetzungs- sowie Wohnungsbauförderung, zu Mietrecht und Wohngeld, zum Bau- und Planungsrecht, zur Landesplanung sowie Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Mehr in 2015 wegen einer finanziellen Beteiligung des Landes an der im Mai in Potsdam stattfindenden Nationalen Radverkehrskonferenz und nach Umsetzung nach Epl. 10, Kapitel 10 020 Titel 531 20 (30.000 €).

531 50	013	<b>Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht</b>	<b>2.400</b> 2.370	<b>2.500</b>	<b>2.500</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

534 10	013	<b>Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten</b>	<b>9.000</b> 1.853	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Regional- und Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs. Die Intensivierung der Zusammenarbeit der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungs- und Mitarbeiteraustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Projekte, Besuche und den Empfang ausländischer Expertengruppen, Praktikantenaustausch.

537 10	011	<b>Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten</b>	<b>45.000</b> 34.431	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Mehr wegen gutachterlicher Unterstützung bei Problemstellungen mit dem MIL-Geschäftsbereich insgesamt prägenden bzw. interdisziplinären Charakter, bei der Optimierung der Aufbau- bzw. Prozessorganisation im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung/Aufgabenkritik, bei der Entwicklung des Informationsmanagements und des Verwaltungsmarketings des Ressorts nach innen und außen sowie bei der Lösung von ausgewählten Fachaufgaben mit hervorgehobener Bedeutung.

537 20	719	<b>Ausgaben für die Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"</b>	<b>0</b> 52.425	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	--------------------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Die Kommission ist mit dem Ziel der Begutachtung der zukünftigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet worden. Den Anteilen liegt der Königsteiner Schlüssel zugrunde.

542 10	299	<b>Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

**Erläuterungen:**

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Es wird davon ausgegangen, dass die Quote auch mittelfristig erfüllt werden wird.

546 10	011	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b> 733.190	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	------------------	---------------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 546 10

**Erläuterungen:**

Mittel für nicht planbare Einzelpositionen, die speziellen Titeln nicht zuzuordnen sind.

546 25	011	<b>Erstattungen an den Bund von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)</b>	<b>0</b> 387	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	-----------------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Gemäß § 6 VV-IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.

546 30	791	<b>Vermischte Ausgaben</b>	<b>150.000</b> 7.873	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	----------------------------	-------------------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Mittel bis 2013 für Ausgaben des Vorsitzes der Agrarminister- und Amtschefskonferenzen (AMK). Weniger in 2014 wegen Beendigung des Vorsitzes für die Durchführung der AMK.

546 40	043	<b>Aufwendungen der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Prüferinnen und Prüfer für Standsicherheit</b>	<b>0</b> 7.070	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	-------------------	----------	----------

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 119 40 geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 40 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Prüferinnen und Prüfer nehmen als Beliehene öffentlich-rechtliche Prüfaufgaben an Stelle der Bauaufsicht wahr. Gemäß der Verordnung über die Anerkennung von Prüferinnen und Prüfern und über die bautechnischen Prüfungen im Land Brandenburg (Brandenburgische Bautechnische Prüfungsverordnung - BbgBauPrüfV) muss das Land für eine ausreichende Zahl an Prüferinnen und Prüfern sorgen. Die Anerkennung als Prüferin und Prüfer erfolgt durch einen Prüfungsausschuss dessen Mitglieder für fünf Jahre berufen werden (§ 11 (3) BbgBauPrüfV). Es handelt sich hierbei um eine Pflichtaufgabe des Landes Brandenburg.

Die Aufgabe der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für Standsicherheit ist nach Vereinbarung der beteiligten Länder durch das Land Brandenburg wahrzunehmen.

Die Einrichtung der Geschäftsstelle ist für die Funktionsfähigkeit des Prüfungsausschusses und ein ordnungsgemäßes Anerkennungsverfahren für Prüferinnen und Prüfer und damit auch für die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe unerlässlich.

546 50	013	<b>Ausgaben für Geodaten, Geodienste und Nutzungsrechte</b>		<b>295.000</b>	<b>295.000</b>
--------	-----	---	--	----------------	----------------

neu

**Erläuterungen:**

Die Ausgaben sind zentral für den Geschäftsbereich veranschlagt.

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Geodateninfrastruktur ist das MIL entsprechend dem Vermessungsentgeltverzeichnis und mit dem Ziel der Kostenersparnis gehalten, mit der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) eine kostenpflichtige Vereinbarung über den Bezug und den Erwerb der Nutzungsrechte an Geodaten und Geodiensten der Landesvermessung abzuschließen.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

549 20	881	<b>Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0</b>		
--------	-----	--	----------	--	--

<b>aus Titelgruppen:</b>			<b>27.000</b>	<b>27.000</b>	<b>27.000</b>
--------------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>389.000</b>	<b>660.600</b>	<b>510.600</b>
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	821	<b>Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung</b>	<b>350.000</b> 326.186	<b>350.000</b>	<b>360.000</b>
613 13	751	<b>Zuweisung für die übertragenen Aufgaben der/des Fluglärm-schutzbeauftragten und der Gutachterin/des Gutachters für Lärmschutz</b>	<b>106.400</b> 100.000	<b>107.200</b>	<b>107.200</b>

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		<b>360.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		120.000
2018 bis zu		120.000
2019 ff. bis zu		120.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	106.000				<b>106.000</b>
2016	106.000				<b>106.000</b>
2017				120.000	<b>120.000</b>
2018				120.000	<b>120.000</b>
2019 ff.				120.000	<b>120.000</b>
<b>Summen</b>	<b>212.000</b>			<b>360.000</b>	<b>572.000</b>

**Erläuterungen:**

Die Zuweisung beinhaltet Ausgaben für Personal und Sachkosten.

631 10	011	<b>Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	----------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

632 10	791	<b>Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz</b>	<b>2.900</b> 2.770	<b>2.900</b>	<b>2.900</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und Energie und das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung getragen.

632 20	791	<b>Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung von länderübergreifenden Maßnahmen im Verkehrsbereich</b>	<b>6.200</b> 5.529	<b>6.200</b>	<b>6.200</b>
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 632 20

**Erläuterungen:**

Im Rahmen der VMK und/oder der GKVS werden länderübergreifende Maßnahmen beschlossen, an denen sich das Land Brandenburg beteiligt.  
Die Finanzierung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

633 20	422	Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften	2.333.800 1.883.800	2.333.800	2.333.800
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		500.000
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		500.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		500.000			500.000
2016					
2017				500.000	500.000
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>500.000</b>		<b>500.000</b>	<b>1.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Nach § 10 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) gewährt das Land den fünf Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) Zuschüsse nach einem in Höhe eines für jede Region nach Einwohnern und Fläche berechneten Betrages sowie einen Festbetrag.

Die RPG nehmen neue Aufgaben seit 2010 im Zusammenhang mit der Realisierung der Ziele der Energie- und Klimastrategie des Landes Brandenburg wahr. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Windenergienutzung. Die Erhöhung der Zuweisungen seit dem Jahr 2014 ist erforderlich, um die laufenden Planungsarbeiten insbesondere zur Ausweisung von Windeignungsgebieten zügig abschließen zu können. Der Erhöhungsbetrag wird nach dem bisherigen Schlüssel auf die RPG aufgeteilt.

Es ergeben sich folgende Beträge:

	2015 EUR	2016 EUR
RPG Prignitz - Oberhavel	473.329	473.329
RPG Uckermark - Barnim	428.040	428.040
RPG Oderland - Spree	434.105	434.105
RPG Lausitz - Spreewald	500.442	500.442
RPG Havelland - Fläming	497.884	497.884
<b>Summe</b>	<b>2.333.800</b>	<b>2.333.800</b>

633 30	751	Ausgaben für Fluglärmberatung	300.000	300.000	300.000
--------	-----	-------------------------------	---------	---------	---------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 633 30

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>300.000</b>	
davon fällig:		
2016 bis zu	300.000	
2017 bis zu		
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			300.000		<b>300.000</b>
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>			<b>300.000</b>		<b>300.000</b>

671 11 011 **Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds** **4.000** **0** **0**

**Erläuterungen:**

Die ILB ist für die Förderperiode durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans, die derzeit noch nicht feststehen.

671 12 011 **Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds** **0** **0** **0**

**Erläuterungen:**

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Das Entgelt wird von dem MASGF zentral entrichtet.

685 10 013 **Mitgliedsbeiträge** **8.900** **9.300** **9.300**  
8.818

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	1.000	1.000
2. Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	520	520
3. Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	600	600
4. Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	650	650
5. Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.030	1.030
6. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.900	3.900
7. AG Deutscher Verkehrsflughäfen	1.600	1.600
<b>Summe</b>	<b>9.300</b>	<b>9.300</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 685 10

Durch die Einbindung des Landes werden für die Aufgabenbewältigung unabdingbare Fachinformationen zugänglich gemacht, die andernfalls teuer als Fachdokumentationen, Tagungsunterlagen und Fortbildungsmaßnahmen eingekauft werden müssten. Beim Besuch von Veranstaltungen der Vereinigungen werden Vergünstigungen hinsichtlich der Tagungsgebühr gewährt bzw. kostenloser Zugang ermöglicht. Der bundesweite Erfahrungsaustausch wird gefördert, weil hierin auch andere Bundesländer Mitglieder sind.

Die Höhe des Beitrages für den Deutschen Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung wird angehoben. Aufgrund der Kommunikationsplattform zwischen der Fachwissenschaft und der Politik ist die Mitgliedschaft von Bedeutung.

685 20	419	<b>Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt)</b>	<b>245.000</b>	<b>215.000</b>	<b>215.000</b>
			173.950		

**Erläuterungen:**

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung). Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil aus dem Einzelplan 11.

Übersicht über den Haushaltsplanentwurf 2014 /2015 des DIBt

Nr.	Einnahmen	Soll 2014 EUR	Soll 2015 EUR	Soll 2016 EUR*
1.	Eigene Einnahmen	16.049.000	14.624.000	14.624.000
2	Besondere Finanzierungseinnahmen	27.000	27.000	27.000
3	Zuwendungen vom Bund	1.032.600	1.029.600	1.029.600
4	Zuwendungen von anderen Ländern	5.430.650	7.083.940	7.083.940
5	Zuwendungen des Landes	163.650	215.860	215.860
	<b>Summe</b>	<b>22.702.900</b>	<b>22.980.400</b>	<b>22.980.400</b>

Nr.	Ausgaben	Soll 2014 EUR	Soll 2015 EUR	Soll 2016 EUR
1.	Personalausgaben	16.744.200	17.338.200	17.338.200
2	Sachausgaben	3.199.800	3.279.800	3.279.800
3	Ausgaben für Investitionen	806.000	518.000	518.000
4	Besondere Finanzierungsausgaben	1.238.000	1.138.000	1.138.000
	<b>Summe</b>	<b>21.988.000</b>	<b>22.274.000</b>	<b>22.274.000</b>

Ist 2013 liegt derzeit nicht vor. \* 2016 überrollt, da noch kein Haushaltsentwurf vorliegt.

Weniger, da die Landesausgaben mit einem geringeren Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg geplant worden sind, da in den Vorjahren dieser Anteil aufgrund der Einnahme- und Ausgabeentwicklung im DIBt nicht ausgeschöpft wurden.

Die Zuwendungen des Landes werden aus dem Epl. 10 (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser) und dem Epl. 11 gewährt.

685 25	419	<b>Kontrollsystem für die Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage</b>	<b>30.000</b>	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Artikel 18 der EU-Gebäuderichtlinie verpflichtet die Länder, ein unabhängiges Kontrollsystem für Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage einzuführen. Ein statistisch signifikanter Prozentanteil aller jährlich ausgestellten Energieausweise und Inspektionsberichte ist gemäß Anlage II Nr. 1 Satz 1 und Nr. 2 EU-Gebäuderichtlinie einer Überprüfung zu unterziehen.

Für die Durchführung der Kontrollen sind die Länder verantwortlich.

Mehr aufgrund der ab 2015 beginnenden verstärkten Kontrollen .

685 30	419	<b>Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN)</b>	<b>28.800</b>	<b>28.800</b>	<b>28.800</b>
			28.175		

**Erläuterungen:**

Nr.	Zuwendung	Soll 2014 EUR	Soll 2015 EUR	Soll 2016 EUR *
1.	Zuwendungen von anderen Ländern	888.480	888.480	888.480
2.	Zuwendungen des Landes	28.800	28.800	28.800
	<b>Summe</b>	<b>917.280</b>	<b>917.280</b>	<b>917.280</b>

Ist 2013 liegt noch nicht vor.

\*2016 wurde überrollt, da noch kein Wirtschaftsplan vorliegt.

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 020 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 685 30

Der Betrag für die Normarbeit gliedert sich aufgrund der vertraglichen Regelungen der Länder mit dem DIN (§ 2 Abs.1 des Vertrages) pro Jahr wie folgt:

- a) Zuwendungen für den Normenausschuss (NABau) 735.000 EUR
- b) Zuwendungen für die anderen Normenausschüsse (20,8% von Betrag a) 152.880 EUR
- c) für Normennutzung gemäß § 2 des Vertrages mit dem DIN (4% von Betrag a) 29.400 EUR

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(613 12) 821 Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag 0**

**(631 11) 521 Rückzahlungen an den Bund gemäß Lastentragungsgesetz**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/631 11 (Ist 2013: 6.192.951 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(671 10) 011 Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/671 10 (Ist 2013: 1.861.058 Euro, Ansatz 2014: 1.721.900 Euro).

**(671 13) 511 Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen an den Bund**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/671 13 (Ist 2013: 2.593.383 Euro, Ansatz 2014: 2.300.000 Euro).

**(671 53) 521 Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen GAK, Förderperiode 1994-1999**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/671 53 (Ist 2013: 48.935 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(686 10) 013 Förderung der internationalen Zusammenarbeit**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/686 10 (Ist 2013: 24.600 Euro, Ansatz 2014: 24.600 Euro).

**aus Titelgruppen: 10.000 10.000 10.000**

**Summe HGr. 6: 3.426.000 3.428.200 3.438.200**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(883 10) 821 Zuweisungen an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag für investive Zwecke 0**

**aus Titelgruppen: 30.000 30.000 30.000**

**Summe HGr. 8: 30.000 30.000 30.000**

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

**919 10 851 Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget neu 1.983.726 0 0**

**919 11 851 Zuführung zu der Rücklage Personalbudget neu 7.035.835 0 0**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

919 35	851	<b>Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg"</b>	<b>192.800</b> 159.734	<b>326.000</b>	<b>344.500</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlages zu den in der Gruppe 422 des Einzelplans 11 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

Erstmals im Einzelplan 11 berücksichtigte Beamtinnen und Beamte

Anzahl: 4 in 2015

Anzahl: 1 in 2016

Eine Übersicht über die Zahl der Beamtinnen und Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet werden, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" wird im Einzelplan 20 am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

972 20	881	<b>Globale Minderausgabe</b>	<b>-15.757.600</b>	<b>-1.300.000</b>	<b>-3.200.000</b>
--------	-----	------------------------------	--------------------	-------------------	-------------------

**Erläuterungen:**

Die Globale Minderausgabe darf aus Minderausgaben oder Mehreinnahmen im Einzelplan 11 nachgewiesen werden.

---

<b>Summe HGr. 9:</b>			<b>-15.564.800</b>	<b>-974.000</b>	<b>-2.855.500</b>
----------------------	--	--	--------------------	-----------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 235 64 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan (ohne Landesbetriebe) Stand: 31.12.2013

Nr.	Kapitel	Anzahl der ATZ- Fälle seit 2000	davon Blockteil- zeit	davon kontinu- ierliche Teilzeit
1.	11 010	73	71	2
2.	11 400	42	41	1
<b>Summe</b>		<b>115</b>	<b>112</b>	<b>3</b>

Nachbesetzungen: 6

422 64	851	<b>Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter in der Altersteilzeitarbeit</b>	<b>0</b> 1.317.166	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	-----------------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
<b>Leerstellen:</b>					
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B6	hD	1,00	1,00	0,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	1,00	1,00	0,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	1,00	0,00	0,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	5,00	4,00	4,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	3,00	1,00	1,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	1,00	0,00	0,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	8,00	6,00	5,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	2,00	2,00	2,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	A11	gD	3,00	1,00	0,00
Regierungsüberinspektorin, Regie- rungsüberinspektor	A10	gD	2,00	1,00	0,00
Regierungsamtsinspektorin, Regie- rungsamtsinspektor	A9	mD	1,00	0,00	0,00
Regierungshauptsekretärin, Regie- rungshauptsekretär	A8	mD	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>29,00</b>	<b>17,00</b>	<b>12,00</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 64

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2015      2016

**Leerstellen:**

**Abgänge:**

0,00	1,00	B6 hD	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
0,00	1,00	B2 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
1,00	0,00	A16 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
2,00	1,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
1,00	1,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
1,00	1,00	A10 gD	Regierungsoberinspektorin, Regie- rungsoberinspektor	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
1,00	0,00	A8 mD	Regierungshauptsekretärin, Regie- rungshauptsekretär	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin/des Leerstelleninhabers
6,00	5,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haus- haltsjahres		
<b>6,00</b>	<b>5,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
<b>-6,00</b>	<b>-5,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		

**Umwandlung / Umsetzung**

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirek- tor	Umsetzung nach 10 020 / 422 64	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
2,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungs- rat	Umsetzung nach 10 020 / 422 64	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung nach 10 020 / 422 64	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Umsetzung nach 10 020 / 422 64	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
1,00	0,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regie- rungsamtsinspektor	Umsetzung nach 10 020 / 422 64	Umsetzung im Rahmen des Auf- gabenübergangs
6,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>6,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>-6,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			

428 64	851	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			4.599.180		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2014	2015	2016
<b>Leerstellen:</b>			
E 15	3,00	2,00	2,00
E 14	5,00	4,00	3,00
E 13	5,00	2,00	1,00
E 12	12,00	7,00	3,00
E 11	11,00	2,00	1,00
E 10	13,00	3,00	2,00
E 9	33,00	11,00	10,00
E 8	0,00	0,00	0,00
E 6	20,00	8,00	5,00
E 5	3,00	0,00	0,00
E 4	3,00	1,00	1,00
E 2	2,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>	<b>110,00</b>	<b>40,00</b>	<b>28,00</b>



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		
546 66	013	<b>Projekte des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans</b>	27.000 41.895	27.000	27.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Die veranschlagten Mittel werden für die Ausgaben für den Betrieb der Landesplattform, projektbegleitende Veranstaltungen und Schulungen für die unteren Bauaufsichtsbehörden eingesetzt.					
685 66	013	<b>Zuschüsse für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)</b>	10.000 2.930	10.000	10.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Mit den veranschlagten Mitteln sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden. Hier sind die Zuschüsse für konsumtive Zwecke veranschlagt.					
812 66	013	<b>Investive Vorhaben des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans</b>	10.000	10.000	10.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Veranschlagt sind die Ausgaben für die investiven Maßnahmen des Landes zur Umsetzung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens.					
883 66	013	<b>Investive Zuweisungen für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)</b>	20.000 22.069	20.000	20.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Mit den veranschlagten Mitteln (investive Zuschüsse) sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden.					
<hr/>					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66			67.000	67.000	67.000
TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)					
<b>Weggefallene oder umgesetzte Titel</b>					
(676 68)	521	<b>Erstattungen an die EU aus Rückzahlungen, Förderperiode 1994-1999</b>			
Dieser Titel wurde umgesetzt nach 10 020/676 68 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).					
<hr/>					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 68					
<hr/>					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			67.000	67.000	67.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	35.000	203.000	223.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	445.000	1.516.200
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>35.000</b>	<b>648.000</b>	<b>1.739.200</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 4	Personalausgaben	5.413.300	6.966.700	8.348.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	389.000	660.600	510.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.426.000	3.428.200	3.438.200
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.000	30.000	30.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-15.564.800	-974.000	-2.855.500
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>-6.306.500</b>	<b>10.111.500</b>	<b>9.472.200</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>6.341.500</b>	<b>-9.463.500</b>	<b>-7.733.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	423	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
119 15	423	Rückflüsse aus Zuwendungen	70.000 22.879	20.000	20.000

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen des 2004 eingestellten Landesprogramms und aus der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen u.a. des Hauptstadtvertrages werden vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

173 25	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	0 20.272	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	0 16.217	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

Summe HGr. 1:			70.000	20.000	20.000
---------------	--	--	--------	--------	--------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(272 10)	422	Zuschüsse von der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B)	0		
----------	-----	--	---	--	--

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 17	423	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 17.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	11.090.900 12.294.000	11.426.000	11.888.000
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 20.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.

Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		
331 27	423	<b>Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt</b>	<b>1.542.200</b> 2.005.000	<b>2.575.000</b>	<b>3.675.000</b>
<i>Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 27.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 30	423	<b>Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen</b>	<b>3.737.800</b> 4.639.000	<b>1.443.000</b>	<b>409.000</b>
<i>Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 30.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 40	423	<b>Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus</b>	<b>15.164.200</b> 15.830.000	<b>16.065.000</b>	<b>17.613.000</b>
<i>Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 40.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 40. Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 45	423	<b>Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Innenentwicklung</b>	<b>3.191.500</b> 2.517.000	<b>3.427.000</b>	<b>3.786.000</b>
<i>Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 45.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45. Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
331 50	423	<b>Zuweisungen des Bundes zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen</b>	<b>0</b> 1.663.000	<b>0</b>	<b>0</b>
331 55	423	<b>Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden</b>	<b>1.703.700</b> 1.266.000	<b>2.461.000</b>	<b>2.801.000</b>
<i>Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 883 55.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Siehe Erläuterung bei Titel 883 55. Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.					
<b>Summe HGr. 3:</b>			<b>36.430.300</b>	<b>37.397.000</b>	<b>40.172.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

**Ausgaben**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>537 10</b>	423	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>64.800</b>	<b>64.800</b>	<b>64.800</b>
			118.997		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen sind Gutachten zur Vorbereitung der EU-Strukturfondsperiode ab 2014, zu Fragen der Städtebauförderung, zur Baukultur im ländlichen Raum und der Erstellung von Expertisen wie z. B. der wirtschaftlichen Begutachtung von energiebezogenen EFRE-Anträgen sowie zur Begleitung der Novellierung der brandenburgischen Bauordnung.

<b>541 10</b>	423	<b>Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe</b>	<b>89.100</b>	<b>89.100</b>	<b>89.100</b>
			99.743		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen ist die Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen zur Stadtentwicklung, zur Stadterneuerung und zum Stadtumbau, zu bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Fragen, zu Fragen von Energieeinsparung und Klimaschutz im Städtebau sowie zur Durchführung des Innenstadt Wettbewerbs.

<b>546 10</b>	423	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	-----	------------------	----------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Der Ansatz ist vorgesehen zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zu viel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

<b>546 20</b>	423	<b>Stadt- und Baukultur</b>	<b>40.500</b>	<b>40.500</b>	<b>40.500</b>
			22.167		

**Erläuterungen:**

Baukultur dient u.a. der Stärkung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik. Veranschlagt sind die Ausgaben für Ausstellungen, Wettbewerbe, Fachforen und Projekte in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur mit Bezug auf Städtebau und Architektur, Wohnen, ländliche Entwicklung und Infrastruktur.

<b>547 10</b>	423	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben zur Umsetzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der nachhaltigen Stadtentwicklung</b>	<b>5.700</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			4.941		

**Erläuterungen:**

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der Zuwendungen aus dem ESF im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der anschließenden Betreuung der Wettbewerbssieger.

Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Kapitel 07 030 Titel 547 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Weniger in Anpassung an die Programmplanung.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(537 21)</b>	422	<b>Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - EU-Mittel</b>	<b>0</b>		
-----------------	-----	---	----------	--	--

<b>(537 22)</b>	422	<b>Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - Landesmittel</b>	<b>0</b>		
-----------------	-----	--	----------	--	--

<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>200.100</b>	<b>194.400</b>	<b>194.400</b>
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	423	<b>Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund</b>	0	0	0
			20.272		

*Angaben dürfen nur bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 173 25 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezahlten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00	423	<b>Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU</b>	8.500	8.500	8.500
			7.434		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl errechnet.

633 00	423	<b>Förderung der Beteiligung an Fragen der Stadtentwicklung</b>		25.000	25.000
neu					

**Erläuterungen:**

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Projekten mit dem Schwerpunkt der breiten und frühzeitigen Beteiligung aller Bürger bei Stadtentwicklungsbelangen, u.a. dem Projekt der Aktivierung von Kindern und Jugendlichen für Stadtentwicklungsthemen, das vom MBSJ sowie den Kommunen und der Architektenkammer mitfinanziert wird.

<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>8.500</b>	<b>33.500</b>	<b>33.500</b>
----------------------	--	--	--------------	---------------	---------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 17	423	<b>Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)</b>	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

*Angaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 17 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, welche Projekte vom Bund gefördert werden.

883 20	195	<b>Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)</b>	11.090.900	11.426.000	11.888.000
			12.294.000		

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

*Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 883 27, 883 30, 883 40, 883 45, 883 50 und 883 55.*

*Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den VE bei den Titeln 883 27, 883 30, 883 40, 883 45 und 883 55.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>11.803.100</b>	<b>11.803.100</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	3.087.000	
2017 bis zu	3.726.500	3.087.000
2018 bis zu	3.118.500	3.726.500
2019 ff. bis zu	1.871.100	4.989.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 883 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	7.506.000	2.782.500			<b>10.288.500</b>
2016	4.319.000	3.351.600	3.087.000		<b>10.757.600</b>
2017	1.634.000	2.782.500	3.726.500	3.087.000	<b>11.230.000</b>
2018		2.821.200	3.118.500	3.726.500	<b>9.666.200</b>
2019 ff.			1.871.100	4.989.600	<b>6.860.700</b>
<b>Summen</b>	<b>13.459.000</b>	<b>11.737.800</b>	<b>11.803.100</b>	<b>11.803.100</b>	<b>48.803.000</b>

**Erläuterungen:**

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Danach beträgt der Bundes- und Landesanteil jeweils 40 % und der Kommunalanteil 20%. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2015 und 2016.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	24.700.000	25.495.000
Hiervon veranschlagt	10.446.000	10.808.000
vorbehalten bleiben	14.254.000	14.687.000
davon für		
Hj. 2016	7.868.000	
Hj. 2017	4.604.000	8.153.000
Hj. 2018	1.782.000	4.752.000
Hj. 2019 ff	0	1.782.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	12.783.100	12.883.100
Hiervon veranschlagt	980.000	1.080.000
Vorbehalten bleiben	11.803.100	11.803.100
Veranschlagt zusammen	11.426.000	11.888.000
vorbehalten bleiben	26.057.100	26.490.100

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

23.824.000

davon fällig

Hj. 2014

10.365.000

Hj. 2015

7.506.000

Hj. 2016

4.319.000

Hj. 2017 ff

1.634.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	
883 21	195	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	11.090.900 12.294.000	11.426.000	11.888.000

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 28, 883 31, 883 41, 883 46, 883 51 und 883 56.  
 Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den VE bei Titel 883 28, 883 31, 883 41, 883 46 und 883 56.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>11.803.100</b>	<b>11.803.100</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	3.087.000	
2017 bis zu	3.726.500	3.087.000
2018 bis zu	3.118.500	3.726.500
2019 ff. bis zu	1.871.100	4.989.600

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	7.506.000	2.782.500			<b>10.288.500</b>
2016	4.319.000	3.351.600	3.087.000		<b>10.757.600</b>
2017	1.634.000	2.782.500	3.726.500	3.087.000	<b>11.230.000</b>
2018		2.821.200	3.118.500	3.726.500	<b>9.666.200</b>
2019 ff.			1.871.100	4.989.600	<b>6.860.700</b>
<b>Summen</b>	<b>13.459.000</b>	<b>11.737.800</b>	<b>11.803.100</b>	<b>11.803.100</b>	<b>48.803.000</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 20 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2015 EUR	2016 EUR
Vorbehalten	24.700.000	25.495.000
Hiervon veranschlagt	10.446.000	10.808.000
vorbehalten bleiben	14.254.000	14.687.000
davon für		
Hj. 2016	7.868.000	
Hj. 2017	4.604.000	8.153.000
Hj. 2018	1.782.000	4.752.000
Hj. 2019 ff	0	1.782.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	12.783.100	12.883.100
Hiervon veranschlagt	980.000	1.080.000
Vorbehalten bleiben	11.803.100	11.803.100
Veranschlagt zusammen	11.426.000	11.888.000
vorbehalten bleiben	26.057.100	26.490.100

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 21

Nachrichtlich:	<b>EUR</b>
Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE davon fällig	23.824.000
Hj. 2014	10.365.000
Hj. 2015	7.506.000
Hj. 2016	4.319.000
Hj. 2017 ff	1.634.000

<b>883 27</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)</b>	<b>1.542.200</b>	<b>2.575.000</b>	<b>3.675.000</b>
			2.005.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>4.773.500</b>	<b>4.773.500</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	1.248.500	
2017 bis zu	1.506.800	1.248.500
2018 bis zu	1.261.100	1.506.800
2019 ff. bis zu	757.100	2.018.200

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	853.000	339.100			<b>1.192.100</b>
2016	518.000	409.500	1.248.500		<b>2.176.000</b>
2017	194.000	339.100	1.506.800	1.248.500	<b>3.288.400</b>
2018		205.900	1.261.100	1.506.800	<b>2.973.800</b>
2019 ff.			757.100	2.018.200	<b>2.775.300</b>
<b>Summen</b>	<b>1.565.000</b>	<b>1.293.600</b>	<b>4.773.500</b>	<b>4.773.500</b>	<b>12.405.600</b>

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt seit dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf "Die Soziale Stadt" bereit. Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2015 und 2016.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 27

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	6.111.000	8.615.000
Hiervon veranschlagt	2.042.000	3.142.000
vorbehalten bleiben	4.069.000	5.473.000
davon für		
Hj. 2016	1.953.000	
Hj. 2017	1.395.000	2.830.000
Hj. 2018	721.000	1.922.000
Hj. 2019 ff	0	721.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	5.306.500	5.306.500
Hiervon veranschlagt	533.000	533.000
Vorbehalten bleiben	4.773.500	4.773.500
Veranschlagt zusammen	2.575.000	3.675.000
vorbehalten bleiben	8.842.500	10.246.500
 Nachrichtlich:		EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen		0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE		2.990.000
davon fällig		
Hj. 2014		1.425.000
Hj. 2015		853.000
Hj. 2016		518.000
Hj. 2017 ff		194.000
 <b>883 28 423 Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)</b>	<b>1.542.200</b>	<b>2.575.000</b>
	2.005.000	<b>3.675.000</b>

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<b>4.773.500</b>	<b>4.773.500</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	1.248.500	
2017 bis zu	1.506.800	1.248.500
2018 bis zu	1.261.100	1.506.800
2019 ff. bis zu	757.100	2.018.200

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 28

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	853.000	339.100			<b>1.192.100</b>
2016	518.000	409.500	1.248.500		<b>2.176.000</b>
2017	194.000	339.100	1.506.800	1.248.500	<b>3.288.400</b>
2018		205.900	1.261.100	1.506.800	<b>2.973.800</b>
2019 ff.			757.100	2.018.200	<b>2.775.300</b>
<b>Summen</b>	<b>1.565.000</b>	<b>1.293.600</b>	<b>4.773.500</b>	<b>4.773.500</b>	<b>12.405.600</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 27 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	6.111.000	8.615.000
Hiervon veranschlagt	2.042.000	3.142.000
vorbehalten bleiben	4.069.000	5.473.000
davon für		
Hj. 2016	1.953.000	
Hj. 2017	1.395.000	2.830.000
Hj. 2018	721.000	1.922.000
Hj. 2019 ff	0	721.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	5.306.500	5.306.500
Hiervon veranschlagt	533.000	533.000
Vorbehalten bleiben	4.773.500	4.773.500
Veranschlagt zusammen	2.575.000	3.675.000
vorbehalten bleiben	8.842.500	10.246.500

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE	2.990.000
davon fällig	
Hj. 2014	1.425.000
Hj. 2015	853.000
Hj. 2016	518.000
Hj. 2017 ff	194.000

<b>883 30</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)</b>	<b>3.737.800</b>	<b>1.443.000</b>	<b>409.000</b>
			4.639.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 30 geleistet werden.  
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 30

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.443.000	713.000			<b>2.156.000</b>
2016	409.000	858.900			<b>1.267.900</b>
2017		715.100			<b>715.100</b>
2018		429.400			<b>429.400</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>1.852.000</b>	<b>2.716.400</b>			<b>4.568.400</b>

**Erläuterungen:**

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Der Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung der Innenstadtentwicklung einschließlich des Wohnens in den Innenstädten durch bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte in Sanierungsgebieten nach § 136 BauGB. Insbesondere wird die Instandsetzung und Modernisierung von städtebaulich relevanten Gebäuden und von Einrichtungen der Infrastruktur sowie die Neugestaltung des öffentlichen Raumes gefördert (Straßen, Wege, Plätze, Spielplätze, Grün- und Freizeitanlagen sowie die Kosten von vorbereitenden Untersuchungen, Planungen und von Sanierungsträgern).

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen. Das Programm wird seit 2013 nicht neu aufgelegt und wird nur noch ausfinanziert.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	1.852.000	409.000
Hiervon veranschlagt	1.443.000	409.000
vorbehalten bleiben	409.000	0
davon für		
Hj. 2016	409.000	
Hj. 2017	0	0
Hj. 2018	0	0
Hj. 2019 ff	0	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuwendungen	0	0
Hiervon veranschlagt	0	0
Vorbehalten bleiben	0	0
Veranschlagt zusammen	1.443.000	409.000
vorbehalten bleiben	409.000	0

Nachrichtlich:

**EUR**

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen 0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE 4.668.000  
 davon fällig

Hj. 2014 2.816.000  
 Hj. 2015 1.443.000  
 Hj. 2016 409.000  
 Hj. 2017 ff 0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

883 31	423	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	3.737.800 4.639.000	1.443.000	409.000
--------	-----	---	------------------------	-----------	---------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.443.000	713.000			2.156.000
2016	409.000	858.900			1.267.900
2017		715.100			715.100
2018		429.400			429.400
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>1.852.000</b>	<b>2.716.400</b>			<b>4.568.400</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 30 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen. Das Programm wird seit 2013 nicht neu aufgelegt und wird nur noch ausfinanziert.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	1.852.000	409.000
Hiervon veranschlagt	1.443.000	409.000
vorbehalten bleiben	409.000	0
davon für		
Hj. 2016	409.000	
Hj. 2017	0	0
Hj. 2018	0	0
Hj. 2019 ff	0	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	0	0
Hiervon veranschlagt	0	0
Vorbehalten bleiben	0	0
Veranschlagt zusammen	1.443.000	409.000
vorbehalten bleiben	409.000	0

Nachrichtlich:

**EUR**

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

4.668.000

davon fällig

Hj. 2014

2.816.000

Hj. 2015

1.443.000

Hj. 2016

409.000

Hj. 2017 ff

0

883 40	423	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	15.164.200 15.830.000	16.065.000	17.613.000
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 40

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 40 geleistet werden.  
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>18.317.400</b>	<b>18.317.400</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	4.791.200	
2017 bis zu	5.783.400	4.791.200
2018 bis zu	4.839.500	5.783.400
2019 ff. bis zu	2.903.300	7.742.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	10.203.000	3.766.400			<b>13.969.400</b>
2016	5.843.000	4.537.100	4.791.200		<b>15.171.300</b>
2017	2.210.000	3.781.100	5.783.400	4.791.200	<b>16.565.700</b>
2018		2.268.000	4.839.500	5.783.400	<b>12.890.900</b>
2019 ff.			2.903.300	7.742.800	<b>10.646.100</b>
<b>Summen</b>	<b>18.256.000</b>	<b>14.352.600</b>	<b>18.317.400</b>	<b>18.317.400</b>	<b>69.243.400</b>

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung seit dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtbau zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weiteren investiven Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtbau stehen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachgefallenen Flächen. Die Bewilligung erfolgt als Projektförderung auf der Grundlage der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2015 und 2016.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2015 EUR	2016 EUR
Vorbehalten	35.701.000	38.380.000
Hiervon veranschlagt	14.766.000	15.914.000
vorbehalten bleiben	20.935.000	22.466.000
davon für		
Hj. 2016	11.351.000	
Hj. 2017	6.819.000	12.327.000
Hj. 2018	2.765.000	7.374.000
Hj. 2019 ff	0	2.765.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	19.616.400	20.016.400
Hiervon veranschlagt	1.299.000	1.699.000
Vorbehalten bleiben	18.317.400	18.317.400
Veranschlagt zusammen	16.065.000	17.613.000
vorbehalten bleiben	39.252.400	40.783.400

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 40

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von  
Ausgabermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE  
davon fällig

32.378.000

0

Hj. 2014

14.122.000

Hj. 2015

10.203.000

Hj. 2016

5.843.000

Hj. 2017 ff

2.210.000

883 41	423	<b>Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)</b>	<b>15.164.200</b>	<b>16.065.000</b>	<b>17.613.000</b>
			15.830.000		

Siehe Deckungsvermerke bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>18.317.400</b>	<b>18.317.400</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	4.791.200	
2017 bis zu	5.783.400	4.791.200
2018 bis zu	4.839.500	5.783.400
2019 ff. bis zu	2.903.300	7.742.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	10.203.000	3.766.400			<b>13.969.400</b>
2016	5.843.000	4.537.100	4.791.200		<b>15.171.300</b>
2017	2.210.000	3.781.100	5.783.400	4.791.200	<b>16.565.700</b>
2018		2.268.000	4.839.500	5.783.400	<b>12.890.900</b>
2019 ff.			2.903.300	7.742.800	<b>10.646.100</b>
<b>Summen</b>	<b>18.256.000</b>	<b>14.352.600</b>	<b>18.317.400</b>	<b>18.317.400</b>	<b>69.243.400</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei 883 40. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 40 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 41

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	<b>2015</b>	<b>2016</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Vorbehalten	35.701.000	38.380.000
Hiervon veranschlagt	14.766.000	15.914.000
vorbehalten bleiben	20.935.000	22.466.000
davon für		
Hj. 2016	11.351.000	
Hj. 2017	6.819.000	12.327.000
Hj. 2018	2.765.000	7.374.000
Hj. 2019 ff	0	2.765.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	19.616.400	20.016.400
Hiervon veranschlagt	1.299.000	1.699.000
Vorbehalten bleiben	18.317.400	18.317.400
Veranschlagt zusammen	16.065.000	17.613.000
vorbehalten bleiben	39.252.400	40.783.400

Nachrichtlich:

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von  
 Ausgabeermächtigungen

**EUR**

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

32.378.000

davon fällig

0

Hj. 2014

14.122.000

Hj. 2015

10.203.000

Hj. 2016

5.843.000

Hj. 2017 ff

2.210.000

<b>883 45</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)</b>	<b>3.191.500</b>	<b>3.427.000</b>	<b>3.786.000</b>
			2.517.000		

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 45 geleistet werden.  
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<b>3.861.000</b>	<b>3.861.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	1.010.100	
2017 bis zu	1.219.100	1.010.100
2018 bis zu	1.019.600	1.219.100
2019 ff. bis zu	612.200	1.631.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 45

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	2.276.000	877.800			<b>3.153.800</b>
2016	1.374.000	1.057.400	1.010.100		<b>3.441.500</b>
2017	522.000	880.900	1.219.100	1.010.100	<b>3.632.100</b>
2018		529.200	1.019.600	1.219.100	<b>2.767.900</b>
2019 ff.			612.200	1.631.800	<b>2.244.000</b>
<b>Summen</b>	<b>4.172.000</b>	<b>3.345.300</b>	<b>3.861.000</b>	<b>3.861.000</b>	<b>15.239.300</b>

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2015 EUR	2016 EUR
Vorbehalten	7.849.000	8.288.000
Hiervon veranschlagt	3.238.000	3.497.000
vorbehalten bleiben	4.611.000	4.791.000
davon für		
Hj. 2016	2.535.000	
Hj. 2017	1.493.000	2.654.000
Hj. 2018	583.000	1.554.000
Hj. 2019 ff	0	583.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	4.050.000	4.150.000
Hiervon veranschlagt	189.000	289.000
Vorbehalten bleiben	3.861.000	3.861.000
Veranschlagt zusammen	3.427.000	3.786.000
vorbehalten bleiben	8.472.000	8.652.000

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

7.135.000

davon fällig

Hj. 2014	2.963.000
Hj. 2015	2.276.000
Hj. 2016	1.374.000
Hj. 2017 ff	522.000

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund seit dem Programmjahr 2008 Finanzhilfen zur Förderung der Innenentwicklung über das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 v.H..

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung investiver Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2015 und 2016.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

883 46	423	<b>Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)</b>	<b>3.191.500</b>	<b>3.427.000</b>	<b>3.786.000</b>
			2.517.000		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 883 46

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>3.861.000</b>	<b>3.861.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	1.010.100	
2017 bis zu	1.219.100	1.010.100
2018 bis zu	1.019.600	1.219.100
2019 ff. bis zu	612.200	1.631.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	2.276.000	877.800			<b>3.153.800</b>
2016	1.374.000	1.057.400	1.010.100		<b>3.441.500</b>
2017	522.000	880.900	1.219.100	1.010.100	<b>3.632.100</b>
2018		529.200	1.019.600	1.219.100	<b>2.767.900</b>
2019 ff.			612.200	1.631.800	<b>2.244.000</b>
<b>Summen</b>	<b>4.172.000</b>	<b>3.345.300</b>	<b>3.861.000</b>	<b>3.861.000</b>	<b>15.239.300</b>

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2015 EUR	2016 EUR
Vorbehalten	7.849.000	8.288.000
Hiervon veranschlagt	3.238.000	3.497.000
vorbehalten bleiben	4.611.000	4.791.000
davon für		
Hj. 2016	2.535.000	
Hj. 2017	1.493.000	2.654.000
Hj. 2018	583.000	1.554.000
Hj. 2019 ff	0	583.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	4.050.000	4.150.000
Hiervon veranschlagt	189.000	289.000
Vorbehalten bleiben	3.861.000	3.861.000
Veranschlagt zusammen	3.427.000	3.786.000
vorbehalten bleiben	8.472.000	8.652.000

Nachrichtlich:

**EUR**

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von  
Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE  
davon fällig

7.135.000

Hj. 2014

2.963.000

Hj. 2015

2.276.000

Hj. 2016

1.374.000

Hj. 2017 ff

522.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 883 46

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45.

Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 45 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>883 50</b>	423	<b>Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Bundesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.663.000		

**Erläuterungen:**

Das Programm wurde 2013 ausfinanziert.

<b>883 51</b>	423	<b>Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Landesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.663.000		

**Erläuterungen:**

Das Programm wurde 2013 ausfinanziert.

<b>883 55</b>	423	<b>Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)</b>	<b>1.703.700</b>	<b>2.461.000</b>	<b>2.801.000</b>
			1.266.000		

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 55 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>2.947.400</b>	<b>2.947.400</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	770.700	
2017 bis zu	930.300	770.700
2018 bis zu	779.100	930.300
2019 ff. bis zu	467.300	1.246.400

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.428.000	506.100			<b>1.934.100</b>
2016	882.000	609.000	770.700		<b>2.261.700</b>
2017	355.000	508.200	930.300	770.700	<b>2.564.200</b>
2018		304.500	779.100	930.300	<b>2.013.900</b>
2019 ff.			467.300	1.246.400	<b>1.713.700</b>
<b>Summen</b>	<b>2.665.000</b>	<b>1.927.800</b>	<b>2.947.400</b>	<b>2.947.400</b>	<b>10.487.600</b>

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 55

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	<b>2015</b>	<b>2016</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Vorbehalten	5.472.000	6.117.000
Hiervon veranschlagt	2.162.000	2.502.000
vorbehalten bleiben	3.310.000	3.615.000
davon für		
Hj. 2016	1.768.000	
Hj. 2017	1.097.000	1.983.000
Hj. 2018	445.000	1.187.000
Hj. 2019 ff	0	445.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	3.246.400	3.246.400
Hiervon veranschlagt	299.000	299.000
Vorbehalten bleiben	2.947.400	2.947.400
Veranschlagt zusammen	2.461.000	2.801.000
vorbehalten bleiben	6.257.400	6.562.400

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

4.344.000

davon fällig

Hj. 2014

1.679.000

Hj. 2015

1.428.000

Hj. 2016

882.000

Hj. 2017 ff

355.000

Der Bund gewährt im Rahmen der jährlichen Verwaltungsvereinbarung seit dem Programmjahr 2010 Finanzhilfen zur Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich jeweils auf 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt jeweils 33 1/3 v.H.

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung kleinerer Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Ansatz ergibt sich aus den eingegangenen Verpflichtungen und der Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2015 und 2016.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>883 56</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)</b>	<b>1.703.700</b>	<b>2.461.000</b>	<b>2.801.000</b>
			1.266.000		

*Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<b>2.947.400</b>	<b>2.947.400</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	770.700	
2017 bis zu	930.300	770.700
2018 bis zu	779.100	930.300
2019 ff. bis zu	467.300	1.246.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 56

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.428.000	506.100			<b>1.934.100</b>
2016	882.000	609.000	770.700		<b>2.261.700</b>
2017	355.000	508.200	930.300	770.700	<b>2.564.200</b>
2018		304.500	779.100	930.300	<b>2.013.900</b>
2019 ff.			467.300	1.246.400	<b>1.713.700</b>
<b>Summen</b>	<b>2.665.000</b>	<b>1.927.800</b>	<b>2.947.400</b>	<b>2.947.400</b>	<b>10.487.600</b>

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2015	2016
	EUR	EUR
Vorbehalten	5.472.000	6.117.000
Hiervon veranschlagt	2.162.000	2.502.000
vorbehalten bleiben	3.310.000	3.615.000
davon für		
Hj. 2016	1.768.000	
Hj. 2017	1.097.000	1.983.000
Hj. 2018	445.000	1.187.000
Hj. 2019 ff	0	445.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	3.246.400	3.246.400
Hiervon veranschlagt	299.000	299.000
Vorbehalten bleiben	2.947.400	2.947.400
Veranschlagt zusammen	2.461.000	2.801.000
vorbehalten bleiben	6.257.400	6.562.400

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2013 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.13 zu Lasten von VE

4.344.000

davon fällig

Hj. 2014

1.679.000

Hj. 2015

1.428.000

Hj. 2016

882.000

Hj. 2017 ff

355.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 55.

Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 55 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

892 10	423	<b>Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus</b>	<b>170.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
			162.649		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 892 10

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>800.000</b>	
davon fällig:		
2016 bis zu	200.000	
2017 bis zu	200.000	
2018 bis zu	200.000	
2019 ff. bis zu	200.000	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			200.000		<b>200.000</b>
2017			200.000		<b>200.000</b>
2018			200.000		<b>200.000</b>
2019 ff.			200.000		<b>200.000</b>
<b>Summen</b>			<b>800.000</b>		<b>800.000</b>

**Erläuterungen:**

Das MIL lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Baufachlichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MIL greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

Mehr wegen Neuvergabe der Bautechnischen Prüfung.

Summe HGr. 8:	73.030.600	74.994.000	80.544.000
---------------	------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	70.000	20.000	20.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	36.430.300	37.397.000	40.172.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>36.500.300</b>	<b>37.417.000</b>	<b>40.192.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	200.100	194.400	194.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.500	33.500	33.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	73.030.600	74.994.000	80.544.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>73.239.200</b>	<b>75.221.900</b>	<b>80.771.900</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-36.738.900</b>	<b>-37.804.900</b>	<b>-40.579.900</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>111 10</b>	419	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>3.500</b>	<b>3.500</b>	<b>3.500</b>
			2.032		

**Erläuterungen:**

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

<b>119 10</b>	419	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	-----	--------------------------------------	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

<b>119 15</b>	419	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			182.447		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

<b>182 10</b>	411	<b>Darlehensrückflüsse aus der Wohnraumförderung</b>	<b>3.500.000</b>	<b>3.500.000</b>	<b>3.500.000</b>
			2.522.309		

*Siehe Verstärkungsvermerke bei Titel 892 10 und 893 11.*

**Erläuterungen:**

Die Rückflüsse aus ab 2007 ausgereichten Darlehen aus Kompensationsleistungen auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes werden vereinnahmt und wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt. Die Kompensationsmittel des Bundes sind zweckgebunden.

siehe Erläuterung zu Titel 892 10, 893 11 und 893 13.

---

Summe HGr. 1:	<b>3.503.500</b>	<b>3.503.500</b>	<b>3.503.500</b>
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>231 10</b>	233	<b>Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld</b>	<b>23.910.000</b>	<b>15.000.000</b>	<b>18.000.000</b>
			17.074.575		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 00 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

---

Summe HGr. 2:	<b>23.910.000</b>	<b>15.000.000</b>	<b>18.000.000</b>
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

<b>331 10</b>	411	<b>Zuweisungen des Bundes zur Wohnraumförderung nach dem Entflechtungsgesetz</b>	<b>29.368.600</b>	<b>30.277.000</b>	<b>30.277.000</b>
			29.061.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Mehreinnahmen dienen nur zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 893 11.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 10

**Erläuterungen:**

Die Zweckbindung ergibt sich aus der landesspezifischen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz.

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Die Zuweisungen dienen der Finanzierung neuer Fördermaßnahmen im Wege der Projektförderung.

<b>331 20</b>	<b>411</b>	<b>Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus</b>	<b>908.400</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.216.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 12.*

**Erläuterungen:**

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zur Ausfinanzierung der bis zum 31. Dezember 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu. Die zweckgebundenen Einnahmen werden über die Titel 893 11 und 893 12 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

siehe Erläuterung bei Titel 893 12.

Weniger wegen Mehrveranschlagung bei Titel 331 10.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(331 40)</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung von Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren</b>	<b>0</b>		
-----------------	------------	---	----------	--	--

---

Summe HGr. 3:	<b>30.277.000</b>	<b>30.277.000</b>	<b>30.277.000</b>
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

**Ausgaben**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	419	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>62.300</b> 69.956	<b>62.300</b>	<b>62.300</b>
--------	-----	-------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Es sind Gutachten u. a. zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik und zur rechtlichen und inhaltlichen Ausgestaltung der zukünftigen Wohnraumförderung, für die Evaluierung, Fortsetzung und weitere Ausgestaltung der in 2014 abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen für Maßnahmen zur Verbesserung und Stabilisierung der Wohnungsmarktsituation sowie der dafür erforderlichen Infrastruktur in ausgewählten Städten vorgesehen. Daneben sollen Kooperationsvereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft mit dem Schwerpunktthema energetisch Bauen und Sanieren begleitet werden.

541 10	419	<b>Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen</b>	<b>49.100</b> 30.006	<b>49.100</b>	<b>49.100</b>
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen und Workshops zu Schwerpunktthemen der Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des generationsgerechten Wohnens vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und weiteren wohnungspolitischen Fragestellungen, insbesondere der familienfreundlichen und generationengerechten Wohnraumversorgung.

541 20	419	<b>Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen</b>	<b>16.200</b> 6.649	<b>16.200</b>	<b>16.200</b>
--------	-----	---	------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen zum Wohnungs- und Wohngeldrecht.

546 10	419	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	------------------	----------	----------	----------

546 40	419	<b>Sonstige Gebühren und Entgelte im Zusammenhang mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes</b>	<b>11.000</b>	<b>4.200</b>	<b>4.300</b>
--------	-----	---	---------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren sowie Entgelte für den verpflichtenden Datenabgleich zwischen IT-Dienstleister und der Datenstelle der Rentenversicherung bei der Durchführung des Wohngeldgesetzes.

Weniger wegen § 22 WoGV. Im Jahr 2014 waren anfallende Kosten für 2013 und 2014 zu erstatten.

<b>Summe HGr. 5:</b>		<b>138.600</b>	<b>131.800</b>	<b>131.900</b>
----------------------	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

663 11	411	<b>Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

681 00	233	<b>Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz</b>	<b>47.820.000</b> 34.112.489	<b>30.000.000</b>	<b>36.000.000</b>
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden. (Rück-)Einnahmen/Erstattungen Dritter dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 681 00

**Erläuterungen:**

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 32 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

Weniger in Anpassung an die erwartete Entwicklung der Wohngeldausgaben.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(661 10) 411 Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes 0

(682 30) 411 Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen 0

---

Summe HGr. 6: 47.820.000 30.000.000 36.000.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10 411 **Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln sowie die Sicherung von Förderengagements** 0 0 0  
872.418

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.  
Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 182 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	100.000	
2017 bis zu	150.000	100.000
2018 bis zu		150.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	150.000	100.000			<b>250.000</b>
2016		150.000	100.000		<b>250.000</b>
2017			150.000	100.000	<b>250.000</b>
2018				150.000	<b>150.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>150.000</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>900.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für die bautechnische Prüfung im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung als Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln, die Baukontrolle und die Schlussrechnungsprüfung einschließlich Verwendungsnachprüfung. Die Begleitung der Fördermaßnahmen erfolgt regelmäßig über einen Zeitraum von rd. 3 Jahren. Ausgaben dürfen auch für die Finanzierung der beauftragten Portfolioanalysen sowie für weiterführende Projekte für die nachhaltige Sicherung und Sanierung von Förderengagements geleistet werden.

Siehe Erläuterungen bei Titel 182 10.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	
893 11	411	<b>Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke</b>	<b>29.368.600</b> 29.061.000	<b>30.277.000</b>	<b>30.277.000</b>

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.  
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Mit dem Gesetz über das Landeswohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17.12.1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 01. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der Investitionsbank des Landes Brandenburg verwaltet.

Aus dem Sondervermögen werden die nach den Wohnraumförderprogrammen des Landes erforderlichen Darlehen und weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewilligung, Refinanzierung und Verwaltung der Fördermittel finanziert. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden über die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes, des Landes, über Kredite sowie über Rückflüsse aus Zins und Tilgung für ausgereichte Darlehen und Zinserträge aufgebracht.

Mit den im Landeswohnungsbauvermögen für die Neubewilligung veranschlagten Mittel sollen

- in den Jahren 2015 und 2016 jeweils
- ca. 160 Wohnungen zur Schaffung von Wohneigentum
- ca. 280 Wohnungen für die generationsgerechte Anpassung von Mietwohnungen
- ca. 125 Wohnungen für den innerstädtischen Mietwohnungsneubau
- ca. 250 Wohnungen für die Herstellung des barrierefreien Zugangs zu den Mietwohnungen

gefördert werden. Dafür stehen in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 40 Mio. € Bewilligungsvolumen zur Verfügung.

Maßnahmen der Spitzenfinanzierung (kombinierter Einsatz von Mitteln der Wohnraum- und Städtebauförderung) haben bei der Programmaufnahme eine besondere Priorität.

Darüber hinaus werden Mittel für die behindertengerechte Wohnraumanpassung im erforderlichen Umfang eingesetzt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

### Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel	Ist 2013 EUR	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2016 EUR
<b>Einnahmen</b>				
111	131.411	90.000	90.000	90.000
112	45.529	0	0	0
119	1.173.638	250.000	250.000	250.000
162	1.456.933	7.600.000	2.400.000	6.100.000
182	151.329.011	98.200.000	98.500.000	102.500.000
185	11.382.121	0	0	0
222	0	0	0	0
davon:				
Schuldendiensthilfen				
(Wohnungsbauprogramme 1993-1996)				
	0	0	0	0
251	0	0	0	0
325	230.000.000	202.000.000	200.100.000	300.500.000
davon				
1. Refinanzierung am Kapitalmarkt				
	10.000.000	22.000.000	10.100.000	10.500.000
2. Liquidität für Zinssicherung				
	120.000.000	130.000.000	140.000.000	140.000.000
3. Verlängerung Termingeld - Anschlussfinanzierung*				
	100.000.000	50.000.000	50.000.000	150.000.000
4. Kontokorrentkredit				
	0	0	0	0
332**	30.289.604	47.648.612	33.097.600	30.277.000
davon				
1. Zuweisungen für die Wohnungsbauprogramme 1991-1996				
	0	0	0	0
2. Zuweisungen LWV - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG				
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes 1997 - 2006				
	1.216.000	908.396	0	0
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 1991 - 2006				
	0	0	0	0
- zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 2007 - 2013				
	29.061.000	17.366.616	2.820.600	0
- Wohnungsbauprogramme 2014				
	0	29.368.600	0	0
- Wohnungsbauprogramme 2015				
	0	0	30.277.000	0
- Wohnungsbauprogramme 2016				
	0	0	0	30.277.000
4. Landesmittel für städtebauliche Maßnahmen 2003				
	12.604	5.000	0	0
Zusammen	425.808.246	355.788.612	334.437.600	439.717.000
(darunter Bundesfinanzhilfen gesamt)	30.277.000	47.643.612	33.097.600	30.277.000

\* Aufnahme Termingeld für Anschlussfinanzierung der kurzfristigen Darlehen ab dem Jahr 2009

\*\* Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 143c GG (Wohnungsbauprogramme 1997 bis 2006) erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

Titel	Ist 2013 EUR	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2016 EUR
<b>Ausgaben</b>				
546 Sonstige Verwaltungsausgaben	0	0	800.500	800.500
davon für:				
1. Transaktionsregister	0	0	500	500
2. Folgeprojekt Portfolioanalyse	0	0	800.000	800.000
575 Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen	71.436.814	91.701.278	76.241.000	90.611.000
davon für:				
1. Kontokorrentkredite	0	100.000	100.000	100.000
2. zinssichernde Maßnahmen - Zinsswap	27.812.688	31.952.708	36.231.000	40.701.000
3. Termingeld - außerhalb Zinsswap	3.981.628	22.000.000	12.880.000	28.360.000
4. Schuldenaufnahmen 1997-2014	39.642.498	37.648.570	26.900.000	20.812.000
5. Schuldenaufnahmen 2015	0	0	130.000	503.000
6. Schuldenaufnahmen 2016	0	0	0	135.000
595 Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen	318.652.359	206.725.298	218.468.000	306.711.500
davon für:				
1. Zinsswap	0	0	0	0
2. Termingeld - außerhalb Zinsswap	100.000.000	35.000.000	50.000.000	150.000.000
3. Kontokorrentkredit	0	0	0	0
4. Schuldenaufnahmen 1997-2014	96.339.452	35.231.138	15.331.000	10.880.000
5. endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2003-2004***	122.312.907	136.494.160	0	0
6. endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2005***	0	0	153.097.000	0
7. endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2006***	0	0	0	145.636.000
8. Schuldenaufnahmen 2015	0	0	40.000	153.500
9. Schuldenaufnahmen 2016	0	0	0	42.000
651 Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0	0
663 Schuldendiensthilfen (Wohnungsbauprogramme bis einschl. 1996)	0	0	0	0
671 Erstattungen an Inland (Umsatzsteuer)	117.684	150.000	150.000	150.000
685 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0	0
863 Darlehen	28.732.501	52.784.750	37.573.100	40.745.000
davon:				
1. Wohnungsbaudarlehen (Haushaltsdarlehen bis 1996)	432.294	666.000	75.000	73.000
2. Plafondsdarlehen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	2.711	0	0	0
3. Wohnungsbaudarlehen LWV (Programmjahre 1997-2006)	5.124.970	1.441.000	485.000	352.000
4. Wohnungsbaudarlehen LWV (Programmjahre 2007 - 2014)	23.172.526	50.677.750	30.153.000	18.281.000
5. Wohnungsbaudarlehen LWV 2015	0	0	6.860.100	15.259.000
6. Wohnungsbaudarlehen LWV 2016	0	0	0	6.780.000
893 Investive Zuschüsse	6.728.661	4.427.286	1.205.000	699.000
davon:				
1. Wohnungsbauzuschüsse (Programme bis 1996)	648.007	600.000	144.000	144.000
2. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Programmjahre 1997-2006)	419.482	181.000	10.000	5.000
3. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Programmjahre 2007 - 2014)	5.661.172	3.646.286	651.000	50.000
4. Wohnungsbauzuschüsse LWV 2015	0	0	400.000	100.000
5. Wohnungsbauzuschüsse LWV 2016	0	0	0	400.000
912 Zuführungen an Rücklagen	0	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>425.668.020</b>	<b>355.788.612</b>	<b>334.437.600</b>	<b>439.717.000</b>

\*\*\* Beginnend ab dem Jahr 2009 greift der im Jahr 2006 vereinbarte Zinsswap als zinssichernde Maßnahme. Damit ist für endfällige Darlehen aus den Jahren 2005 / 2006 ein Zinssatz in Höhe von 4,232 % p.a. für ein Volumen von 140 Mio. EUR / 140 Mio. EUR vereinbart. Die Tilgung der endfälligen Darlehen (Umschuldung) ist in der Ausgabengruppe 595 dargestellt.

893 12	411	<b>Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes</b>	<b>908.400</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.216.000		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 893 12

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben zur Ausfinanzierung der im Rahmen der Kompensationszahlungen nach Art. 143c GG übernommenen Altverpflichtungen des Landes für die soziale Wohnraumförderung für die Programmjahre bis einschließlich 2006. Die Mittel werden dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt. Siehe Erläuterung bei Titel 331 20.

Weniger weil die Ausfinanzierung von Altverpflichtungen des Landes innerhalb der Bewirtschaftung des Wirtschaftsplans bei 893 11 erfolgt.

**893 13 411 Zuweisungen zur Wohnraumförderung** **0 0 0**

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	31.000.000	16.000.000			<b>47.000.000</b>
2016		15.000.000			<b>15.000.000</b>
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>31.000.000</b>	<b>31.000.000</b>			<b>62.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Ab 2013 erfolgt die Wohnraumförderung aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Die Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG werden über die Titel 331 10 und 893 11 dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Die Ausfinanzierung der bis 2012 eingegangenen Verpflichtungen erfolgt aus dem Landeswohnungsbauvermögen Titel 893 11.

**893 20 423 Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren** **5.000 0 0**  
 12.604

**Erläuterungen:**

Das Programm ist beendet.

Das Programm wurde 2006 vollständig bewilligt. Für die Ausfinanzierung der Bewilligungen bis 2003 werden Mittel aus dem Landeshaushalt zur Komplementierung bereitgestellt.

Die zweckgebundenen Einnahmen vom Bund wurden dem Landeswohnungsbauvermögen in voller Höhe im Jahr 2010 zugeführt.

---

Summe HGr. 8: **30.282.000 30.277.000 30.277.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.503.500	3.503.500	3.503.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	23.910.000	15.000.000	18.000.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	30.277.000	30.277.000	30.277.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>57.690.500</b>	<b>48.780.500</b>	<b>51.780.500</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	138.600	131.800	131.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	47.820.000	30.000.000	36.000.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.282.000	30.277.000	30.277.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>78.240.600</b>	<b>60.408.800</b>	<b>66.408.900</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-20.550.100</b>	<b>-11.628.300</b>	<b>-14.628.400</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen
-----------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	422	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>20.000</b>	<b>20.000</b>	<b>20.000</b>
			18.494		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Gebührenbescheiden und Nutzungsentgelt Plis.

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>2.030.000</b>	<b>4.900.000</b>	<b>500.000</b>
--------------------------	------------------	------------------	----------------

<b>Summe HGr. 1:</b>	<b>2.050.000</b>	<b>4.920.000</b>	<b>520.000</b>
----------------------	------------------	------------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 20	422	<b>Zuweisungen vom Bund für EFRE Ziel 3 Projekte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	----------	----------	----------

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 22 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung von EFRE Ziel 3 Ausgaben im Titel 537 22 (Förderperiode 2007 bis 2013).

232 10	422	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung</b>	<b>1.027.000</b>	<b>1.027.000</b>	<b>1.027.000</b>
			743.589		

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung i.H.v. 50 v. H. der Ausgaben.

272 20	422	<b>Sonstige Zuschüsse der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit ( EFRE Ziel 3/INTERREG IV/INTERREG V)</b>	<b>250.000</b>	<b>280.000</b>	<b>300.000</b>
			318.140		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 22 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung der Ausgaben für INTERREG IV B und C-Projekte sowie INTERREG V-B Projekten im Titel 537 22 mit einem Förderanteil von 75%.

Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

<b>Summe HGr. 2:</b>	<b>1.277.000</b>	<b>1.307.000</b>	<b>1.327.000</b>
----------------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

<b>119 61</b>	<b>631</b>	<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>2.030.000</b>	<b>4.900.000</b>	<b>500.000</b>
			2.576.589		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 61 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Rückflüssen aus Überzahlungen nach geprüfter Nachweislegung.

Mehr in 2015 wegen Rückforderungsansprüchen aus LRH-Prüfung Braunkohlesanierung.

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	<b>2.030.000</b>	<b>4.900.000</b>	<b>500.000</b>
-----------------------	---------------	------------------	------------------	----------------

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>2.030.000</b>	<b>4.900.000</b>	<b>500.000</b>
-----------------------	----------------------------------	------------------	------------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	422	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>35.000</b> 28.822	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	15.500	15.500
2.	Bücher, Zeitschriften	6.000	6.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.000	8.000
4.	Sonstiges	500	500
	<b>Summe</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>

Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Personalbestand.

511 20	422	<b>Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren</b>	<b>8.000</b> 5.546	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	6.600	6.600
2.	Fernmeldegebühren	1.300	1.300
3.	Sonstiges	100	100
	<b>Summe</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>

514 10	422	<b>Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.</b>	<b>400</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	------------	----------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Nutzung des Fahrzeugpools des BLB.

514 25	422	<b>Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB</b>	<b>30.000</b> 27.434	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Selbstfahrerfahrzeug Cottbus	8.800	8.800
2.	allgemeinen Fahrdienst	21.200	21.200
	<b>Summe</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>

517 10	422	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>7.000</b> 1.393	<b>4.000</b>	<b>4.000</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Weniger durch Unterbringung der Archivräume Dortustraße in die Liegenschaft Lindenstraße 34a in Potsdam.

517 25	719	<b>Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter - Mieter - Modells</b>		<b>139.200</b>	<b>131.100</b>
--------	-----	---	--	----------------	----------------

neu

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 517 25

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 54 (GL6)	14.250	14.250
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (GL7)	28.800	28.800
3.	14467 Potsdam, Lindenstraße 34a (GL)	88.020	88.050
4.	14467 Potsdam, Dortustraße 46	8.130	0
<b>Summe</b>		<b>139.200</b>	<b>131.100</b>

Mehr wegen der im AR 2015/2016 gemäß Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten aus Titel 518 25.

518 10	422	<b>Mieten und Pachten</b>	2.000 160	1.000	1.000
518 20	422	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b>	200	200	200
518 25	719	<b>Mietzahlungen an den BLB</b>	437.000 422.243	299.100	299.100

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	15236 Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 54 (GL6)	32.700	32.700
2.	03046 Cottbus, Gulbener Str. 24 (GL7)	31.700	31.700
3.	14467 Potsdam, Lindenstr. 34 A (GL-Hauptgebäude)	234.700	234.700
<b>Summe</b>		<b>299.100</b>	<b>299.100</b>

Weniger wegen der im AR 2015/2016 gemäß Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten im Titel 517 25.

519 10	422	<b>Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b>	8.000 42.136	8.000	8.000
--------	-----	--	-----------------	-------	-------

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	0	
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	8.000	8.000
<b>Summe</b>		<b>8.000</b>	<b>8.000</b>

Der Mietvertrag für die Räume in der Lindenstraße sieht Schönheitsreparaturen zulasten des Mieters vor.

525 10	422	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	14.000 19.667	14.000	14.000
--------	-----	---	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	14.000	14.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	
<b>Summe</b>		<b>14.000</b>	<b>14.000</b>

526 10	422	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	298.000 225.269	298.000	298.000
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 526 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		100.000			100.000
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>100.000</b>			<b>100.000</b>

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Rechtsstreitverfahren	50.000	53.000
2.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	90.000	40.000
3.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten des Raumordnungsprogramms und der Raumordnungspläne	35.000	50.000
4.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumentwicklung und Strukturpolitik	58.000	80.000
5.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	45.000	55.000
6.	Sachverständige und rechtliche Beratung Braunkohle- und Sanierungsplanung	20.000	20.000
<b>Summe</b>		<b>298.000</b>	<b>298.000</b>

527 10 422 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen **24.000** **24.000** **24.000**  
26.166

531 10 422 Veröffentlichungen und Dokumentation **63.000** **63.000** **61.200**  
24.767

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		20.000			20.000
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>20.000</b>			<b>20.000</b>

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Kosten für gesetzliche Veröffentlichungen der Raumordnung, Landesentwicklung, Regionalplanung und andere Publikationen.	63.000	61.200
<b>Summe</b>		<b>63.000</b>	<b>61.200</b>

535 10 422 Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung **35.000** **35.000** **35.000**  
59.312

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 535 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		30.000			30.000
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>30.000</b>			<b>30.000</b>

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Kosten für kartographische Arbeiten zur Schaffung von Landesplanungsgrundlagen	3.000	3.000
2.	Kartographieaufwand und Digitalisierung des Raumordnungskatasters	31.500	31.500
3.	Kartographische Aufwendungen für die Braunkohlen- und Sanierungsplanung	500	500
	<b>Summe</b>	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>

537 10 422 **Braunkohle- und Sanierungsplanung** **65.000** **65.000** **65.000**  
 353.765

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>70.000</b>	<b>50.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	50.000	
2017 bis zu	20.000	30.000
2018 bis zu		20.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	60.000	30.000			90.000
2016		40.000	50.000		90.000
2017			20.000	30.000	50.000
2018				20.000	20.000
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>60.000</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>	<b>50.000</b>	<b>250.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 537 10

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Kosten für den Braunkohlenausschuss	7.000	7.000
2.	Erarbeitung von Beschlussvorlagen durch Mitwirkung Dritter für den Braunkohlenausschuss zu den Tagebauen und Umsiedlungsplanungen sowie Sanierungsgebieten	28.000	28.000
3.	Kosten für die gutachterliche Bearbeitung von Braunkohleplänen	30.000	30.000
<b>Summe</b>		<b>65.000</b>	<b>65.000</b>

537 20	422	<b>Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen</b>	<b>274.000</b>	<b>237.700</b>	<b>261.000</b>
			137.089		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	30.000	
2017 bis zu	20.000	30.000
2018 bis zu		20.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	20.000	30.000			<b>50.000</b>
2016		20.000	30.000		<b>50.000</b>
2017			20.000	30.000	<b>50.000</b>
2018				20.000	<b>20.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>20.000</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>170.000</b>

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Gutachten in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	30.000	30.000
2.	Gutachten in Angelegenheiten des Raumentwicklungsprogramms und der Raumordnungspläne	77.700	70.000
3.	Gutachten in Angelegenheiten der Raumentwicklung und der Strukturpolitik	60.000	60.000
4.	Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	30.000	61.000
5.	Raumordnungsbericht, Raumbeobachtung, Monitoring	40.000	40.000
<b>Summe</b>		<b>237.700</b>	<b>261.000</b>

Weniger wegen Wegfall von Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren.

537 22	422	<b>Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV/V)</b>	<b>500.000</b>	<b>470.000</b>	<b>500.000</b>
			207.037		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 20 und in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 20 geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 537 22

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>750.000</b>	<b>500.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	250.000	
2017 bis zu	250.000	250.000
2018 bis zu	250.000	250.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	500.000	150.000			<b>650.000</b>
2016	150.000	250.000	250.000		<b>650.000</b>
2017	900.000		250.000	250.000	<b>1.400.000</b>
2018			250.000	250.000	<b>500.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>1.550.000</b>	<b>400.000</b>	<b>750.000</b>	<b>500.000</b>	<b>3.200.000</b>

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Finanzierung von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit INTERREG IV B, C und V	320.000	350.000
2. Technische Hilfe transnationale Zusammenarbeit INTERREG IV/V	150.000	150.000
<b>Summe</b>	<b>470.000</b>	<b>500.000</b>

Das Land beabsichtigt, sich am Förderprogramm der EU zur transnationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Die Maßnahmen werden mit EU- Mitteln bis zu 75% gefördert. Das Land kann in Vorleistung treten.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

<b>538 10</b>	<b>422</b>	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung</b>	<b>160.000</b>	<b>100.000</b>	<b>160.000</b>
			116.507		

**Erläuterungen:**

Softwarekosten für das Planungsinformationssystem (PLIS ) insbesondere das digitalisierte Raumordnungskataster sowie Wartung und Pflege der eingesetzten Software im sonstigen Verwaltungsbereich.

Weniger aufgrund der Ablösung der Multifunktionsgeräte und Wegfall DISK-DV-gesteuerte Informationssystem Konversation, Wartung HP 9000-Hardware und Wartung Datenbank SDE-(Oracle).

<b>541 10</b>	<b>422</b>	<b>Aufwendungen für Veranstaltungen</b>	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>	<b>40.000</b>
			7.972		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 541 10

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Technische Ausstattung	15.000	20.000
2.	Bewirtung und Organisation	15.000	15.000
3.	Sonstiges	5.000	5.000
	<b>Summe</b>	<b>35.000</b>	<b>40.000</b>

Mehr in Anpassung an den Bedarf in 2016 durch die Fortführung der Regionaldialoge und gestiegener Mittel für die Betreuung von Delegationen.

546 10	422	<b>Sonstiges</b>	<b>15.000</b>	<b>15.000</b>	<b>12.500</b>
			21.001		

**Erläuterungen:**

Ausgaben für Metrex und Domain Service.

Weniger durch den Wegfall der Beteiligung an der Messe Metropolregion Hannover-Braunschweig.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(546 15)	422	<b>Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB</b>	<b>0</b>		
----------	-----	--	----------	--	--

<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>2.010.600</b>	<b>1.876.200</b>	<b>1.982.100</b>
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

**HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**

633 10	422	<b>Zuschüsse an Gebietskörperschaften</b>	<b>0</b>	<b>114.000</b>	<b>0</b>
			18.750		

**Erläuterungen:**

Zuschüsse an Projektträger im Rahmen der Beteiligung des Landes an Pilotprojekten im Modellvorhaben der Raumordnung des Bundes.

Mehr in 2015 aufgrund der am 27.05.2013 geschlossenen Projektvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Förderung von Modellprojekten der Raumordnung.

<b>aus Titelgruppen:</b>			<b>4.125.800</b>	<b>4.125.800</b>	<b>4.125.800</b>
--------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>4.125.800</b>	<b>4.239.800</b>	<b>4.125.800</b>
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

**HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

812 10	422	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland</b>	<b>9.000</b>	<b>9.000</b>	<b>9.000</b>
			50.393		

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>		
1.1	Büroausstattung	1.000	1.000
1.2	Präsentations- und Dokumentationstechnik	2.000	2.000
1.3	Informationstechnik	1.000	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>4.000</i>	<i>4.000</i>
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>		
2.1	Büroausstattung	3.000	3.000
2.2	Bürotechnik	2.000	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>5.000</i>	<i>5.000</i>
	<b>Summe</b>	<b>9.000</b>	<b>9.000</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

aus Titelgruppen: **38.564.200**      **40.534.200**      **41.194.200**

---

Summe HG. 8: **38.573.200**      **40.543.200**      **41.203.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

**TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung**

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 61 geleistet werden.  
 Die Ausgaben der Titelgruppe 61 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben bei Titel 685 61 sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Maßnahmen nach § 2 VA V Braunkohlesanierung

Maßnahmen nach § 2 des vierten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2013 bis 2017 (VA V Braunkohlesanierung) zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastensanierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995.

Im § 2 des VA V Braunkohlesanierung ist aufgrund der Rechtsverpflichtung des Projektträgers festgelegt, dass zwischen dem Bund und den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Jahre 2013 - 2017 ein Finanzplafonds in Höhe von 736,52 Mio. Euro für Maßnahmen der bergbaulichen Sanierung, Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung zur Verfügung gestellt wird. Diese Summe wird im Verhältnis 75 v. H. / 25 v. H. zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Ferner stellt der Projektträger, die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Eigenanteile in Höhe von 33,48 Mio. Euro zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2015 (2016) teilen sich der Bund und die Länder den Plafonds zu 114,60 (114,00) Mio. Euro und 38,20 (38,00) Mio. Euro. Von dem Länderanteil finanziert das Land Brandenburg 18,91 (19,22) Mio. Euro.

Maßnahmen nach § 3 VA V Braunkohlesanierung

Im § 3 des VA V Braunkohlesanierung ist unter Zurückstellung unterschiedlicher Rechtsstandpunkte und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht festgelegt, dass für die Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem bergbaubedingten Grundwasserwiederanstieg sowie für sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung für die Jahre 2013 - 2017 ein Finanzrahmen in Höhe von insgesamt 459,60 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzierung teilen sich der Bund und die Länder grundsätzlich jeweils hälftig.

Für das Haushaltsjahr 2015 (2016) stellen der Bund und das Land Brandenburg zusammen 31,50 (32,20) Mio. Euro zur Verfügung. Das Land Brandenburg finanziert davon 15,75 (16,10) Mio. Euro. Projektträger ist die LMBV.

Maßnahmen nach § 4 VA V Braunkohlesanierung

Für weitere Maßnahmen der Braunkohlesanierung, zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlenaltbergbaus, stellen die Länder über die Verpflichtungen der LMBV hinaus weitere Finanzmittel zur Verfügung. Das Land Brandenburg stellt im Haushaltsjahr 2015 (2016) einen Betrag in Höhe von 10,00 (10,00) Mio. Euro bereit.

Neben der Projektträgerschaft der LMBV werden kommunale und gleichwertige Projektträgerschaften zugelassen.

<b>685 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland</b>	<b>4.125.800</b>	<b>4.125.800</b>	<b>4.125.800</b>
			46.966		

<b>883 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>300.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Entfall drittfinanzierter Fördermittelooptionen im Zeitraum 2014 - 2017, daher Umsetzung von 300.000 Euro nach 893 61.

<b>893 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b>	<b>38.264.200</b>	<b>40.534.200</b>	<b>41.194.200</b>
			43.312.149		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 893 61

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	44.660.000				<b>44.660.000</b>
2016	45.320.000				<b>45.320.000</b>
2017	44.590.000				<b>44.590.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>134.570.000</b>				<b>134.570.000</b>

**Erläuterungen:**

Das VA V Braunkohlesanierung beginnt mit dem Haushaltsjahr 2013 und endet mit dem Haushaltsjahr 2017. Die Schlusszeichnung ist am 9.10.2012 erfolgt.

**972 61 881 Globale Minderausgabe**

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 61	<b>42.690.000</b>	<b>44.660.000</b>	<b>45.320.000</b>
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>42.690.000</b>	<b>44.660.000</b>	<b>45.320.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.050.000	4.920.000	520.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.277.000	1.307.000	1.327.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>3.327.000</b>	<b>6.227.000</b>	<b>1.847.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	2.010.600	1.876.200	1.982.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.125.800	4.239.800	4.125.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	38.573.200	40.543.200	41.203.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben			
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>44.709.600</b>	<b>46.659.200</b>	<b>47.311.100</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-41.382.600</b>	<b>-40.432.200</b>	<b>-45.464.100</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>111 10</b>	<b>719</b>	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>1.350.000</b>	<b>1.350.000</b>	<b>1.350.000</b>
			1.324.166		

**Erläuterungen:**

Enthalten sind Gebühren auf der Grundlage nachstehender Bestimmungen:

- Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr
- Kostenverordnung für den Güterkraftverkehr
- Kostenverordnung Luftfahrtverwaltung
- Luftsicherheitsgebührenordnung
- Kostenverordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen
- Verwaltungsgebührenordnung für Amtshandlungen beim Vollzug des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes
- Verordnung über die Gebühren in bauordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Verordnung zur Erhebung von Gebühren im Straßenpersonenverkehr mit Oberleitungsbussen und Straßenbahnen
- Verordnung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt
- Verordnung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen nach der Landeshafenverordnung
- Runderlass zur Überwachung von Ausbildungsstätten für die beschleunigte Grundqualifikation und Weiterbildung nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz

<b>112 10</b>	<b>719</b>	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>80.000</b>	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>
			62.932		

**Erläuterungen:**

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- § 19 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafenverordnung
- § 89 Landesschifffahrtsverordnung.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

<b>119 10</b>	<b>719</b>	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>4.000</b>	<b>4.000</b>	<b>4.000</b>
			312		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Altmaterial und zuviel geleisteten und daher an das Land zurückgezahlten Ausgaben (§ 35 LHO).

<b>119 20</b>	<b>165</b>	<b>Einnahmen aus Veröffentlichungen</b>	<b>200</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
---------------	------------	---	------------	------------	------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

<b>132 10</b>	<b>719</b>	<b>Veräußerung von beweglichen Sachen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
---------------	------------	---	------------	------------	------------

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	100	100
	<b>Summe</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

aus Titelgruppen: **240.000**      **100.000**      **75.000**

Summe HGr. 1: **1.674.300**      **1.519.200**      **1.494.200**

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10 719 Erstattung von Verwaltungsausgaben - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung **99.300**      **99.300**      **99.300**  
101.711

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Im Erstattungsbetrag sind die anteiligen Kosten für die Leiterin/den Leiter der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg enthalten.

232 20 751 Erstattung von Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen **0**      **0**      **0**  
138.794

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 428 20 herangezogen werden.*

Summe HGr. 2: **99.300**      **99.300**      **99.300**

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10 891 Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht **0**      **105.700**      **105.700**  
105.667

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 982 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen beinhalten den vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteil für die Luftaufsicht.

Mehr in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

Summe HGr. 3: **0**      **105.700**      **105.700**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

<b>111 70</b>	751	<b>Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren</b>	<b>240.000</b>	<b>100.000</b>	<b>75.000</b>
neu			65.740		

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/111 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 240.000 Euro).

Einnahmen aus Gebühren und Auslagenerstattungen durch die Genehmigung wesentlicher Erweiterungen oder Änderungen der Anlage und des Betriebes sowie entsprechende Abnahmeprüfungen des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg gem. Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV).

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

---

<b><u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70</b>	<b>240.000</b>	<b>100.000</b>	<b>75.000</b>
--	----------------	----------------	---------------

---

<b><u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen</b>	<b>240.000</b>	<b>100.000</b>	<b>75.000</b>
---	----------------	----------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	719	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	2.528.400 2.449.488	2.768.000	2.898.200
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.768.000	2.898.200
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>		<b>2.768.000</b>	<b>2.898.200</b>

Mehr wegen Stellenumsetzungen von Kapitel 11 010 und wegen Tarifierhöhungen laut Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 09.03.2013.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Präsidentin, Präsident des Landesamtes für Bauen und Verkehr	B3	hD	1,00	1,00	1,00
Abteilungsleiterin, Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leiter der Regierungsdirektor	A16	hD	2,00	2,00	2,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	7,00	7,00	7,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	8,00	9,00	9,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A13	hD	0,00	2,00	2,00
Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat	A13	gD	13,00	12,00	12,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	14,00	16,00	16,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	gD	33,00	32,00	32,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	13,00	13,00	13,00
<b>Zusammen:</b>			<b>92,00</b>	<b>95,00</b>	<b>95,00</b>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2015      2016

**Umwandlung / Umsetzung**

**Zugänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

2015	2016	BesGr.	Lfb.	Beschreibung	Bemerkungen
1,00	0,00	A14	hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Umsetzung von 11 010 / 422 10
					Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
2,00	0,00	A13	hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Umsetzung von 11 010 / 422 10
					Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
2,00	0,00	A12	gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	Umsetzung von 11 010 / 422 10
					Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
5,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
<b>5,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A13 gD	Regierungsoberamtsrätin, Regierungs- oberamtsrat	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 400 nach Kapitel 11 010
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 400 nach Kapitel 11 010
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			

<b>427 20</b>	<b>719</b>	<b>Entgelte für Aushilfen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>428 10</b>	<b>719</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>7.979.400</b> 7.690.129	<b>9.683.800</b>	<b>9.302.900</b>

**Erläuterungen:**

Mehr wegen Stellenumsetzungen von Kapitel 11 010 und wegen Besoldungserhöhungen gemäß Brandenburgischem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 (BbgBVAnpG 2013/2014) vom 15.10.2013.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2014	2015	2016
AT I	1,00	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00	3,00
E 14	16,00	17,00	17,00
E 13	9,00	9,00	9,00
E 12	3,00	6,00	6,00
E 11	15,00	14,00	14,00
E 9	14,00	15,00	15,00
E 8	13,00	12,00	12,00
E 6	14,00	12,00	12,00
E 4	3,00	3,00	3,00
<b>Zusammen:</b>	<b>91,00</b>	<b>92,00</b>	<b>92,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2015      2016

**Umwandlung / Umsetzung**

**Zugänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	E 14	Umsetzung von 11 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
2,00	0,00	E 13	Umwandlung von E 13	Umsetzung nach 428 10 laut Än- derung Personalbedarfsplanung 2018
1,00	0,00	E 12	Umsetzung von 11 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
1,00	0,00	E 11	Umsetzung von 11 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
3,00	0,00	E 9	Umwandlung von E 9	Umsetzung nach 428 10 laut Än- derung Personalbedarfsplanung 2018
2,00	0,00	E 9	Umsetzung von 11 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 11 010 nach Kapitel 11 400
<u>10,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
<u>10,00</u>	<u>0,00</u>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 428 10

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00 0,00 E 13

Umwandlung nach E 13

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

1,00 0,00 E 12

Umwandlung nach E 12

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

2,00 0,00 E 11

Umwandlung nach E 11

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

1,00 0,00 E 9

Umwandlung nach E 9

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

1,00 0,00 E 8

Umwandlung nach E 8

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

2,00 0,00 E 6

Umwandlung nach E 6

Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

9,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

**9,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**1,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

**Stellenhöherstufung:**

sonstige Hebungen

3,00 0,00 von E 9

nach E 12

3,00 0,00 Sonstige Höherstufungen insgesamt

**3,00 0,00 Stellenhöherstufungen insgesamt**

428 20	719	<b>Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			116.686		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 20 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Beschäftigung von bis zu 7 Tarifbeschäftigten für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gemäß Luftfahrtstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom 4. Mai 2006 i. V. mit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung vom 04.05.2006. Erstattung in voller Höhe durch das Land Berlin.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2014	2015	2016
E 15	1,00	1,00	1,00
E 11	2,00	2,00	2,00
E 10	1,00	1,00	1,00
E 9	1,00	1,00	1,00
E 8	2,00	2,00	2,00
<b>Zusammen:</b>	<b>7,00</b>	<b>7,00</b>	<b>7,00</b>

453 10	719	<b>Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			1.750		

**Erläuterungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
1. Trennungsentschädigung	3.000	3.000
2. Umzugskostenvergütung	7.000	7.000
<b>Summe</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>

Summe HGr. 4: **10.517.800 12.461.800 12.211.100**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>141.000</b>	<b>139.000</b>	<b>144.000</b>
			119.500		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Geschäftsbedarf	24.000	25.000
2.	Bücher, Zeitschriften	70.000	75.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.000	36.000
4.	Sonstiges	8.000	8.000
<b>Summe</b>		<b>139.000</b>	<b>144.000</b>

511 20	719	<b>Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren</b>	<b>88.000</b>	<b>87.000</b>	<b>91.000</b>
			66.507		

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Postgebühren	50.000	54.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	11.000	11.000
3.	Fernmeldegebühren	26.000	26.000
4.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>87.000</b>	<b>91.000</b>

Im Landesamt sind 27 Mobiltelefone im Einsatz.

514 10	719	<b>Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>51.000</b>
			49.345		

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	49.000	50.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000	1.000
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>50.000</b>	<b>51.000</b>

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	0	2	0	2	0
PKW	11	1	11	1	11	1
Anhänger	1	0	1	0	1	0
Bus	0	0	0	0	0	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0	1	0
Zusammen	15	1	15	1	15	1

517 10	719	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>8.000</b>	<b>5.000</b>	<b>10.000</b>
			1.807		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 517 10

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0	0
4.	Grundbesitzabgaben	0	0
5.	Bewachungskosten	0	0
6.	Sonstiges	5.000	10.000
<b>Summe</b>		<b>5.000</b>	<b>10.000</b>

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen, die nicht vom BLB im Rahmen der Einzelnutzungsvereinbarungen abgedeckt sind.

In 2015 weniger, da in diesem Jahr keine Prüfungen der ortsveränderlichen Betriebsmittel durchgeführt werden müssen.

In 2016 mehr, da in diesem Jahr die Prüfungen der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel durchgeführt werden müssen.

<b>517 25</b>	<b>719</b>	<b>Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter - Mieter - Modells</b>	<b>369.500</b>	<b>369.500</b>
---------------	------------	---	----------------	----------------

neu

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	15366 Hoppegarten, Lindenallee 51 (LBV Hauptsitz)	157.500	157.500
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (Außenstelle)	90.500	90.500
3.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 48 (Außenstelle)	30.200	30.200
4.	12521 Schönefeld, Flughafen BER (Örtliche Luftaufsicht)	0	0
5.	14467 Potsdam, Breite Straße 7a (Außenstelle)	16.900	16.900
6.	15529 Schönefeld, Mittelstraße 9 (Luftfahrtbehörde)	69.400	69.400
7.	13405 Berlin, Flughafen Tegel (Örtliche Luftaufsicht)	5.000	5.000
<b>Summe</b>		<b>369.500</b>	<b>369.500</b>

Mehr wegen der im AR 2015/2016 gemäß Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten aus Titel 518 25.

<b>518 20</b>	<b>719</b>	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b>	<b>26.000</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>
			13.353		

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	40.000	40.000
2.	Mieten für Software	0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0	0
<b>Summe</b>		<b>40.000</b>	<b>40.000</b>

Miete von 15 Kopiergeräten.

Mehr, da nach dem erstellten Druckerkonzept verstärkt Multifunktionsgeräte anstatt Einzelplatzdrucker zum Einsatz kommen.

<b>518 25</b>	<b>719</b>	<b>Mietzahlungen an den BLB</b>	<b>969.700</b>	<b>616.000</b>	<b>616.000</b>
			936.834		

**Erläuterungen:**

Weniger wegen der im AR 2015/2016 gem. Ziffer 4.3 vorgeschriebenen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten im Titel 517 25.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 518 25

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	15366 Hoppegarten, Lindenallee 51 (LBV-Hauptsitz)	178.200	178.200
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (LBV-Außenstelle Cottbus)	110.500	110.500
3.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 48 (Haus 7) Außenstelle	73.000	73.000
4.	12521 Schönefeld, Mittelstraße 9 (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	194.600	194.600
5.	14467 Potsdam, Breite Straße 7a (Außenstelle)	36.400	36.400
6.	12521 Flughafen Schönefeld (Örtliche Luftaufsicht)	400	400
7.	13405 Berlin Flughafen Tegel (Örtliche Luftaufsicht)	22.900	22.900
<b>Summe</b>		<b>616.000</b>	<b>616.000</b>

518 30	719	<b>Leasing von Dienstkraftfahrzeugen</b>	<b>2.600</b>	<b>2.800</b>	<b>2.800</b>
			2.362		

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

**Erläuterungen:**

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2014		2015		2016	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	1	1	0	1	0	0
Zusammen	1	1	0	1	0	0

525 10	719	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>
			81.930		

**Erläuterungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
1. Aus- und Fortbildung	80.000	80.000
2. Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>

526 10	719	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>
			48.944		

527 10	719	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>42.800</b>	<b>44.000</b>	<b>44.600</b>
			32.427		

531 10	719	<b>Veröffentlichungen und Dokumentation</b>	<b>5.000</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Die Aufgaben der Raumbbeobachtung und der Städtebauförderung erfordern professionelle Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Ministerien, Kommunen und andere Nachfrager.

535 10	719	<b>Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens</b>	<b>13.000</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
			10.162		

**Erläuterungen:**

Weniger durch Abschluss einer Lizenzvereinbarung MIL- LGB.

541 10	719	<b>Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe</b>	<b>0</b>	<b>1.000</b>	<b>1.000</b>
			711		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

546 10 719 Sonstiges 18.000 18.000 3.000  
19.053

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Zahlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister, für Umzugsleistungen und für Nachrufe und Kranzspenden.

Weniger in 2016, da keine Umzugsleistungen anfallen.

546 15 011 Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB 1.173.500 823.600 836.300  
403.188

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT- Grundausstattung je Arbeitsplatz	81.000	79.000
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	12.500	12.500
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	448.200	462.900
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Betrieb Fachverfahren	10.600	10.600
4.2	LVN-Kosten	240.000	240.000
4.3	Kommunikation	25.000	25.000
4.4	TK-Verbund	0	0
4.5	Datenverbund	0	0
4.6	IT-Weiterbildung	6.300	6.300
<b>Summe</b>		<b>823.600</b>	<b>836.300</b>

Weniger in Anpassung an die Änderung der Kalkulation der Verrechnungssätze zur Inanspruchnahme der Leistungen des ZIT. Diese decken nur noch die sog. Front-End-Kosten ab. Die Differenz zur bisherigen Vollkostenkalkulation wird durch einen zentralen Betriebskostenzuschuss im Einzelplan 03 gedeckt.

Kapitel 11 400	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client		
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	
1	2		3		4		5		
1.	APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	15,60	15,60	25,60	25,60	16,80	16,80
2.	Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	187	182	0	0	0	0	13	13
3.	Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	12	12	0	0	25	25	0	0

546 20 719 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 0 0 0

**Erläuterungen:**

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

547 10 719 Sonstige Dienstleistungen 0 0 0

**Erläuterungen:**

Die Durchführung der Anhörungsverfahren für mehrere große Straßenbaumaßnahmen sind nicht von der Anhörungsbehörde allein zu bewältigen. Zur Unterstützung (Organisation, Protokollführung, technische Ausstattung u.ä.) sollen Firmen baufragt werden, die sich auf ein derartiges Verfahren spezialisiert haben.

aus Titelgruppen: 482.400 404.500 404.000

Summe HG. 5: 3.190.000 2.774.400 2.787.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	751	Personalkostenerstattung Luftaufsicht BER	60.000	60.000	60.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

**Erläuterungen:**

Personalkostenzuschuss für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal durchgeführt wird.

Summe HGr. 6:			60.000	60.000	60.000
---------------	--	--	--------	--------	--------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	719	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	40.600 39.550	42.000	45.000
--------	-----	----------------------------------	------------------	--------	--------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

**Erläuterungen:**

Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

Ersatzbeschaffungen:		2015	2016
2015/2016		EUR	EUR
0/1	Bus	0	32.000
3/1	Personenwagen	42.000	13.000
Zusammen		42.000	45.000

812 10	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	20.000	45.000	20.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

**Erläuterungen:**

		2015	2016
		EUR	EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	0
	Summe zu 1.	0	0
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>		
2.1	Testsets der Luftaufsicht	25.000	0
2.2	Ausstattungen von Büroräumen	20.000	20.000
	Summe zu 2.	45.000	20.000
	<b>Summe</b>	<b>45.000</b>	<b>20.000</b>

In 2015 mehr wegen der notwendigen Ersatzbeschaffung von Testsets der Luftaufsicht.  
In 2016 weniger wegen geringerer Ersatzbeschaffungen.

aus Titelgruppen:		78.000	130.500	114.000
-------------------	--	--------	---------	---------

Summe HGr. 8:		138.600	217.500	179.000
---------------	--	---------	---------	---------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	891	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	0 105.667	105.700	105.700
--------	-----	---	--------------	---------	---------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Weiterleitung des vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteils für die Luftaufsicht.

Mehr in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

---

Summe HGr. 9: **0** **105.700** **105.700**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

**TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG**

**Erläuterungen:**

Die Mittel werden u.a. benötigt, um Anhörungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg sowie die Abnahmen zur Inbetriebnahme des Flughafens durchzuführen. Des Weiteren sind durch das LBV als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören u. a. Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, die Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung flugbetrieblicher oder technischer Probleme.

Weniger wegen des Rückgangs der Inanspruchnahme von Gutachterleistungen.

<b>511 70</b> neu	751	<b>Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
----------------------	-----	--	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/511 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>518 70</b> neu	751	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
----------------------	-----	--	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/518 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>526 70</b> neu	751	<b>Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>75.000</b> 118.449	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
----------------------	-----	--	--------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/526 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 75.000 Euro).

<b>537 70</b> neu	751	<b>Gutachten</b>	<b>100.000</b> 23.819	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
----------------------	-----	------------------	--------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/537 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 100.000 Euro).

<b>538 70</b> neu	751	<b>Ausgaben für die Datenverarbeitung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
----------------------	-----	---	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/538 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<b>546 70</b> neu	751	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben</b>	<b>25.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
----------------------	-----	---------------------------------------	---------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Mittel für Sachaufgaben, die aufgrund der Komplexität des Verfahrens BER nicht eindeutig zuzuordnen und voraus zu planen sind.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/546 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 25.000 Euro).

<b>547 70</b> neu	751	<b>Sonstige Dienstleistungen</b>	<b>75.000</b> 119.077	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>
----------------------	-----	----------------------------------	--------------------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 547 70

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Verwaltungshelfer zur fachwissenschaftlichen Unterstützung für Planänderungs- und Planergänzungsverfahren sowie für die Vollzugskontrolle von Auflagen.

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/547 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 75.000 Euro).

<b>Nachrichtlich:</b> Summe TGr. 70	<b>275.000</b>	<b>225.000</b>	<b>225.000</b>
-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

**Erläuterungen:**

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	719	<b>Planstellen mit kw-Vermerk (Beamtinnen und Beamte)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

428 79	719	<b>Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	----------	----------	----------

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2014	2015	2016
E 13	2,00	2,00	2,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2017 (bis 31.12.2017)			
1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 12	0,00	1,00	1,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
E 11	0,00	2,00	2,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2017 (bis 31.12.2017)			
1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 10	3,00	1,00	1,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 9	9,00	4,00	4,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2017 (bis 31.12.2017)			
3,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
E 8	0,00	1,00	1,00
davon kw:			
1,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
E 6	4,00	4,00	2,00
davon kw:			
2,00 im Jahr 2015 (bis 31.12.2015)			
1,00 im Jahr 2016 (bis 31.12.2016)			
1,00 im Jahr 2018 (bis 31.12.2018)			
<b>Zusammen:</b>	<b>18,00</b>	<b>15,00</b>	<b>13,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2015      2016

**Abgänge:**

Abgänge infolge Einsparung

2,00	0,00	E 10	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung
3,00	0,00	E 9	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung
2,00	2,00	E 6	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung

7,00      2,00      Abgänge durch Personalbedarfsplanung

**7,00      2,00      Stellen Abgänge insgesamt**

**-7,00      -2,00      Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

**Umwandlung / Umsetzung**

**Zugänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00 0,00 E 13

1,00 0,00 E 12

2,00 0,00 E 11

1,00 0,00 E 9

1,00 0,00 E 8

2,00 0,00 E 6

9,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

**9,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt**

**Abgänge:**

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00 0,00 E 13

3,00 0,00 E 9

5,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

**5,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt**

**4,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

Umwandlung von E 13 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018  
 Umwandlung von E 12 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018  
 Umwandlung von E 11 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018  
 Umwandlung von E 9 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018  
 Umwandlung von E 8 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018  
 Umwandlung von E 6 Umsetzung von 428 10 nach 428 79 gem. PBP 2018

Umwandlung nach E 13 Umsetzung nach 428 10 laut Änderung Personalbedarfsplanung 2018  
 Umwandlung nach E 9 Umsetzung nach 428 10 laut Änderung Personalbedarfsplanung 2018

**Nachrichtlich: Summe TGr. 79** **0 0 0**

**TGr. 99 Ausgaben der Datenverarbeitung**

**Erläuterungen:**

Mehr wegen notwendiger Softwarebeschaffung in 2015.

**511 99 719 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation** **32.000 32.000 32.000**  
 35.181

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1	Hardware	5.000	5.000
2	Software	2.000	2.000
3	Unterhaltung	15.000	15.000
4	Kommunikation	5.000	5.000
5	Sonstiges	5.000	5.000
<b>Summe</b>		<b>32.000</b>	<b>32.000</b>

**518 99 719 Mieten** **0 0 0**

**525 99 719 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel** **15.000 15.000 15.000**  
 4.179

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>		<b>15.000</b>	<b>15.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

538 99	719	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	160.400	132.500	132.000
			105.231		

812 99	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	78.000	130.500	114.000
			315.173		

**Erläuterungen:**

		2015 EUR	2016 EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>		
1.1	Hardware	12.500	0
1.2	Software	62.000	62.000
1.3	Kommunikation	1.000	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>75.500</i>	<i>63.000</i>
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>		
2.1	Hardware	15.000	26.000
2.2	Software	37.000	22.000
2.3	Kommunikation	2.000	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>54.000</i>	<i>50.000</i>
<b>3.</b>	<b>Sonstiges</b>		
3.1	Sonstiges	1.000	1.000
	<i>Summe zu 3.</i>	<i>1.000</i>	<i>1.000</i>
	<b>Summe</b>	<b>130.500</b>	<b>114.000</b>

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	285.400	310.000	293.000
-----------------------	---------------	---------	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	560.400	535.000	518.000
-----------------------	---------------------------------	---------	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.674.300	1.519.200	1.494.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.300	99.300	99.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	105.700	105.700
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>1.773.600</b>	<b>1.724.200</b>	<b>1.699.200</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 4	Personalausgaben	10.517.800	12.461.800	12.211.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	3.190.000	2.774.400	2.787.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	60.000	60.000	60.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	138.600	217.500	179.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	105.700	105.700
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>13.906.400</b>	<b>15.619.400</b>	<b>15.343.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-12.132.800</b>	<b>-13.895.200</b>	<b>-13.643.800</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	725	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
--------	-----	----------------------------	---	---	---

Summe HGr. 1:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	711	Abführungen des Landesbetriebes Straßenwesen an den Landeshaushalt	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	Zuweisungen des Bundes für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau	27.108.000	27.108.000	27.108.000
			27.108.000		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel zur Verbesserung des Kommunalen Straßenbaus.

Die Zweckbindung der Mittel ergibt sich aus der landesgesetzlichen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz.

389 01	729	Zuweisungen des Bundes zur Ausgleichsfinanzierung - Investitionen an Bundesfernstraßen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

*Siehe Vermerk bei Titel 989 01.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 989 01.

Summe HGr. 3:			27.108.000	27.108.000	27.108.000
---------------	--	--	------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

**Erläuterungen:**

Die EU-Kommission gewährt einen Zuschuss zur Umsetzung der Richtlinie 2010/40 EU vom 07.07.2010 für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern.

Das Projekt wird fortgesetzt. Es werden Planungs- und Baukosten für den Aufbau und die Erneuerung von intelligenten Verkehrssystemen (Straße) zur Erhöhung der Verkehrseffizienz und Verringerung der negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt im Land Brandenburg zu jeweils rd. 20% gefördert.

<b>331 90</b>	011	<b>Zuschuss des Bundes für das Projekt easy Way (Connect)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			68.281		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titelgruppe 90 herangezogen werden.*

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------------------------	----------	----------	----------

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titel 682 50, 682 51, 891 10, 891 11 und 891 12 sind gegenseitig deckungsfähig.

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>511 10</b>	723	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>5.500</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			2.978		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veröffentlichung von Planfeststellungsbeschlüssen. Mehr wegen zunehmender Veröffentlichung von Planfeststellungsbeschlüssen.

<b>537 10</b>	711	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
			14.756		

**Erläuterungen:**

Gutachterliche Unterstützung u.a. bei der Überprüfung und Weiterentwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen und wirtschaftlichen Wandel.

<b>537 20</b>	729	<b>Finanzierung der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen</b>		<b>56.000</b>	<b>80.000</b>
neu					

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (AG) Radverkehr brandenburgischer Kommunen in der Gründungsphase der AG als Anschubfinanzierung. Die AG soll u.a. die Kommunen bei der Umsetzung des nationalen Radverkehrsplans des Bundes und der Strategien der Landesregierung zur Entwicklung des Radwegenetzes in Brandenburg unterstützen.

<b>541 10</b>	711	<b>Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen</b>	<b>2.500</b>	<b>2.500</b>	<b>2.500</b>
			2.107		

<b>547 10</b>	719	<b>Sonstige Dienstleistungen</b>	<b>120.000</b>	<b>130.000</b>	<b>140.000</b>
			65.000		

**Erläuterungen:**

Anteil des Landes Brandenburg an der Verkehrsinformationszentrale Berlin-Brandenburg (VIZ) gemäß Verwaltungsvereinbarung zum Aufbau eines länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagements Berlin-Brandenburg (VMM) vom 26./29.07.2011.

		<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>46.400</b>	<b>11.000</b>	<b>0</b>
--	--	--------------------------	---------------	---------------	----------

		<b>Summe HGr. 5:</b>	<b>224.400</b>	<b>259.500</b>	<b>282.500</b>
--	--	----------------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>682 20</b>	723	<b>Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	-----	--	----------	----------	----------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 682 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016					
2017					
2018					
2019 ff.	250.000				250.000
<b>Summen</b>	<b>250.000</b>				<b>250.000</b>

**Erläuterungen:**

Das Land Brandenburg beteiligt sich an der Schließung des Mauerradwegs im Bereich der S-Bahn-Strecke Blankenfelde/ Mahlow - Berlin/Lichtenrade durch Finanzierung des Ablösebetrages an die Deutsche Bahn AG. Der Ablösebetrag ist voraussichtlich im Jahr 2020 zu leisten.

682 40	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personal- kosten	76.700.000 87.467.160	79.904.500	78.168.500
682 50	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für verwal- tungswirtschaftliche Tätigkeit	11.088.000 10.786.000	12.563.000	12.746.000

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen, die die Aufwendungen für allgemeine Verwaltungskosten, Mieten und Bewirtschaftungskosten sowie IT-Ausgaben decken.

Nettokalt-Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2015 EUR	2016 EUR
16225 Verwaltungsgebäude Eberswalde, Tramper Chaussee 3, Haus 7/8	353.315	353.315
15236 Verwaltungsgebäude Frankfurt/O., Müllroser Chaussee 51	207.706	207.706
15366 Verwaltungsgebäude-Hauptsitz Dahwitz-Hoppegarten, Lindenstraße 51	282.688	282.688
14480 Verwaltungsgebäude Potsdam, Steinstr. 104-106, Haus 2/3	198.845	198.845
15806 Verwaltungsgebäude Zossen, OT Wünsdorf, Hauptallee 116, Haus 4	179.565	179.565
03050 Verwaltungsgebäude Cottbus, Von-Schön-Str. 11	296.101	296.101
03222 Brückeninspektion Boblitz, Calauer Str. 2	29.623	29.623
12526 Brückeninspektion Berlin, Glienicker Str. 511-513	49.923	49.923
16540 Verwaltungsgebäude Hohen Neuendorf, An der A 111	303.598	303.598
16866 Verwaltungsgebäude Kyritz, Holzhausener Str. 58	70.021	70.021
14554 Verwaltungsgebäude Seddiner See, Pappelallee 32	25.408	25.408
<b>Summe</b>	<b>1.996.793</b>	<b>1.996.793</b>

Betriebs- und Nebenkosten einschl. Unterhaltungspauschale der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2015 EUR	2016 EUR
16225 Verwaltungsgebäude Eberswalde, Tramper Chaussee 3, Haus 7/8	179.597	179.597
15236 Verwaltungsgebäude Frankfurt/O., Müllroser Chaussee 51	109.944	109.944
15366 Verwaltungsgebäude-Hauptsitz, Dahwitz-Hoppegarten, Lindenallee 51	289.638	289.638
14480 Verwaltungsgebäude Potsdam, Steinstraße 104-106, Haus 2/3	156.094	156.094
15806 Verwaltungsgebäude Zossen, OT Wünsdorf, Hauptallee 116, Haus 4	92.513	92.513
15806 Straßenmeisterei Wünsdorf, Steinplatz 2	48.951	48.951
03050 Verwaltungsgebäude Cottbus, Von-Schön-Straße 11	134.850	134.850
03222 Brückeninspektion Boblitz, Calauer Str. 1	13.088	13.088
12526 Brückeninspektion Berlin, Glienicker Str. 511-513	51.889	51.889
16540 Verwaltungsgebäude Hohen Neuendorf, An der A 111	424.112	424.112
16866 Verwaltungsgebäude Kyritz, Holzhausener Str. 58	78.137	78.137
14554 Verwaltungsgebäude Seddiner See, Pappelallee 32	13.821	13.821
<b>Summe</b>	<b>1.592.634</b>	<b>1.592.634</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

noch zu 682 50

für IT-Leistungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausstattung je Arbeitsplatz	540.234	524.285
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	0	0
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze (Software)	565.446	549.703
<b>Summe</b>		<b>1.105.680</b>	<b>1.073.988</b>

Es ist derzeit nicht bekannt, zu welchem Zeitpunkt eine Überleitung der IT-Infrastruktur an den ZIT erfolgen wird.

Folgende Einzelkostenblöcke muss der LS aus diesen Mitteln pro Jahr finanzieren, welche sonst als Kosten beim ZIT entstanden wären:

		2015	2016
		EUR	EUR
	Citrix Subscription	46.000	46.000
	Jumping Profiles	5.000	5.000
	Serverwartung	62.000	62.000
	Microsoft Lizenzen	375.000	375.000
	HP Service Manager	45.000	45.000
	User Mailboxen	107.000	107.000
	Virenschutz	17.000	17.000
	LVN-Kosten	980.000	980.000
	Ersatzbeschaffung PC's und Laptops	179.000	172.000
	Ersatzbeschaffung Server	150.000	150.000
	Havarien	50.000	50.000
	Storage	120.000	140.000
<b>Summe</b>		<b>2.136.000</b>	<b>2.149.000</b>

Darüber hinaus werden 3,2 Mio. € für Lizenzverträge (Oracle, VEMAGS), Fachverfahren (ITKO, VMZ, TTSIB, BSI) und für den Betrieb und Support der SAP-Systeme und für HICO einschließlich der Schnittstelle HICO/IFG verwendet.

Mehr wegen zentraler Veranschlagung von Verwaltungsausgaben nach Neustrukturierung des LS sowie neuer IT-Fachverfahren.

Kapitel 11 460* (Bestandteil von 682 50)	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
1	2	3	4	5				
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	15,60	15,60	25,60	25,60	16,80	16,80
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	1530	1480	0	0	170	170	0	0
Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	0	0	0	0	0	0	0	0

682 51 723 **Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit** **26.700.000** **27.000.000** **27.000.000**  
 31.300.000

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<b>21.000.000</b>	<b>21.000.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	15.000.000	
2017 bis zu	5.000.000	15.000.000
2018 bis zu	1.000.000	5.000.000
2019 ff. bis zu		1.000.000

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 460 Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 682 51

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	6.000.000	15.000.000			<b>21.000.000</b>
2016	1.000.000	5.000.000	15.000.000		<b>21.000.000</b>
2017		1.000.000	5.000.000	15.000.000	<b>21.000.000</b>
2018			1.000.000	5.000.000	<b>6.000.000</b>
2019 ff.				1.000.000	<b>1.000.000</b>
<b>Summen</b>	<b>7.000.000</b>	<b>21.000.000</b>	<b>21.000.000</b>	<b>21.000.000</b>	<b>70.000.000</b>

<b>683 10</b>	<b>723</b>	<b>Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen</b>	<b>410.000</b>	<b>410.000</b>	<b>410.000</b>
			410.000		

**Erläuterungen:**

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen sowie für sonstige Leistungen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.

Summe HGr. 6:	<b>114.898.000</b>	<b>119.877.500</b>	<b>118.324.500</b>
---------------	--------------------	--------------------	--------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

<b>883 10</b>	<b>725</b>	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>
			27.108.000		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>23.500.000</b>	<b>23.500.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	15.000.000	
2017 bis zu	6.000.000	15.000.000
2018 bis zu	2.500.000	6.000.000
2019 ff. bis zu		2.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	8.500.000	18.500.000			<b>27.000.000</b>
2016	2.500.000	6.000.000	15.000.000		<b>23.500.000</b>
2017		2.500.000	6.000.000	15.000.000	<b>23.500.000</b>
2018			2.500.000	6.000.000	<b>8.500.000</b>
2019 ff.				2.500.000	<b>2.500.000</b>
<b>Summen</b>	<b>11.000.000</b>	<b>27.000.000</b>	<b>23.500.000</b>	<b>23.500.000</b>	<b>85.000.000</b>

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 460 Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 10

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 331 10.

Die auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden durchzuführende investive Förderung hat u.a. das Ziel:

- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau von verkehrswichtigen Straßen und Brücken,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit in Ortsdurchfahrten, auch z.B. durch den Ausbau von Radwegen
- Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge von Kreuzungsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, Bundeswasserstraßengesetz, Bundesfernstraßengesetz und dem Brandenburgischen Straßengesetz.

<b>891 10</b>	<b>723</b>	<b>Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau</b>	<b>42.340.400</b>	<b>50.000.000</b>	<b>62.500.000</b>
			47.058.500		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>68.000.000</b>	<b>68.000.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	40.000.000	
2017 bis zu	20.000.000	40.000.000
2018 bis zu	8.000.000	20.000.000
2019 ff. bis zu		8.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	22.000.000	20.000.000			<b>42.000.000</b>
2016	4.750.000	15.000.000	40.000.000		<b>59.750.000</b>
2017		5.000.000	20.000.000	40.000.000	<b>65.000.000</b>
2018			8.000.000	20.000.000	<b>28.000.000</b>
2019 ff.				8.000.000	<b>8.000.000</b>
<b>Summen</b>	<b>26.750.000</b>	<b>40.000.000</b>	<b>68.000.000</b>	<b>68.000.000</b>	<b>202.750.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundesfern- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms,
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Mehr wegen erhöhtem Bedarf im Landesstraßenbau und Erfüllung des Koalitionsvertrages.

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Maßnahmen sind nicht verbindlich)

Bei den Maßnahmen handelt es sich um EFRE- und landesmittelfinanzierte Maßnahmen, die sowohl dem Titel 891 10 als auch dem Titel 891 12 zuzuordnen sind.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 891 10

## Bedarfsplanmaßnahmen

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2014 1.000 EUR	Ansatz 2015 1.000 EUR	Ansatz 2016 1.000 EUR	Vorhalten für 2017ff 1.000 EUR
	L 11 OU Breese	7.290,0	0,0	340,0	2.180,0	4.770,0
	L 77n L 40 Stahnsdorfer Hof	7.100,0	0,0	100,0	500,0	6.500,0
	L 76 OU Mahlow, 2. BA	6.485,0	5.725,0	740,0	10,0	10,0
	<b>Summe</b>	<b>20.875,0</b>	<b>5.725,0</b>	<b>1.180,0</b>	<b>2.690,0</b>	<b>11.280,0</b>

## Erhaltungsmaßnahmen

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2014 1.000 EUR	Ansatz 2015 1.000 EUR	Ansatz 2016 1.000 EUR	Vorhalten für 2017ff 1.000 EUR
	L 23 OD Templin, Abs. 470	1.114,0	700,0	414,0	0,0	0,0
	L 122 OD und BW Mesekow	1.500,0	800,0	495,0	205,0	0,0
	L 30 Fredersdorf	3.285,0	100,0	1.040,0	1.325,0	820,0
	L 35 OD Fürstenwalde, Bahnhofstraße-BAB 12, 1.BA	3.300,0	900,0	860,0	940,0	600,0
	L 792 OD Blankenfelde-Mahlow	3.385,0	0,0	845,0	1.100,0	1.440,0
	L 27/272 OD Casekow	1.590,0	0,0	200,0	835,0	555,0
	L 40 BÜ Beseitigung Dahlewitz	4.300,0	1.100,0	800,0	1.600,0	800,0
	L 60 OD Finsterwalde, Kirchhainer Straße	1.100,0	0,0	600,0	500,0	0,0
	L 794 OD Teltow, Ruhlsdorfer Straße	5.990,0	0,0	1.200,0	2.300,0	2.490,0
	L 40 Potsdam, Nuthestraße	3.210,0	0,0	3.010,0	200,0	0,0
	L 200 Brücke über HOW	3.312,0	1.430,0	1.100,0	610,0	172,0
	L 291 Brücke über HOW	3.231,0	1.650,0	1.581,0	0,0	0,0
	L 65 Brücke über Kleine Elster bei Wahrenbrück	920,0	0,0	620,0	300,0	0,0
	L 57 Eisenbahnüberführung Ruhland	5.270,0	0,0	200,0	1.900,0	3.170,0
	L 201 OD Falkensee, Spandauer Straße	1.800,0	0,0	0,0	1.000,0	800,0
	L 23 Hennickendorf - Torfhaus und Stützwand	3.770,0	0,0	0,0	770,0	3.000,0
	L 62 Eisenbahnüberführung Hohenleipisch km 113, 984	4.365,0	0,0	0,0	400,0	3.965,0
	L 60 OD Hennersdorf	1.400,0	0,0	1.400,0	0,0	0,0
	L 90 OD Werder	900,0	0,0	200,0	700,0	0,0
	L 100 OD Milmersdorf	1.340,0	0,0	0,0	410,0	930,0
	<b>Summe</b>	<b>55.082,0</b>	<b>6.680,0</b>	<b>14.565,0</b>	<b>15.095,0</b>	<b>18.742,0</b>

## Radwege

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2014 1.000 EUR	Ansatz 2015 1.000 EUR	Ansatz 2016 1.000 EUR	Vorhalten für 2017ff 1.000 EUR
	L 382 RW Frankfurt (Oder) - Booßen	952,0	100,0	660,0	134,0	58,0
	L 200 Gehrenberge - Bernau	736,0	0,0	50,0	686,0	0,0
	L 93 RW und freie Strecke LG (SA) - Ziesar	1.695,0	600,0	775,0	305,0	15,0
	L 911 RW Brandenburg - K 6941	700,0	0,0	550,0	150,0	0,0
	<b>Summe</b>	<b>4.083,0</b>	<b>700,0</b>	<b>2.035,0</b>	<b>1.275,0</b>	<b>73,0</b>

891 11	723	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	5.000.000	5.000.000	5.000.000
			5.000.000		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 891 11

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>4.500.000</b>	<b>4.500.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	3.500.000	
2017 bis zu	1.000.000	3.500.000
2018 bis zu		1.000.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.000.000	3.500.000			<b>4.500.000</b>
2016		1.000.000	3.500.000		<b>4.500.000</b>
2017			1.000.000	3.500.000	<b>4.500.000</b>
2018				1.000.000	<b>1.000.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>1.000.000</b>	<b>4.500.000</b>	<b>4.500.000</b>	<b>4.500.000</b>	<b>14.500.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zuführungen für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Investitionen im IT-Bereich und Beschaffung von Fahrzeugen für den Betriebsdienst zur Erledigung der Aufgaben.

Im Jahr 2015 werden für den Verwaltungsbereich 5 Dienst-Kfz und 1 Kleinbus als Ersatz beschafft. Im Jahr 2016 werden 9 Dienst-Kfz als Ersatz beschafft.

Für den Betriebsdienst werden im Jahr 2015 und 2016 Spezialfahrzeuge und Geräte als Ersatz beschafft:

- 7 Dienst-Kfz,
- 7 Kleinbusse,
- 11 LKW,
- 8 Anhänger.

891 12	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Planungen und Baumaßnahmen	775.500 5.479.000	713.400	667.000
--------	-----	---	----------------------	---------	---------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		<b>1.000.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		600.000
2018 bis zu		400.000
2019 ff. bis zu		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 891 12

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	30.000				30.000
2016					
2017				600.000	600.000
2018				400.000	400.000
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>30.000</b>			<b>1.000.000</b>	<b>1.030.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert und dienen zur Ausfinanzierung der restlichen EFRE-Mittel der Förderperiode 2007-2013 sowie der Förderung des Radverkehrs in der Förderperiode 2014-2020.

**aus Titelgruppen:** 1.420.100      520.100      0

---

**Summe HGr. 8:** 76.644.000      83.341.500      95.275.000

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

**989 01 729 Ausgaben zur Vorfinanzierung von Investitionen an Bundesfernstraßen** 0      0      0

*Angaben dürfen im Vorgriff auf erwartete Einnahmen bei Titel 389 01 bis zur Höhe von 20 Mio. € geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Angaben dürfen bis zu einer Höhe von 20 Mio € für Investitionen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres vorübergehend geleistet werden, soweit der Bund entsprechende zusätzliche Mittelzuweisungen in Aussicht stellt. Die geleisteten Ausgaben werden noch vor Abschluss des Haushaltsjahres durch Bundesmittel ausgeglichen.

---

**Summe HGr. 9:** 0      0      0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 60 Bauliche Maßnahme an Landesstraßen, Sonderfinanzierung

Die Ausgaben der TG sind gegenseitig deckungsfähig.

**Erläuterungen:**

Weniger wegen geringerer Zinszahlungen und Abschluss der Finanzierung in 2015.

518 60	723	<b>Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen</b>	<b>46.400</b> 80.983	<b>11.000</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	-------------------------	---------------	----------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	<b>Gesamtbelastung (EUR)</b>
1	2	3	4	5	6
2015	50.000				<b>50.000</b>
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>50.000</b>				<b>50.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme „OU Fürstenwalde“.

Gesamtkosten	7.323.925 EUR
bisher bewilligt und verausgabt	7.312.925 EUR
Ansatz 2015:	11.000 EUR
Ansatz 2016:	00 EUR
vorbehalten bis 2018:	00 EUR

Die Gesamtkosten verringern sich wegen geringerer Zinszahlungen.

823 60	723	<b>Investitionskosten für Sonderfinanzierungen</b>	<b>1.420.100</b> 1.385.505	<b>520.100</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	----------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	<b>Gesamtbelastung (EUR)</b>
1	2	3	4	5	6
2015	650.000				<b>650.000</b>
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>650.000</b>				<b>650.000</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 823 60

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind anfallenden Tilgungsraten des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme „OU Fürstenwalde“.

Gesamtkosten	16.422.726 EUR
bisher bewilligt und verausgabt	15.902.626 EUR
Ansatz 2015:	520.100 EUR
Ansatz 2016:	0 EUR
vorbehalten:	0 EUR

Die Gesamtkosten verringern sich wegen geringerer Tilgungsraten. Die Finanzierung endet im Jahr 2015.

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	<b>1.466.500</b>	<b>531.100</b>	<b>0</b>
-------------------------------------	------------------	----------------	----------

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

*Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Einnahmen bei bei Titel 331 90 geleistet werden.*

<b>546 90</b>	011	<b>Ausgaben im Zusammenhang mit intelligenten Verkehrssystemen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>891 90</b>	011	<b>Zuschuss an den Landesbetrieb im Zusammenhang mit intelligenten Verkehrssystemen</b>	<b>0</b> 68.281	<b>0</b>	<b>0</b>

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------------------------	----------	----------	----------

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>1.466.500</b>	<b>531.100</b>	<b>0</b>
---	------------------	----------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.108.000	27.108.000	27.108.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>

**Ausgaben**

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	224.400	259.500	282.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	114.898.000	119.877.500	118.324.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	76.644.000	83.341.500	95.275.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>191.766.400</b>	<b>203.478.500</b>	<b>213.882.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-164.658.400</b>	<b>-176.370.500</b>	<b>-186.774.000</b>

## Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -	Ansatz 2015 - EUR -	Ansatz 2016 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
<b>Erfolgsplan</b>						
<b>Erträge</b>						
1		Umsatzerlöse	1.463.059	2.000.000	2.000.000	2.000.000
2		Erlöse aus Zuschüssen für laufende Aufwendungen (682 40, 682 50, 682 51) einschl. Veränderungen des Sonderpostens für sonstige Zuweisungen und Zuschüsse				
2		- davon Veränderungen des Sonderpostens für sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	-16.188.282	0	0	0
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für Personal (682 40)	87.467.160	76.700.000	79.904.500	78.168.500
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit (682 50)	10.786.000	11.088.000	12.563.000	12.746.000
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für betriebliche Tätigkeit (682 51)	30.444.828	26.700.000	27.000.000	27.000.000
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Land 891 10, 891 12)	51.837.862	43.115.900	50.713.400	63.167.000
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Bund, Hochwasser)	254.036	3.180.000	700.000	0
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (EU)	13.253.752	2.326.400	2.140.000	2.000.000
2		Erstattungen Dritter im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung (für Personal, Betriebsdienst, Planung und Bau)	44.672.362	42.500.000	43.350.000	43.350.000
3		sonstige betriebliche Erträge	10.972.968	10.000.000	10.500.000	10.500.000
4		Zinsen und außerordentliche Beträge	0	0	0	0
5		Erträge aus der Entnahme von Rücklagen	0	0	0	0
		<b>Summe zu</b>	<b>234.963.745</b>	<b>217.610.300</b>	<b>228.870.900</b>	<b>238.931.500</b>
		<b>Gesamtsumme Erträge</b>	<b>234.963.745</b>	<b>217.610.300</b>	<b>228.870.900</b>	<b>238.931.500</b>
<b>Aufwendungen</b>						
6		Materialaufwand	12.220.011	9.000.000	12.000.000	12.000.000
7		Bezogene Leistungen	90.819.615	93.180.000	88.000.400	99.980.000
8		Personalaufwand	109.179.129	104.700.000	109.004.500	107.268.500
9		Abschreibungen	7.910.289	7.800.000	7.500.000	7.500.000
10		Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.828.026	2.930.300	12.366.000	12.183.000
11		Zinsen und außerordentliche Aufwendungen, sonstige Steuern	6.675	0	0	0
12		Abführungen an den Landeshaushalt	0	0	0	0
		<b>Summe zu</b>	<b>234.963.745</b>	<b>217.610.300</b>	<b>228.870.900</b>	<b>238.931.500</b>
		<b>Gesamtsumme Aufwendungen</b>	<b>234.963.745</b>	<b>217.610.300</b>	<b>228.870.900</b>	<b>238.931.500</b>

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -	Ansatz 2015 - EUR -	Ansatz 2016 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
		<b>Abschluss</b>				
		Erträge	234.963.745	217.610.300	228.870.900	238.931.500
		Aufwendungen	234.963.745	217.610.300	228.870.900	238.931.500
		<b>Jahresüberschuss</b>				
		<b>Jahresfehlbetrag</b>				
		<b>Finanzplan</b>				
		<b>Deckungsmittel</b>				
13		Zuweisungen des Landes für Investitionen des Betriebes (891 11)	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
14		Drittmittel	782.000	0	1.500.000	1.500.000
		<b>Zusammen</b>	<b>5.782.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>6.500.000</b>	<b>6.500.000</b>
		<b>Finanzbedarf</b>				
15		Investitionen für Verwaltung und Betrieb	6.370.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000
		<b>Zusammen</b>	<b>6.370.000</b>	<b>6.500.000</b>	<b>6.500.000</b>	<b>6.500.000</b>

**Stellenplan/-übersicht**

				Stellenanzahl		
				Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>						
B4	hD	Präsidentin, Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen		1,00	1,00	1,00
B2	hD	Direktorin, Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen		3,00	3,00	3,00
A16	hD	Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor		5,00	5,00	5,00
A15	hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor		14,00	14,00	14,00
A14	hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat		19,00	19,00	19,00
A13	hD	Regierungsrätin, Regierungsrat		12,00	12,00	12,00
A13	gD	Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat		39,00	13,00	13,00
A12	gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat		96,00	96,00	96,00
A11	gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtman		109,00	17,00	17,00
A10	gD	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor		59,00	43,00	43,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor		13,00	1,00	1,00
A8	mD	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär		9,00	9,00	9,00
<b>Zusammen:</b>				<b>379,00</b>	<b>233,00</b>	<b>233,00</b>
Leerstellen:						
A13	hD	Regierungsrätin, Regierungsrat		1,00	0,00	0,00
A12	gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat		1,00	1,00	1,00
<b>Zusammen:</b>				<b>2,00</b>	<b>1,00</b>	<b>1,00</b>

## Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
Grp			2013	2014	2015	2016
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6	7
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>						
	AT I			1,00	1,00	1,00
	E 15			18,00	18,00	18,00
	E 14			7,00	7,00	12,00
	E 13			42,00	67,00	66,00
	E 12			65,00	65,00	65,00
	E 11			91,00	181,00	180,00
	E 10			44,00	61,00	61,00
	E 9			92,00	97,00	104,00
	E 8			382,00	374,00	374,00
	E 7			243,00	234,00	221,00
	E 6			218,00	206,00	203,00
	E 5			460,00	419,00	385,00
	E 4			9,00	5,00	0,00
	E 3			24,00	24,00	24,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>1.696,00</b>	<b>1.759,00</b>	<b>1.714,00</b>
Stellen Auszubildende:						
	AZUBI			67,00	67,00	67,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>67,00</b>	<b>67,00</b>	<b>67,00</b>
Leerstellen:						
	E 15			1,00	1,00	0,00
	E 14			1,00	1,00	1,00
	E 13			5,00	5,00	4,00
	E 12			13,00	8,00	7,00
	E 11			29,00	21,00	17,00
	E 10			8,00	5,00	3,00
	E 9			25,00	21,00	16,00
	E 8			31,00	22,00	18,00
	E 7			7,00	6,00	4,00
	E 6			13,00	9,00	7,00
	E 5			24,00	17,00	16,00
	E 4			9,00	8,00	6,00
	E 3			2,00	2,00	2,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>168,00</b>	<b>126,00</b>	<b>101,00</b>

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2013 - EUR -	Ansatz 2014 - EUR -	Ansatz 2015 - EUR -	Ansatz 2016 - EUR -
Grp						
1	2	3	4	5	6	7
<b>Bemerkungen</b>						
In o. a. Stellenplan/-übersicht ist folgendes drittmittelfinanziertes Personal veranschlagt:						
1 Stelle E 13						
4 Stellen E 9						
113 Stellen E 8						
113 Stellen E 7						
34 Stellen E 6						
151 Stellen E 5						
24 Stellen E 3						
20 Stellen AZUBI						
440 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						
davon 419 für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Bund						
davon 5 für den Betrieb der Verkehrsrechnerzentrale, deren Finanzierung das Land Brandenburg entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 Beschäftigten zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden						
davon 16 für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Landkreis Dahme-Spreewald						
20 Auszubildende						
für die Straßenwärter-Ausbildung auf Bundesautobahnen - Erstattung in voller Höhe durch den Bund						
Der Stellenplan ist verbindlich.						

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 - EUR -	Ansatz 2015 - EUR -	Ansatz 2016 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<b>Begründung der Änderungen im Stellenplan bzw. der Stellenübersicht</b>					
<b>Umwandlung/Umsetzung</b>					
<b>Abgänge</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	1,00	0,00	E 11	Umsetzung gemäß § 50 Abs. 1 LHO zum Kapitel 11 010/Titel 428 10	
	1,00	0,00	E 11	Umsetzung gemäß § 50 Abs. 1 LHO zum Kapitel 07 130/Titel 428 80	
	26,00	0,00	E 5	Wegfall vom Bund drittmittelfinanzierter Stellen	
	<b>28,00</b>	<b>0,00</b>			
<b>Abgänge infolge Einsparung gemäß PBP</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	1,00	0,00	E 13	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	7,00	0,00	E 9	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	8,00	0,00	E 8	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	8,00	3,00	E 7	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	12,00	3,00	E 6	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	15,00	34,00	E 5	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	4,00	5,00	E 4	Einsparung 2014/2015 laut Personalbedarfsplanung	
	<b>55,00</b>	<b>45,00</b>			
	<b>-83,00</b>	<b>-45,00</b>		<b>Stellen für Tarifbeschäftigte Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>	
<b>Umwandlung von Planstellen und Stellen in Stellen für Tarifbeschäftigte</b>					
<b>Abgänge Planstellen</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	26,00	0,00	A 13 gD	Regierungsrätin, Umwandlung nach E 13	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
				Regierungsrat	
	92,00	0,00	A 11 gD	Regierungsamtfrau, Umwandlung nach E 11	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
				Regierungsamtmann	
	17,00	0,00	A 10 gD	Regierungsoberinspektorin, Umwandlung nach E 10	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
				Regierungsoberinspektor	
	12,00	0,00	A 9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Umwandlung nach E 9	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
				Regierungsamtsinspektor	
	<b>-147,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Planstellen Abgänge (-) insgesamt</b>	
<b>Abgänge Stellen für Tarifbeschäftigte</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	1,00	0,00	E 13	Umwandlung nach E 14	
	1,00	0,00	E 11	Umwandlung nach E 14	
	3,00	0,00	E 7	Umwandlung nach E 14	
	7,00	0,00	E 7	Umwandlung nach E 9	
	1,00	0,00	E 7	Umwandlung nach A 10 gD	
	<b>-13,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen für Tarifbeschäftigte Zugänge insgesamt</b>	
<b>Zugänge Planstellen</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	1,00	0,00	A 10 gD	Regierungsoberinspektorin, Umwandlung von E 7	
				Regierungsoberinspektor	
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Planstellen Abgänge (-) insgesamt</b>	
<b>Zugänge Stellen für Tarifbeschäftigte</b>					
	<b>2015</b>	<b>2016</b>			
	1,00	0,00	E 14	Umwandlung von E 13	
	1,00	0,00	E 14	Umwandlung von E 11	
	3,00	0,00	E 14	Umwandlung von E 7	
	26,00	0,00	E 13	Umwandlung von A 13 gD	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
	92,00	0,00	E 11	Umwandlung von A 11 gD	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
	17,00	0,00	E 10	Umwandlung von A 10 gD	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
	12,00	0,00	E 9	Umwandlung von A 9 mD	Anpassung an VV Nr. 4.1 zu § 49 LHO
	7,00	0,00	E 9	Umwandlung von E 7	
	<b>159,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen für Tarifbeschäftigte Zugänge insgesamt</b>	
	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>		<b>Stellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>	

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 - EUR -	Ansatz 2015 - EUR -	Ansatz 2016 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<b>Abgänge Leerstellen Altersteilzeit</b>					
<b>2015</b>	<b>2016</b>				
1,00	0,00	A 13hD      Regierungsrätin, Regierungsrat			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	E 15			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
0,00	1,00	E 13			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
5,00	1,00	E 12			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
8,00	4,00	E 11			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
3,00	2,00	E 10			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	5,00	E 9			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
9,00	4,00	E 8			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	2,00	E 7			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	2,00	E 6			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
7,00	1,00	E 5			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	2,00	E 4			Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
<b>43,00</b>	<b>25,00</b>	<b>Leerstellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>-43,00</b>	<b>-25,00</b>	<b>Leerstellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>			
<b>kw-Vermerke zur Umsetzung der Personalbedarfsplanung 2018</b>					
<b>kw-Vermerke 2016</b>					
1,00	E 13				
6,00	E 10				
5,00	E 6				
29,00	E 5				
<b>41,00</b>		<b>kw-Vermerke 2016 insgesamt</b>			
<b>kw-Vermerke 2017</b>					
1,00	E 13				
7,00	E 10				
33,00	E 5				
<b>41,00</b>		<b>kw-Vermerke 2017 insgesamt</b>			
<b>kw-Vermerke 2018</b>					
5,00	E 13				
2,00	E 11				
13,00	E 10				
12,00	E 9				
17,00	E 6				
53,00	E 5				
<b>102,00</b>		<b>kw-Vermerke 2018 insgesamt</b>			

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>125.000</b>	<b>275.000</b>	<b>300.000</b>
			245.464		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht gem. § 5 Abs. 1a Nr. 2 AEG und der Technischen Aufsicht gem. § 54 Abs. 1 Satz 3 PBefG i.V.m. § 5 Abs. 1 BOStrab. Weiterhin sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) veranschlagt.

		2015	2016
		EUR	EUR
1	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht	75.000	100.000
2	Einnahmen für die Genehmigung auf dem Gebiet der Luftfahrt	200.000	200.000
<b>Summe</b>		<b>275.000</b>	<b>300.000</b>

Mehr durch Gebührenerhöhungen.

111 20	742	<b>Einnahmen für die Prüfung zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter für Eisenbahnen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
neu					

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 20.*

**Erläuterungen:**

Für die Durchführung von Prüfungen zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter werden Prüfungsgebühren erhoben.

112 10	729	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	---	----------	----------	----------

119 10	719	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--------------------------------------	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Verfahrenskosten.

119 15	719	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>5.000</b>	<b>2.600</b>	<b>2.600</b>
			2.668		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.  
 Weniger in Anpassung an das Ist.

<b>Summe HGr. 1:</b>	<b>130.000</b>	<b>277.600</b>	<b>302.600</b>
----------------------	----------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(111 70) 719 **Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/111 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 240.000 Euro).

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 70

TGr. 90 Verkehrssicherheit

119 90	729	<b>Einnahmen aus Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	----------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Einnahmen von Erlösen aus der Verwertung von Nutzungsrechten sowie Entgelte im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit.

---

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--	--	-------------------------------------	----------	----------	----------

---

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--	--	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**Ausgaben**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>526 10</b>	751	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	<b>10.000</b>		<b>10.000</b>
neu					

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für prozessuale Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Genehmigung der Entgeltordnung des Flughafens, der Aufsicht zu Bodenabfertigungsdiensten sowie der Durchführung von Verfahren zur Auswahl von Bodenabfertigungsdiensten.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

<b>526 12</b>	751	<b>Fluglärmkommission</b>	<b>5.000</b>		<b>3.500</b>
			1.729		<b>3.500</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben (u.a. Reisekostenerstattung, Sachverständige) für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg) sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

Weniger in Anpassung an das Ist der Vorjahre.

<b>536 10</b>	742	<b>Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>520.000</b>		<b>500.000</b>
			470.250		<b>576.000</b>

**Erläuterungen:**

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 (2) des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wahrnehmung von Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen und Obusunternehmen nach § 54 (1) PBefG i. V. m. § 5 (2) BOStrab.

Mehr in 2016 durch Erhöhungen der Kosten des Eisenbahn-Bundesamtes.

<b>537 10</b>	719	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>117.000</b>		<b>200.000</b>
			119.994		<b>200.000</b>

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<b>260.000</b>	
davon fällig:		
2016 bis zu	65.000	
2017 bis zu	65.000	
2018 bis zu	65.000	
2019 ff. bis zu	65.000	

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 537 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			65.000		<b>65.000</b>
2017			65.000		<b>65.000</b>
2018			65.000		<b>65.000</b>
2019 ff.			65.000		<b>65.000</b>
<b>Summen</b>			<b>260.000</b>		<b>260.000</b>

**Erläuterungen:**

Vorgesehen sind Ausgaben u.a. für die Umsetzung der Querschnittsaufgabe "Mobilität", für die Erarbeitung einer jährlichen Verkehrsstatistik sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Schieneninfrastrukturentwicklung und Güterverkehr. Weitere Mittel dienen der Gutachtertätigkeit im Zusammenhang mit der Genehmigung der Entgeltordnung, zu Rechtsfragen und für die Novellierung der bestehenden Luftverkehrskonzeption.

Mehr wegen Gutachterkosten für die Genehmigung der Entgeltverordnung.

546 10 791 **Sonstiges** 10.000 10.000  
 neu

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Entgeltordnung, Planvervielfältigungen im Rahmen von Auswahlverfahren für Bodenabfertigungsdienste sowie für Dokumentationen (z.B. Luftverkehrskonzeption).

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

546 20 742 **Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"** 0 0 0

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 111 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Gemäß § 1 (2) der Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden.

Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch Prüfungsgebühren gedeckt.

**aus Titelgruppen:** 265.000 265.000 265.000

**Summe HGr. 5:** 907.000 988.500 1.064.500

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20 731 **Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung** 17.500 18.000 18.000  
13.900

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>18.000</b>	<b>36.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	18.000	
2017 bis zu		18.000
2018 bis zu		18.000
2019 ff. bis zu		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 685 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			18.000		<b>18.000</b>
2017				18.000	<b>18.000</b>
2018				18.000	<b>18.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>			<b>18.000</b>	<b>36.000</b>	<b>54.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind der anteilige Mitgliedsbeitrag Brandenburgs an den Bund für Organe des CDNI gemäß der jährlichen Beschlüsse und Mittel zur Finanzierung des Bilgenentwässerungsverbandes gemäß Staatsvertrag zwischen den beteiligten Ländern gemäß CDNI (GVBl. I Nr. 30 vom 22.09.2010).

Die Höhe der anteiligen Kosten ergibt sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(685 10)</b>	<b>731</b>	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung</b>	<b>0</b>		
<b>aus Titelgruppen:</b>			<b>600.000</b>	<b>600.000</b>	<b>600.000</b>
<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>617.500</b>	<b>618.000</b>	<b>618.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 60 Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(883 60)</b>	731	<b>Zuweisungen an Gemeinden</b>	<b>0</b>
<b>(891 60)</b>	731	<b>Zuschüsse an öffentliche Unternehmen</b>	<b>0</b>
<b>(892 60)</b>	731	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **0**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(511 70)** 751 **Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/511 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(518 70)** 751 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/518 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(526 70)** 751 **Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/526 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 75.000 Euro).

**(537 70)** 751 **Gutachten**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/537 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 100.000 Euro).

**(538 70)** 751 **Ausgaben für die Datenverarbeitung**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/538 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

**(546 70)** 751 **Vermischte Verwaltungsausgaben**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/546 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 25.000 Euro).

**(547 70)** 751 **Sonstige Dienstleistungen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 400/547 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 75.000 Euro).

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 70

TGr. 80 "Landeswasserstraßen"

**Erläuterungen:**

Die gesetzliche Grundlage ist das Brandenburgische Wassergesetz in der Fassung vom 02.03.2012. Veranschlagt sind die Mittel für Schifffahrtszeichen und Betonung zur Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs.

Mehr aufgrund der Landesschifffahrtsverordnung.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		
521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	0	0	0
812 80	731	Schiffahrtszeichen und Betonung der schiffbaren Landesgewässer	0 40.024	40.000	40.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			0	40.000	40.000

TGr. 90 Verkehrssicherheit

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Mittel im Wesentlichen für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten der Verkehrserziehung und -aufklärung, zur Unterstützung der Arbeit der Landesverkehrswacht sowie für die Schul- und Spielwegsicherung und die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. Dies trägt dem Ziel der Landesregierung Rechnung, eine weitere konsequente Reduzierung der Zahl der Getöteten im Straßenverkehr um weitere 40% bis 2024 und die Reduzierung der Zahl der Schwerverletzten um 50% bis 2024 jeweils ausgehend vom Wert des Basisjahres 2012 zu erreichen.

Die Mittel für Projektförderungen dienen im Wesentlichen der Verstetigung etablierter und erfolgreicher Vorhaben in der Fläche des Landes. Die Höhe der institutionellen Förderung der Landesverkehrswacht aus Titel 685 90 richtet sich nach dem jährlichen Wirtschaftsplan.

Die Landesregierung setzt auch in den nächsten 10 Jahren auf die bewährte Zusammenarbeit der Akteure der Verkehrssicherheit. Das überarbeitete Verkehrssicherheitsprogramm setzt klare Ziele und definiert Verantwortlichkeiten. Zur Gewährleistung einer den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechenden Infrastruktur sowie zur Umsetzung flankierender Verkehrserziehungs- und Präventionsvorhaben bedarf es einer angemessenen Finanzierung. Hierfür sind zusätzlich 250.000 € für Investitionen veranschlagt. Das Ministerium des Innern und für Kommunales beteiligt sich in gleicher Höhe an der Finanzierung des Programms.

Mehr zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms.

536 90	729	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	265.000 258.186	265.000	265.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	625.000	170.000
davon fällig:		
2016 bis zu	265.000	
2017 bis zu	180.000	85.000
2018 bis zu	180.000	85.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			265.000		265.000
2017			180.000	85.000	265.000
2018			180.000	85.000	265.000
2019 ff.					
<b>Summen</b>			<b>625.000</b>	<b>170.000</b>	<b>795.000</b>

685 90	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	600.000 599.854	600.000	600.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 685 90

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>600.000</b>	<b>1.200.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	600.000	
2017 bis zu		600.000
2018 bis zu		600.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		300.000			<b>300.000</b>
2016			600.000		<b>600.000</b>
2017				600.000	<b>600.000</b>
2018				600.000	<b>600.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>300.000</b>	<b>600.000</b>	<b>1.200.000</b>	<b>2.100.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für Projektförderung als auch für die institutionelle Förderung der Landesverkehrswacht.

<b>883 90</b>	<b>729</b>	<b>Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>450.000</b>	<b>450.000</b>	<b>450.000</b>
			450.000		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>150.000</b>	<b>300.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	150.000	
2017 bis zu		150.000
2018 bis zu		150.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		150.000			<b>150.000</b>
2016			150.000		<b>150.000</b>
2017				150.000	<b>150.000</b>
2018				150.000	<b>150.000</b>
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>150.000</b>	<b>150.000</b>	<b>300.000</b>	<b>600.000</b>

<b>891 90</b>	<b>729</b>	<b>Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>0</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>
---------------	------------	---	----------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

---

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **1.315.000** **1.565.000** **1.565.000**

---

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **1.315.000** **1.605.000** **1.605.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	130.000	277.600	302.600
--------	---	---------	---------	---------

---

<b>Gesamteinnahme</b>	<b>130.000</b>	<b>277.600</b>	<b>302.600</b>
-----------------------	----------------	----------------	----------------

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	907.000	988.500	1.064.500
--------	--	---------	---------	-----------

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	617.500	618.000	618.000
--------	---	---------	---------	---------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	450.000	740.000	740.000
--------	--	---------	---------	---------

---

<b>Gesamtausgabe</b>	<b>1.974.500</b>	<b>2.346.500</b>	<b>2.422.500</b>
----------------------	------------------	------------------	------------------

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>	<b>-1.844.500</b>	<b>-2.068.900</b>	<b>-2.119.900</b>
--------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	742	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
119 10	742	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
119 15	742	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>170.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.222		
119 21 neu	742	<b>Erstattungen nicht zweckgebundener Ausgaben aus Verkehrsverträgen</b>		<b>14.900.000</b>	<b>15.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Rückflüsse aus Verkehrsverträgen.

---

Summe HGr. 1:	<b>170.000</b>	<b>14.900.000</b>	<b>15.000.000</b>
---------------	----------------	-------------------	-------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	742	<b>Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung (ohne Investitionen)</b>	<b>415.960.000</b>	<b>417.700.000</b>	<b>422.650.000</b>
			409.798.718		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 30, 683 10, 683 20, 633 60, 682 20 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 12. Dezember 2007, liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern.

Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes werden verausgabt bei Titel 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 30, 683 10, 683 20, 633 60, 682 20 des Kapitels 11 500.

271 10 neu	741	<b>Erstattungen der EU für das INTERREG IVc-Projekt "Move on Green"</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	-----	---	--	----------	----------

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 53710 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

---

Summe HGr. 2:	<b>415.960.000</b>	<b>417.700.000</b>	<b>422.650.000</b>
---------------	--------------------	--------------------	--------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>
			27.108.000		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 und Titel 883 60 herangezogen werden.*

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 10

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zweckbindung der Mittel ergibt sich aus der landesgesetzlichen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs- Förderungsgesetz.

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel für den ÖPNV.

Die Mittel gemäß Entflechtungsgesetz werden verausgabt bei Titelgruppe 70 und Titel 883 60 in Kapitel 11 500.

<b>331 20</b>	<b>742</b>	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Umsetzung der Regionalisierung</b>	<b>800.000</b>	<b>5.300.000</b>	<b>6.650.000</b>
			800.000		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben der Titel 883 10, 883 20, 891 10, 891 20 und 892 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Regionalisierungsmittel des Bundes werden verausgabt bei Titel 883 10, 883 20, 891 10, 891 20 und 892 10 des Kapitels 11 500.

Mehr wegen stärkerer Gewichtung der Investitionsquote im Rahmen der zweckentsprechenden Verwendung der zugewiesenen Mittel gem. § 5 Regionalisierungsgesetz.

---

Summe HGr. 3:	<b>27.908.000</b>	<b>32.408.000</b>	<b>33.758.000</b>
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 20, 682 30, 683 10, 683 20, 883 10, 883 20, 891 10, 891 20, 892 10, 633 60.

<b>Ausgaben</b>
-----------------

**HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst**

<b>537 10</b>	<b>742</b>	<b>Ausgaben für Gutachten (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
			98.551		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 271 10 und 231 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Gutachten zu Fragen der ÖPNV-Planung und Entwicklung in Umsetzung des Landesnahverkehrsplanes sowie zur Fortentwicklung landesspezifischer Ausgestaltung des Rechtsrahmes im ÖPNV. Auch das INTERREG IVc Projekt "Move on Green" wird aus diesem Titel finanziert. Die Erstattungen seitens der EU werden im Titel 271 10 im Kapitel 11 500 vereinnahmt.

Summe HGr. 5:	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
---------------	----------------	----------------	----------------

**HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**

<b>632 10</b>	<b>742</b>	<b>Kostenbeteiligung Seilbahnen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>1.000</b>	<b>2.400</b>	<b>2.400</b>
			2.313		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Entsprechend dem Beschluss der GKVS vom 7./8.10.2009 (Sachkosten) und 17./18.09.2012 (Personalkosten) erfolgt eine Kostenbeteiligung der Länder bei der Finanzierung der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Seilbahnen. Die Aufteilung der Kosten (Personalaufwand und Sachkosten) erfolgt auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels.

Mehr ab 2013, da auch die Personalkosten anteilig von Bund und Ländern übernommen werden.

<b>633 10</b>	<b>741</b>	<b>Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)</b>		<b>400.000</b>	<b>450.000</b>
neu					

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>450.000</b>	<b>500.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	450.000	
2017 bis zu		500.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 633 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			450.000		450.000
2017				500.000	500.000
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>			<b>450.000</b>	<b>500.000</b>	<b>950.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift des MIL für die Zuweisung von Mitteln zur Durchführung von Bedarfsverkehren (VVBV) vom 12.12.2013 erhalten die kommunalen Aufgabenträger für den üÖPNV zur Abgeltung der erhöhten Vorhaltekosten der Bedarfsverkehre einen Ausgleich.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

<b>682 10</b>	<b>742</b>	<b>Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>235.600.000</b>	<b>279.344.100</b>	<b>285.044.100</b>
			242.298.188		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>734.100.000</b>	<b>576.600.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	800.000	
2017 bis zu	16.600.000	4.000.000
2018 bis zu	58.400.000	45.600.000
2019 ff. bis zu	658.300.000	527.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	49.501.465				49.501.465
2016	316.493.202	400.000	800.000		317.693.202
2017	54.842.254	460.000.000	16.600.000	4.000.000	535.442.254
2018	71.825.591		58.400.000	45.600.000	175.825.591
2019 ff.	779.604.111		658.300.000	527.000.000	1.964.904.111
<b>Summen</b>	<b>1.272.266.623</b>	<b>460.400.000</b>	<b>734.100.000</b>	<b>576.600.000</b>	<b>3.043.366.623</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008 die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV-Verkehrsleistungen.

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 682 10

Mehr aufgrund der Ausschreibungsergebnisse. Demnach haben mehr öffentliche Verkehrsunternehmen den Zuschlag erhalten.

<b>682 20</b>	742	<b>Ausgleichszahlungen an Infrastrukturunternehmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>200.000</b> 109.847	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)  
 Finanzierung von Maßnahmen in besonderem Landesinteresse.  
 Mehr in Anpassung an die erhöhte Investitionsförderung.

<b>682 30</b>	741	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen "KombiBus" (Regionalisierungsmittel)</b>		<b>150.000</b>	<b>300.000</b>
neu			19.600		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	300.000	
2017 bis zu		300.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			300.000		<b>300.000</b>
2017				300.000	<b>300.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>			<b>300.000</b>	<b>300.000</b>	<b>600.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)  
 Die Mittel dienen zur Förderung des Modellprojektes "KombiBus".  
 Der KombiBus ist eine kombinierte Serviceleistung als ergänzendes Angebot zum ÖPNV zur Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum.

<b>683 10</b>	742	<b>Betriebskostenausgleich an private SPNV-Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>100.000.000</b> 83.555.314	<b>62.155.500</b>	<b>61.205.500</b>
---------------	-----	---	----------------------------------	-------------------	-------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 683 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	56.400.000				<b>56.400.000</b>
2016	57.600.000				<b>57.600.000</b>
2017	348.900.000				<b>348.900.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>	<b>462.900.000</b>				<b>462.900.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten- und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008 die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV-Verkehrsleistungen.

Weniger aufgrund der Ausschreibungsergebnisse von Verkehrsleistungen im SPNV.

<b>683 20</b>	<b>742</b>	<b>Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>5.386.000</b>	<b>5.550.000</b>	<b>5.550.000</b>
			5.988.668		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen. Im Finanzierungsanteil des Landes sind die für die Erfüllung der klassischen Verbundaufgaben notwendigen Mittel enthalten. Darüber hinaus erfüllt die VBB GmbH Aufgaben im Rahmen des Infrastrukturmanagements und der Geschäftsbesorgung.

Mehr aufgrund der 3%-igen Erhöhung der Gesellschafteranteile zur Finanzierung der Kernaufgaben sowie der Mehraufwendungen im Vertragscontrolling Regionalverkehr.

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>75.500.000</b>	<b>72.898.000</b>	<b>72.998.000</b>
--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

<b>Summe HGr. 6:</b>	<b>416.687.000</b>	<b>420.800.000</b>	<b>425.850.000</b>
----------------------	--------------------	--------------------	--------------------

**HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

<b>883 10</b>	<b>742</b>	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>0</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>
			149.351		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

Mehr wegen erhöhtem Investitionsbedarf u.a. für Umsteigeanlagen des ÖPNV auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, Berücksichtigung der Barrierefreiheit sowie des Streckenausbaus im SPNV.

<b>883 20</b>	<b>742</b>	<b>Zuweisung für Investitionen an Gemeinden zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Maßnahmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
neu					

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 883 20

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Diese Mittel werden zur Kofinanzierung von EFRE-Maßnahmen des Operationellen Programms 2014 - 2020 eingesetzt.

<b>891 10</b>	<b>742</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>800.000</b>	<b>4.300.000</b>	<b>5.650.000</b>
			2.912.784		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>6.500.000</b>	<b>6.000.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	3.500.000	
2017 bis zu	2.000.000	3.000.000
2018 bis zu	1.000.000	2.000.000
2019 ff. bis zu		1.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		200.000			<b>200.000</b>
2016		500.000	3.500.000		<b>4.000.000</b>
2017			2.000.000	3.000.000	<b>5.000.000</b>
2018			1.000.000	2.000.000	<b>3.000.000</b>
2019 ff.				1.000.000	<b>1.000.000</b>
<b>Summen</b>		<b>700.000</b>	<b>6.500.000</b>	<b>6.000.000</b>	<b>13.200.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

Mehr wegen erhöhtem Investitionsbedarf u.a. für Umsteigeanlagen des ÖPNV auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, Berücksichtigung der Barrierefreiheit sowie des Streckenausbaus im SPNV.

<b>891 20</b>	<b>742</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Maßnahmen (Regionalisierungsgesetz)</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
neu					

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Diese Mittel werden zur Kofinanzierung von EFRE-Maßnahmen des Operationellen Programms 2014 - 2020 eingesetzt.

<b>892 10</b>	<b>742</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	------------	---	----------	----------	----------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**11**                    **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500**                **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 892 10

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>
<b>Summe HGr. 8:</b>	<b>27.908.000</b>	<b>32.408.000</b>	<b>33.758.000</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 60 Finanzierung des übrigen ÖPNV (üÖPNV)

**Erläuterungen:**

Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger des üÖPNV gem. § 3 (3) ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. März 2014 (GVBl.I/14,[Nr. 15]), pauschalierte Zuweisungen. Diese beinhalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs. Die Aufgabenträger verwenden diese Mittel konsumtiv als auch investiv.

Mehr aufgrund der Änderung des ÖPNV-Gesetzes vom 14.03.2014.

<b>633 60</b>	<b>741</b>	<b>Förderung der Aufgabenträger (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>73.000.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>
			67.590.303		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	69.598.000	
2017 bis zu		69.598.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		73.000.000			<b>73.000.000</b>
2016			69.598.000		<b>69.598.000</b>
2017				69.598.000	<b>69.598.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>73.000.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>212.196.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

<b>883 60</b>	<b>741</b>	<b>Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)</b>	<b>10.000.000</b>	<b>20.402.000</b>	<b>20.402.000</b>
			15.396.500		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.  
 Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 70.*

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 883 60

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>20.402.000</b>	<b>20.402.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	20.402.000	
2017 bis zu		20.402.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		10.000.000			<b>10.000.000</b>
2016			20.402.000		<b>20.402.000</b>
2017				20.402.000	<b>20.402.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>10.000.000</b>	<b>20.402.000</b>	<b>20.402.000</b>	<b>50.804.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

---

**Nachrichtlich:** Summe TGr. 60 **83.000.000    90.000.000    90.000.000**

**TGr. 70 Investitionen für den ÖPNV gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)**

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.*

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 60.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Zuweisungen und Zuschüsse für den SPNV und üÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes und der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (RiLi ÖPNV-Invest).

Weniger nach teilweiser Umsetzung nach TG 60 in Umsetzung des novellierten ÖPNV-Gesetzes vom 14.03.2014.

**883 70 741 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)** **6.400.000    2.906.000    1.994.500**  
3.296.835

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>3.000.000</b>	<b>1.994.500</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	1.500.000	
2017 bis zu	1.000.000	994.500
2018 bis zu	500.000	500.000
2019 ff. bis zu		500.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 883 70

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			1.500.000		<b>1.500.000</b>
2017			1.000.000	994.500	<b>1.994.500</b>
2018			500.000	500.000	<b>1.000.000</b>
2019 ff.				500.000	<b>500.000</b>
<b>Summen</b>			<b>3.000.000</b>	<b>1.994.500</b>	<b>4.994.500</b>

891 70	741	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)</b>	<b>10.708.000</b> 7.823.983	<b>3.800.000</b>	<b>4.711.500</b>
--------	-----	--	--------------------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>6.000.000</b>	<b>4.000.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	3.000.000	
2017 bis zu	2.000.000	2.000.000
2018 bis zu	1.000.000	1.000.000
2019 ff. bis zu		1.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	798.812	6.500.000			<b>7.298.812</b>
2016		1.000.000	3.000.000		<b>4.000.000</b>
2017			2.000.000	2.000.000	<b>4.000.000</b>
2018			1.000.000	1.000.000	<b>2.000.000</b>
2019 ff.				1.000.000	<b>1.000.000</b>
<b>Summen</b>	<b>798.812</b>	<b>7.500.000</b>	<b>6.000.000</b>	<b>4.000.000</b>	<b>18.298.812</b>

892 70	741	<b>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)</b>	<b>0</b> -359	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	------------------	----------	----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **17.108.000** **6.706.000** **6.706.000**

TGr. 80 **Mobilitätsticket Brandenburg**

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial schwächer gestellter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot. Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich.

Mehr aufgrund Tarifierpassungen und Berücksichtigung des Berechtigtenkreises sowie der Nachfrageentwicklung.

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

**633 80 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger** **2.000.000** **2.640.000** **2.720.000**  
 1.960.000

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>2.720.000</b>	<b>2.800.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	2.720.000	
2017 bis zu		2.800.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		2.000.000			<b>2.000.000</b>
2016			2.720.000		<b>2.720.000</b>
2017				2.800.000	<b>2.800.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>2.000.000</b>	<b>2.720.000</b>	<b>2.800.000</b>	<b>7.520.000</b>

**682 80 741 Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen** **470.000** **627.000** **646.000**  
 470.000

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	<b>646.000</b>	<b>665.000</b>
davon fällig:		
2016 bis zu	646.000	
2017 bis zu		665.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		470.000			<b>470.000</b>
2016			646.000		<b>646.000</b>
2017				665.000	<b>665.000</b>
2018					
2019 ff.					
<b>Summen</b>		<b>470.000</b>	<b>646.000</b>	<b>665.000</b>	<b>1.781.000</b>

**683 80 741 Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen** **30.000** **33.000** **34.000**  
 70.000



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	170.000	14.900.000	15.000.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	415.960.000	417.700.000	422.650.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.908.000	32.408.000	33.758.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>444.038.000</b>	<b>465.008.000</b>	<b>471.408.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	200.000	200.000	200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	416.687.000	420.800.000	425.850.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	27.908.000	32.408.000	33.758.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>444.795.000</b>	<b>453.408.000</b>	<b>459.808.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-757.000</b>	<b>11.600.000</b>	<b>11.600.000</b>



**Haushaltsübersicht 2015**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2015	2016	2017	2018	2019 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
<b>11 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>										
633 30	Ausgaben für Fluglärmberatung		300,0	300,0							
<b>11 040</b>	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung</b>										
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.803,1	3.087,0	3.726,5	3.118,5	1.871,1				
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.803,1	3.087,0	3.726,5	3.118,5	1.871,1				
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)		4.773,5	1.248,5	1.506,8	1.261,1	757,1				
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)		4.773,5	1.248,5	1.506,8	1.261,1	757,1				
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)		18.317,4	4.791,2	5.783,4	4.839,5	2.903,3				
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)		18.317,4	4.791,2	5.783,4	4.839,5	2.903,3				
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)		3.861,0	1.010,1	1.219,1	1.019,6	612,2				
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)		3.861,0	1.010,1	1.219,1	1.019,6	612,2				
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)		2.947,4	770,7	930,3	779,1	467,3				
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)		2.947,4	770,7	930,3	779,1	467,3				
892 10	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus		800,0	200,0	200,0	200,0	200,0				
<b>11 060</b>	<b>Angelegenheiten des Wohnungswesen</b>										
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln sowie die Sicherung von Förderengagements		250,0	100,0	150,0						
<b>11 200</b>	<b>Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg</b>										
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung		70,0	50,0	20,0						
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen		50,0	30,0	20,0						
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV/V)		750,0	250,0	250,0	250,0					
<b>11 460</b>	<b>Straßen- und Brückenbau</b>										
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit		21.000,0	15.000,0	5.000,0	1.000,0					
883 10	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau		23.500,0	15.000,0	6.000,0	2.500,0					

## Haushaltsübersicht 2015

## Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
Titel			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	68.000,0	40.000,0	20.000,0	8.000,0		
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	4.500,0	3.500,0	1.000,0			
<b>11 470</b>	<b>Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -</b>						
537 10	Ausgaben für Gutachten	260,0	65,0	65,0	65,0	65,0	
685 20	Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung	18,0	18,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 90</b>						
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	625,0	265,0	180,0	180,0		
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	600,0	600,0				
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	150,0	150,0				
<b>11 500</b>	<b>Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs</b>						
633 10	Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)	450,0	450,0				
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)	734.100,0	800,0	16.600,0	58.400,0	658.300,0	
682 30	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen "KombiBus" (Regionalisierungsmittel)	300,0	300,0				
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)	6.500,0	3.500,0	2.000,0	1.000,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 60</b>						
633 60	Förderung der Aufgabenträger (Regionalisierungsgesetz)	69.598,0	69.598,0				
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)	20.402,0	20.402,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 70</b>						
883 70	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)	3.000,0	1.500,0	1.000,0	500,0		
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)	6.000,0	3.000,0	2.000,0	1.000,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 80</b>						
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger	2.720,0	2.720,0				
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen	646,0	646,0				
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen	34,0	34,0				
	<b>Zusammen</b>	<b>1.048.027,8</b>	<b>200.293,0</b>	<b>80.817,2</b>	<b>95.130,6</b>	<b>671.787,0</b>	

**Haushaltsübersicht 2016**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
<b>11 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>						
613 13	Zuweisung für die übertragenen Aufgaben der/des Fluglärmschutzbeauftragten und der Gutachterin/ des Gutachters für Lärmschutz			360,0	120,0	120,0	120,0
633 20	Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften			500,0	500,0		
633 30	Ausgaben für Fluglärmberatung		300,0				
<b>11 040</b>	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung</b>						
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.803,1	11.803,1	3.087,0	3.726,5	4.989,6
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.803,1	11.803,1	3.087,0	3.726,5	4.989,6
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)		4.773,5	4.773,5	1.248,5	1.506,8	2.018,2
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)		4.773,5	4.773,5	1.248,5	1.506,8	2.018,2
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)		18.317,4	18.317,4	4.791,2	5.783,4	7.742,8
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)		18.317,4	18.317,4	4.791,2	5.783,4	7.742,8
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)		3.861,0	3.861,0	1.010,1	1.219,1	1.631,8
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)		3.861,0	3.861,0	1.010,1	1.219,1	1.631,8
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)		2.947,4	2.947,4	770,7	930,3	1.246,4
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)		2.947,4	2.947,4	770,7	930,3	1.246,4
892 10	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus		800,0				
<b>11 060</b>	<b>Angelegenheiten des Wohnungswesen</b>						
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln sowie die Sicherung von Förderengagements		250,0	250,0	100,0	150,0	
<b>11 200</b>	<b>Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg</b>						
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung		70,0	50,0	30,0	20,0	
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen		50,0	50,0	30,0	20,0	
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV/V)		750,0	500,0	250,0	250,0	

## Haushaltsübersicht 2016

## Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2015	2016	2017	2018	2019 ff.
Titel		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
<b>11 460</b>	<b>Straßen- und Brückenbau</b>					
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	21.000,0	21.000,0	15.000,0	5.000,0	1.000,0
883 10	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau	23.500,0	23.500,0	15.000,0	6.000,0	2.500,0
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	68.000,0	68.000,0	40.000,0	20.000,0	8.000,0
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	4.500,0	4.500,0	3.500,0	1.000,0	
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Planungen und Baumaßnahmen		1.000,0	600,0	400,0	
<b>11 470</b>	<b>Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -</b>					
537 10	Ausgaben für Gutachten	260,0				
685 20	Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung	18,0	36,0	18,0	18,0	
	<b>Titel aus Titelgruppe 90</b>					
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	625,0	170,0	85,0	85,0	
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	600,0	1.200,0	600,0	600,0	
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	150,0	300,0	150,0	150,0	
<b>11 500</b>	<b>Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs</b>					
633 10	Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)	450,0	500,0	500,0		
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)	734.100,0	576.600,0	4.000,0	45.600,0	527.000,0
682 30	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen "KombiBus" (Regionalisierungsmittel)	300,0	300,0	300,0		
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)	6.500,0	6.000,0	3.000,0	2.000,0	1.000,0
	<b>Titel aus Titelgruppe 60</b>					
633 60	Förderung der Aufgabenträger (Regionalisierungsgesetz)	69.598,0	69.598,0	69.598,0		
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)	20.402,0	20.402,0	20.402,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 70</b>					
883 70	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)	3.000,0	1.994,5	994,5	500,0	500,0

**Haushaltsübersicht 2016**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)		6.000,0	4.000,0	2.000,0	1.000,0	1.000,0
	<b>Titel aus Titelgruppe 80</b>						
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger		2.720,0	2.800,0	2.800,0		
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen		646,0	665,0	665,0		
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen		34,0	35,0	35,0		
	<b>Zusammen</b>		<b>1.048.027,8</b>	<b>887.715,3</b>	<b>202.092,5</b>	<b>109.245,2</b>	<b>576.377,6</b>

**Zusammenfassung der Stellenübersicht 2015 / 2016**

Einzelplanübersicht

<b>Bezeichnung</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
1 Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	691,00	501,00	498,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00	0,00
3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.980,00	1.964,00	1.908,00
<b>Stellensoll (1-3)</b>	<b>2.671,00</b>	<b>2.465,00</b>	<b>2.406,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	6,00	6,00	6,00
Auszubildende	67,00	67,00	67,00
<b>Leerstellen</b>			
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	34,00	18,00	13,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	334,00	168,00	131,00
<b>Summe Leerstellen</b>	<b>368,00</b>	<b>186,00</b>	<b>144,00</b>

**Übersicht über Planstellen und Stellen 2015**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.
	11010	11020	11400	11460					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter									
Besoldungsordnung B									
B9 hD	1,00								1,00
B6 hD	0,00								0,00
B5 hD	5,00								5,00
B4 hD				1,00					1,00
B3 hD			1,00						1,00
B2 hD	21,00		1,00	3,00					25,00
Summe	27,00		2,00	4,00					33,00
Besoldungsordnung A									
A16 hD	19,00		2,00	5,00					26,00
A15 hD	34,00		7,00	14,00					55,00
A14 hD	24,00		9,00	19,00					52,00
A13 hD	1,00		2,00	12,00					15,00
A13 gD	37,00		12,00	13,00					62,00
A12 gD	21,00		16,00	96,00					133,00
A11 gD	1,00		32,00	17,00					50,00
A10 gD	3,00		13,00	43,00					59,00
A9 mD	6,00			1,00					7,00
A8 mD				9,00					9,00
Summe	146,00		93,00	229,00					468,00
hD	105,00		22,00	54,00					181,00
gD	62,00		73,00	169,00					304,00
mD	6,00			10,00					16,00
<b>Summe 2015</b>	<b>173,00</b>		<b>95,00</b>	<b>233,00</b>					<b>501,00</b>
<b>Summe 2014</b>	<b>220,00</b>		<b>92,00</b>	<b>379,00</b>					<b>691,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst									
A13 hD	6,00								6,00
Summe	6,00								6,00
hD	6,00								6,00
<b>Summe 2015</b>	<b>6,00</b>								<b>6,00</b>
<b>Summe 2014</b>	<b>6,00</b>								<b>6,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer									
AT I	3,00		1,00	1,00					5,00
E 15	12,00		4,00	18,00					34,00
E 14	2,00		17,00	7,00					26,00
E 13	1,00		11,00	67,00					79,00
E 12	16,00		7,00	65,00					88,00
E 11	21,00		18,00	181,00					220,00
E 10	1,00		2,00	61,00					64,00
E 9	17,00		20,00	97,00					134,00
E 8	7,00		15,00	374,00					396,00

**Übersicht über Planstellen und Stellen 2015**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel									Ges.
	11010	11020	11400	11460						
E 7				234,00						234,00
E 6	7,00		16,00	206,00						229,00
E 5	2,00			419,00						421,00
E 4	2,00		3,00	5,00						10,00
E 3				24,00						24,00
<b>Summe 2015</b>	<b>91,00</b>		<b>114,00</b>	<b>1.759,00</b>						<b>1.964,00</b>
<b>Summe 2014</b>	<b>168,00</b>		<b>116,00</b>	<b>1.696,00</b>						<b>1.980,00</b>
AZUBIS				67,00						67,00
<b>Stellen 2015</b>	<b>264,00</b>		<b>209,00</b>	<b>1.992,00</b>						<b>2.465,00</b>
<b>Stellen 2014</b>	<b>388,00</b>		<b>208,00</b>	<b>2.075,00</b>						<b>2.671,00</b>
<b>Leerstellen:</b>										
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B6 hD		1,00								1,00
B2 hD		1,00								1,00
Summe		2,00								2,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	0,00	0,00								0,00
A15 hD	0,00	4,00								4,00
A14 hD		1,00								1,00
A13 hD		0,00		0,00						0,00
A13 gD		6,00								6,00
A12 gD		2,00		1,00						3,00
A11 gD		1,00								1,00
A10 gD		1,00								1,00
A9 mD		0,00								0,00
A8 mD		0,00								0,00
Summe	0,00	15,00		1,00						16,00
hD	0,00	7,00		0,00						7,00
gD		10,00		1,00						11,00
mD		0,00								0,00
<b>Summe 2015</b>	<b>0,00</b>	<b>17,00</b>		<b>1,00</b>						<b>18,00</b>
<b>Summe 2014</b>	<b>3,00</b>	<b>29,00</b>		<b>2,00</b>						<b>34,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
AT I	1,00									1,00
E 15	1,00	2,00		1,00						4,00
E 14		4,00		1,00						5,00
E 13		2,00		5,00						7,00
E 12	0,00	7,00		8,00						15,00
E 11	0,00	2,00		21,00						23,00
E 10	0,00	3,00		5,00						8,00
E 9		11,00		21,00						32,00
E 8	0,00	0,00		22,00						22,00
E 7	0,00			6,00						6,00



**Übersicht über Planstellen und Stellen 2016**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.	
	11010	11020	11400	11460						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B9 hD	1,00									1,00
B6 hD	0,00									0,00
B5 hD	5,00									5,00
B4 hD				1,00						1,00
B3 hD			1,00							1,00
B2 hD	21,00		1,00	3,00						25,00
Summe	27,00		2,00	4,00						33,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	19,00		2,00	5,00						26,00
A15 hD	33,00		7,00	14,00						54,00
A14 hD	24,00		9,00	19,00						52,00
A13 hD	0,00		2,00	12,00						14,00
A13 gD	37,00		12,00	13,00						62,00
A12 gD	21,00		16,00	96,00						133,00
A11 gD	1,00		32,00	17,00						50,00
A10 gD	2,00		13,00	43,00						58,00
A9 mD	6,00			1,00						7,00
A8 mD				9,00						9,00
Summe	143,00		93,00	229,00						465,00
hD	103,00		22,00	54,00						179,00
gD	61,00		73,00	169,00						303,00
mD	6,00			10,00						16,00
<b>Summe 2016</b>	<b>170,00</b>		<b>95,00</b>	<b>233,00</b>						<b>498,00</b>
<b>Summe 2015</b>	<b>173,00</b>		<b>95,00</b>	<b>233,00</b>						<b>501,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst										
A13 hD	6,00									6,00
Summe	6,00									6,00
hD	6,00									6,00
<b>Summe 2016</b>	<b>6,00</b>									<b>6,00</b>
<b>Summe 2015</b>	<b>6,00</b>									<b>6,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
AT I	3,00		1,00	1,00						5,00
E 15	12,00		4,00	18,00						34,00
E 14	2,00		17,00	12,00						31,00
E 13	0,00		11,00	66,00						77,00
E 12	16,00		7,00	65,00						88,00
E 11	20,00		18,00	180,00						218,00
E 10	0,00		2,00	61,00						63,00
E 9	15,00		20,00	104,00						139,00
E 8	7,00		15,00	374,00						396,00







**Übersicht**

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
11 010 geleast															
11 400 geleast	13 1	13 1	13 1							2	2	2	15 1	15 1	15 1
<b>Zus.</b> geleast	13 1	13 1	13 1							2	2	2	15 1	15 1	15 1